Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

...erscheint jeden Werktag nachmittag außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei ... 1.9 Mark durch die Post bezogen 2.00 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und ...druckereigenossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Leipzigerstraße 14

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 12 Pf für den mm Höhe u Spalte; 70 Pf im Textteil. Manuskripte sind zu richten nach Halle (Saale) 21045 (Berl.) 21047 (Frankf.) 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- und Privat-Bank Halle; Kriedmann & Co. Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Arin Kreis Halle.

...elpreis 10 Pf. | Halle, Freitag, 11. Mai 1928 | 8. Jahrgang • Nr. 111

SPD.-Führer sind Apostel des Elends!

„Erfolge" ihrer Schlichtungspolitik: Allmählicher Lohnabbau durch ständige Preissteigerungen

Sachsen soll auch kapitulieren

(Eig. Drahtm.) **Chemnitz, 11. Mai.**

...gestern stattgefundene Streikversammlung der Lim...-Metallarbeiter, an der etwa 1100 bis 1200 Metall...nehmen, nahm gegen nur vier Stimmen eine ...an, in der trotz des für verbindlich erklärten ...ruches die Weiterführung des Kampfes ...ten und die sächsische Metallarbeiterschaft aufge...rd, den Kampf gemeinsam weiterzuführen.

Die „linken" Reformisten würgen ab

(Eig. Meldg.) **Chemnitz, 10. Mai.**

...ergangen Donnerstag fand eine Vertrauensmännerver...lung des DMV. statt. Die DMV.-Leitung sprach für ...ge Wiederaufnahme der Arbeit. Nachdem zwei ...redner gesprochen hatten, würgte die Bureaukratie die ...ab. Sie ließ auch keine Abstimmung zu, sondern er...rte, jetzt nichts mehr zu diskutieren und zu entscheiden, ...alle aufgenommen werden. Es wurde von der DMV.-...tung an die Betriebsräte gegeben, sie sollen mit ...beitern über die Wiederaufnahme der Arbeiter ver...handeln. Die Erbitterung der Arbeiter gegen die reformistischen Führer ist unbeschreiblich.

Sofortige Wiederaufnahme der Arbeit?

(Eig. Meldg.) **Dresden, 10. Mai.**

Die DMV.-Leitung weigert sich, nach der Verbindlichkeitserklärung der Schiedssprüche eine Streikversammlung der Mitglieder oder Funktionäre einzuberufen. Sie hat dagegen an die einzelnen Streikleitungen der Betriebe diktatorisch die Anweisung gegeben, sofort mit den Unternehmern über die Wiederaufnahme der Arbeit zu verhandeln. Darüber herrscht große Empörung.

Die Betriebe gegen den Schlichtungsschwindel

(Eig. Meldg). **Leipzig, 10. Mai.**

Die DMV.-Leitung hat für Freitag, den 11. Mai, eine Funktionärversammlung einberufen, die zu der Verbindlichkeitserklärung Stellung nehmen soll. Noch haben die Belegschaften von zwei Metallbetrieben (Schmidt und Jahn) mit 90 Prozent Mehrheit einen Beschluß für Fortsetzung des Streikes trotz Verbindlichkeitserklärung gefaßt.

Die Niederlagenstrategen lügen

Gebt ihnen Antwort am 20. Mai: Wählt Kommunisten!

...verbindlichen Lohnschiedssprüche für die sächsische Metall...stimmt am 9. Mai unverändert verbindlich erklärt ...Man wieder lügt der „Vorwärts" vom 10. Mai von ...Sieg". Er schreibt:

„Der Streik in Sachsen wurde zwar nur mit einem teilweisen ...abgeschlossen, aber dieser Teilerfolg ist immerhin beachtenswert."

...Schwindel stellen wir gegenüber, daß die sozialdemokratische „Volksstimme" am 9. Mai zu den ...Schiedssprüchen:

„Die sächsische Metallarbeiterschaft erblickt auch in den korrigierten Schiedssprüchen eine Entscheidung gegen ihre Interessen ...Rücksichtnahme für das Unternehmertum. Abgesehen von ...Verschlechterungen, ganz ungenügenden Lohnverbesserung ...die Schiedssprüche diesen Charakter durch die viel zu ...Dauerhaftigkeit der Lohnregelung, die nicht vor dem ...1929 gekündigt werden kann. Damit sind der Arbeiterschaft für die Dauer eines Jahres die Hände gebunden, und ...in einer Zeit, wo alle Zeichen auf ein allgemeines ...des deutschen Preisniveaus hindeuten. ...Liest man an die bereits vom Reichskohlenrat be...Verteuerung der Kohlenpreise, durch die in der Praxis ...Kohlen bis zu vier Mark verteuert wird. Ferner ...die Reichsbahn empfindliche Tariferhöhungen plant. ...sagt, um heute eine ganze Teuerungswelle zur Aus...zu bringen, die zusammen mit den bereits auf vielen Ge...vorhandenen Preiserhöhungen unvermeidbar bewirken ...die Reallöhne der Metallarbeiterschaft in den ...Monaten noch empfindlich unter das Niveau der ...Jahre herabgedrückt werden."

...Erklärungen kommen der Wahrheit schon näher. ...dieser SPD.-Zeitung angeführten Preissteigerungen ...sind vor kurzem die Brotpreise erhöht worden sind ...bevorstehendes neues Attentat auf unseren Geldbeutel ...wird.

Auch die Eisenpreise werden erhöht

(WTB.) **Düsseldorf, 10. Mai.**

...Eisenwerkverband wird mitgeteilt: Die Kohlenpreis...eine Erhöhung der Eisenpreise notwen...die für Handelserzeugnisse wie folgt festgesetzt wird: ...Stab- und Stabeisen um 4 Mark je Tonne, für ...Mark je Tonne, für Walzdraht und Grobblache um ...Tonne. Die neuen Preise treten sofort in Kraft.

Die Teuerungslawine rollt. Und da geben sich die Reformisten wieder mit Schiedssprüchen zufrieden, die abgesehen von der lächerlich geringen Lohnerhöhung eine Laufzeit bis Ende März des nächsten Jahres enthalten. Durch die Befürwortung der Annahme der Verbindlichkeitserklärung dieser Schiedssprüche machen sich die sozialdemokratischen Führer zu Aposteln des Elends. Noch viel schneller als bisher wird die Teuerungslawine wachsen. Der Preis für 1 Kilogramm Brot ist von der Dezemberwahl 1924 bis zum heutigen Tage schon von 28 auf 48 Pf. gestiegen. Das Kilogramm Rindfleisch verteuerte sich in derselben Zeit von 2 Mark auf 2,80 Mark, die Mieten von 66 Prozent auf 120 Prozent der Friedensmieten. Doch die Teuerungsbewegungen, die wir in den letzten Tagen erlebt haben, übertreffen die mit diesen Zahlen gekennzeichnete Preissteigerung erheblich. Die Löhne, die sich bei uns die Bergarbeiter und Metallarbeiter erkämpft, d. h. mit denen sie sich durch die Niederlagenstrategie der Reformisten zufrieden geben mußten, sind längst durch die Preissteigerungen überholt. Es wird also höchste Zeit, daß die mitteldeutsche Arbeiterschaft zwischentarifliche Lohnforderungen aufstellt und den Kampf darum aufnimmt. Die Reformisten verhindern auch systematisch alle Versuche, zwischentarifliche Lohnerhöhungen durch die Preissteigerung in Gang zu bringen und bewähren sich dadurch wieder als Apostel des kapitalistischen Elends.

Die sächsischen Metallarbeiter müssen gegen die Verbindlichkeitserklärung weiterkämpfen. Der Wille dazu ist auch bei der sächsischen Metallarbeiterschaft vorhanden. Das gesamte deutsche Proletariat blickt jetzt nach Sachsen und hofft, daß es dort den kämpfenden Brüdern gelingen werde, sich gegen die Bureaukratenmaschine der Niederlagenstrategen durchzusetzen und durch die Fortführung des Kampfes annehmbare Lohnbedingungen zu erringen. Nur im schärfsten Kampf gegen die reformistische Niederlagenstrategie wird die Arbeiterschaft sich frei machen von den Fesseln des Schlichtungszwanges sowohl wie von dem drückenden Elend. Eine große Generalabrechnung mit dem Reformismus muß am 20. Mai gehalten werden. Keine Stimme der Partei des Elends, keine Stimme der Sozialdemokratie, die im Interesse der Unternehmer die Schiedssprüche verteidigt, die Gewerkschaftsbewegung spaltet und diskreditiert, die statt zu kämpfen, um Ministersessel schachert.

Jede Stimme der Kommunistischen Partei, der konsequenten Verfechterin aller Interessen der Arbeiterklasse, alle Stimmen der Liste 5!

Am zweiter großer Schlag gegen Reformismus und Reaktion, diese beiden Spießgesellen der Trustbourgeoisie, findet am 27. Mai, zu Pfingsten, das Reichstreffen des RFB. als eine wuchtige Kampfdemonstration in Berlin statt.

Wann antwortet das „Volksblatt"?

Arbeiter, laßt Euch nicht einseifen!

Am 5. Mai schrieb F. O. H. Schulz im „Volksblatt", daß die Kommunisten für die Verelendung des Proletariats eingetreten seien. Der Schwindel gegen unseren Genossen Sobottka wird gestern wiederholt, zu dem offensichtlichen Zweck, die Kommunisten bei den Bergarbeiter herabzusetzen.

Wir fragen heute erneut das „Volksblatt":

Wollt Ihr Sozialdemokraten abstreiten, daß die kommunistische Landtagsfraktion am 1. Februar 1928 einen Antrag zur Verhinderung der Stillegung der Zeche „Johann Daimelsberg" (Drucksache Nr. 7849) im Preußischen Landtag eingebracht hatte, der am 23. Februar im Ausschuß für Handel und Gewerbe von den Sozialdemokraten in trauter Gemeinschaft mit allen bürgerlichen Parteien abgelehnt wurde?

Wir fragen weiter erneut das „Volksblatt":

Wollt Ihr Sozialdemokraten abstreiten, daß Eure Vertreter am 2. Mai 1928 in der Sitzung des Reichskohlenrates dem Antrag des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats auf Erhöhung der Kohlenpreise ab 1. Mai zugestimmt haben?

Sozialdemokraten für Zechenstillegungen!
Sozialdemokraten für Kohlenpreiserhöhung!

Diese Tatsachen will das „Volksblatt" durch wüste Verleumdungen gegen einzelne Kommunisten vor den Arbeitern verdecken. Das „Volksblatt" wird auf unsere konkreten Fragen höchstens mit Lügen antworten!

Rechnet am 20. Mai mit diesen Volksverrätern ab!
Keine Stimme der Sozialdemokratie!

Arbeiter wählen nur die Liste 5!

Die Wahlen und das 4. Reichstreffen der roten Front

Mitten in der Wahlkampagne ist der Anschlag der Bourgeoisie auf den Roten Frontkämpfer-Bund erfolgt. Mitten in der Protestbewegung ist der Beschluß auf die Einberufung des vierten Reichstreffens des RFB. gefaßt worden: Kampfansage an die Kerdell-Front, Kampfansage an die gesamte deutsche Bourgeoisie, die den Unterdrückungsfeldzug gegen die rote Front mit Hilfe der reformistischen Führer seit zwei Jahren vorbereitet und nach den Wahlen ebenfalls mit ihrer Hilfe weiterführen wird.

Gewiß, das Gesamtverbot des RFB. wurde vom Staatsgerichtshof abgelehnt. Aber diese Ablehnung des Gesamtverbotes bedeutet keinesfalls einen Verzicht auf weitere Verbote, weitere Terrorakte, verschärfte Unterdrückungsmaßnahmen gegen die revolutionäre Organisation der Arbeiterschaft. Der Staatsgerichtshof droht unverblümt mit Einzelverboten von Ortsgruppen und ganzen Gauen des RFB. Die Presse der Großbourgeoisie setzt ihre unverschämte Hetze gegen die rote Front fort.

Hinter dieser unverschämten Hetze verbirgt sich der bereits feststehende Plan der Bourgeoisie, durch eine Reihe von aufeinanderfolgenden „Einzelverboten" der RFB.-Ortsgruppen und Gaue einen Unterdrückungsfeldzug auch gegen die KPD. und die revolutionäre Arbeiterpresse einzuleiten.

Die Antwort der Arbeiterschaft auf die neuen Drohungen kann nur lauten: **Nun erst recht Rot Front, nun erst recht rotes Pfingsttreffen!** Der Proteststurm gegen das Verbot war der erste Schritt. Der Plan des Gesamtverbotes ist für die nächste Zeit gefallen. Das Reichstreffen muß der zweite Schritt

...ute, 20 Uhr, spricht Rosi Wolfstein im „Volkspark"
...iner öffentlichen Frauenversammlung. Erscheint in Massen!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280511-18/fragment/page=0001

sein. Es muß den Beweis dafür erbringen, daß das deutsche Proletariat die Kraft hat, auch in der Zukunft alle Einzelverbote und Gesamtverbote der roten Front durch Massenkampf zu verhindern.

*

Die Bedeutung des vierten Reichstreffens reicht aber weit über die Protestaktion gegen das Verbot hinaus. Unmittelbar nach den Wahlen findet die Heerschau über die Kampffront des Proletariats statt. Manche Arbeiter werden fragen: Ist denn nach den Wahlen noch ein Reichstreffen nötig? Genügt es nicht, wenn wir bei den Wahlen uns zur revolutionären Arbeiterpartei bekennen?

Ihnen sei gesagt: Gerade der Umstand, daß das Reichstreffen unmittelbar nach den Wahlen stattfindet, gestaltetes zu einem Kampfaufmarsch, der die Fortsetzung und Steigerung der Wahlkampagne selbst bedeutet. Gerade der Umstand, daß der Pfingstaufmarsch in die Zeit fallen wird, in der die Koalitionsschacher zwischen der SPD. und den bürgerlichen Parteien perfekt werden soll, macht es zur Sache der gesamten klassenbewußten Arbeiterschaft.

Das vierte Reichstreffen ist ein erster außerparlamentarischer Kampfaufmarsch der Arbeiterschaft gegen den neuen Reichstag, in dem der alte Geist der Bourgeoisie weiterleben wird.

Es ist das weithin leuchtende Bekenntnis der Arbeiterschaft zum außerparlamentarischen Massenkampf gegen die offene oder durch Große Koalition verhüllte Diktatur der imperialistischen Großbourgeoisie.

Gegen das Trustkapital und seine Kriegspolitik!

Das vierte Reichstreffen der roten Front soll ein Kampfaufmarsch gegen den imperialistischen Krieg und für die Verteidigung des ersten Arbeiterstaates sein. Der Schwur der roten Frontkämpfer lebt im Bewußtsein der breiten Massen seit dem dritten Reichstreffen weiter; er ist einer der Beweggründe der imperialistischen Bourgeoisie zum Feldzug gegen den RFB. gewesen. Um so mehr gilt es heute, wo der neue deutsche Imperialismus eine Vorbereitung nach der anderen trifft, um an einem kommenden Kriege gegen die Sowjetunion teilzunehmen, das Kampfgelöbnis des dritten Reichstreffens zu erneuern und noch mehr zu erhärten. So wird der Eindruck, den die Heerschau der roten Front im vorigen Jahr auf die werktätigen Massen und auf die Bourgeoisie machte, diesmal mitten in der kriegsschwülen Atmosphäre, nach dem Anschlag auf den RFB. und nach dem Wahlkampf, nur übertroffen werden.

*

Das vierte Reichstreffen kann seine gewaltige politische Aufgabe nur erfüllen, wenn es nicht nur ein Treffen der roten Frontkämpfer, sondern ein Kampfaufmarsch des deutschen Proletariats gegen imperialistischen Krieg und Faschismus, gegen Bürgerblock und Koalitionspolitik wird. Das Reichstreffen zu einem solchen Aufmarsch der Millionenklassenfront zu gestalten, — das ist das Ziel, das in den bevorstehenden Wochen erreicht werden muß.

Gewiß, die Zeit für die Vorbereitungen ist kürzer als im Vorjahre. Gewiß, wir befinden uns mitten in der Wahlarbeit. Es wäre aber der größte Fehler, anzunehmen, daß man entweder nur Wahlarbeit machen oder sich mit der Vorbereitung des vierten Reichstreffens befassen kann. Nicht „entweder — oder", sondern „sowohl — als auch", ist die richtige Parole.

Die beste revolutionäre Wahlarbeit ist die Verbindung und Verstärkung unserer Wahlkampagne durch die Vorbereitung des außerparlamentarischen Aufmarsches der roten Front, und die beste Vorbereitung des Reichstreffens ist seine Verbindung mit der Wahlarbeit.

In diesem Sinne gilt es schon zum vierten Reichstreffen der roten Front zu mobilisieren. Alle Kräfte müssen eingesetzt werden, damit das Pfingsttreffen zu einem Aufmarsch nicht nur der Soldaten der roten Klassenfront, sondern der breiten werktätigen Massen werde, die bereit sind, nicht nur kommunistisch zu wählen, nicht nur mit ihren Sympathien uns zu umgehen, sondern auch den kommenden schweren Kampf gegen verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung mit uns gemeinsam zu führen. Sie sollen alle kommen, die Delegationen aus den Verkehrsbetrieben, aus den Metallbetrieben, aus den Betrieben der Rüstungsindustrie, aus den Gitgasböhlen der Chemie, aus den Schächten des Ruhrreviers, die Vertreter des werktätigen Landvolkes, Arbeiter und Bauern, Stadt und Land werden auch bei dem roten Pfingsttreffen ihr Kampfbündnis gegen den gemeinsamen Feind, gegen die imperialistische Bourgeoisie öffentlich bezeugen.

Das proletarische Berlin erwartet die Soldaten der roten Klassenfront und die Arbeitsbrüder aus allen Teilen des Reiches mit freudiger Solidarität. Die Nachricht von der Einberufung des vierten Reichstreffens hat unter den proletarischen Massen Berlins überall große Begeisterung hervorgerufen. Rüsten wir unermüdlich zum vierten Reichstreffen am 27 und 28. Mai in Berlin! Wählen und Reichstreffen: sie gehören zusammen, sie bilden eins.

Am 20. Mai: Heraus zu roten Wahlen! Alle Stimmen für die Liste 5, für die Liste der Kommunistischen Partei!

Am 27. und 28. Mai: Heraus zum 4. Reichstreffen des RFB., zum Kampfaufmarsch der roten Front!

Versammlungen und Umzüge des RFB. verboten

„Das Polizeipräsidium und die Amtshauptmannschaft Leipzig sehen sich veranlaßt, zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit den Roten Frontkämpfer-Bund und den ihm angeschlossenen Organisationen jämtliche Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel in dem Bereiche des Polizeipräsidiums und der Amtshauptmannschaft Leipzig bis auf weiteres zu verbieten. Das Verbot tritt sofort in Kraft."

Diese Verordnung erließ der sozialdemokratische Polizeipräsident von Leipzig, Fleißner. Offenbar hat Reudell bei dieser Sorte Sozialdemokraten Schule gemacht. Man sieht also auch hier die enge Massenbrüderschaft zwischen Sozialdemokraten und Deutschnationalen im Kampfe gegen die kommunistische Bewegung.

Die Arbeiterschaft stellt dieser Partei am 20. Mai für ihr arbeiterschädliches Verhalten die Quittung aus. Sie wählt die Liste 5, die Liste der KPD.!

SPD. stimmt gegen den Achtstundentag

Bei der Beratung des Arbeitszeitnotgesetzes im verflossenen Reichstage stellte die kommunistische Fraktion folgenden Antrag:

„Bestimmungen von Tarif- und Arbeitsverträgen, die eine längere als die achtstündige Arbeitszeit vorsehen, werden mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes aufgehoben."

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stimmte gemeinsam mit den Deutschnationalen gegen diesen Antrag, der infolgedessen abgelehnt wurde. Nur die KPD kämpfte um den Achtstundentag. Darum stimmen am 20. Mai die Arbeiter für Liste 5!

Der Urbahns-Schwindel der SPD.-Presse entl

In der Veröffentlichung des „Volkswille", Halt, und des „Vorwärts" mit der Sensationsüberschrift: „Der Polizei ausgeliefert" und der Behauptung, die KPD.-Zentrale habe Urbahns der Polizei durch Namensangabe seines Passes vor seiner Reise nach Rußland ausgeliefert, unterbreiten wir der Oeffentlichkeit folgende Tatsachen:

Nach den eigenen Angaben, die Urbahns mir gleich bei der ersten Zusammenkunft nach dem Vorfall machte, hat dieser sich folgendermaßen abgespielt:

Urbahns hatte geglaubt, eine Genehmigung der Ausreise nach Rußland von der Hamburger Polizei nicht erhalten zu können und hatte sich deshalb einen holländischen Paß besorgt. An der Grenzstation Endtkuhnen bei der Zugkontrolle fiel dem Beamten die Aehnlichkeit Urbahns mit dem Lichtbild auf, das ihm aus den Polizeiakten bekannt war. Er ließ sich den Paß geben und begann mit Urbahns eine Befragung über seine Person. Dabei stellte sich heraus, daß Urbahns nicht fließend holländisch sprach. Der Beamte ließ Urbahns aussteigen und setzte das Verhör fort. Dieses zog sich mehrere Stunden hin. Da Urbahns seinen wirklichen Namen nicht nannte, war der Beamte alsdann noch in Ungewißheit über seine Person und unschlüssig, ob er Urbahns wieder auf freien Fuß setzen sollte. Erst aus dem mitgeführten Gepäck von Urbahns ergaben sich weitere Unterlagen und es erfolgte alsdann seine Verhaftung und der Abtransport zum Amtsgericht Stallupönen, wo ich, auf telegraphischen Wunsch, Urbahns aufsuchte.

Diese von Urbahns selbst angegebenen Umstände von seiner Verhaftung an der Grenze beweisen, daß der „Volkswille", unterstützt vom „Vorwärts", diesen Wahlschwindel auf gut Glück betreibt.

Uebrigens ist Urbahns dann sofort auf freien Fuß gesetzt worden. Einige Tage später war er durch Vermittlung von Genossen der Reichstagsfraktion bereits im Besitz eines legalen Passes und konnte, einige Tage verspätet, nach Rußland reisen, wurde auch anstandslos über die Grenze gelassen.

gez.: Obuch.

Renegatenspiegel

Das unehrliche Spiel der Scholem, Maslow

In der Zuschrift des ZK. der KPD. zum völlig
trotzkistischen Verräterparteiwurde bereits
daß die Ursachen der Spaltung weder bei der
noch bei der Scholems auf ein Abrücken von
nären Linie zurückzuführen sind, sondern auf
zweckdienlichsten Mittel des Kampfes
und den organisatorischen Zusammenbruch

Wie weit dieser fortgeschrittene ist, beweist
den Scholem einer Sitzung der Reichsleitung
am 6. Mai stattfand, erstattete. Der Bericht
hat: „Da es in der gegenwärtigen Atmosphäre
einen sachlichen Bericht mündlich zu geben,
lich tun ... In den Wahlversammlungen
hat bisher kein linker Kommunist gesprochen.
Referenten zu seige dazu. (Das ist charakteristisch
revolutionäre Arbeiter, die es ablehnen, gegen
kampf aufzutreten, als Feiglinge zu
schwierigste Problem ist die Tatsache, daß
kommener Trennung von der KPD.
fahren über ihre Absichten und Pläne nicht
Finanzielle ist die Lage geradezu katastrophal.
klappt miserabel. In Suhl sind Tausende
zugesetzt worden. Wenn das weiterecht,

Das waren wohl die entscheidenden Gründe
der Helden vom Schlage Scholems und Maslows
mit der „Gesinnung" des Scholem bestellt ist,
der Umstand, daß er noch einige Tage vor
der Aufstellung selbständiger Kandidatenlisten
dieser Listen stand und Maslow und Fischer,
„Feiglinge und Saboteure" bezeichnete!!

Und das wagte sich als „Retter des Kommun
spielen und öffentlich zu bedauern, daß es
sei, schon 1923 die KPD zu spalten! Es ist
was hier widerwärtiger ist, die Gesinnungsl
die konterrevolutionären Handlungen.

Nicht nur einseifen, auch noch besoffen mach

will die SPD. die Arbeiter

Wir berichteten schon über den neuesten Trick der SPD., die Arbeiter und Arbeiterfrauen durch Wahlseife einzuseifen, damit sie die Listen der Sozialdemokratie wählen. Heute können wir von einem neuen „Schlager" der SPD. berichten.

In Leipzig werden von der Riebeck-Brauerei Bierfilze vertrieben, auf denen steht: auf der einen Seite „Das gute Riebeck-Bier" (Leib- und Magengetränk des letzten sächsischen Königs) und auf der anderen Seite: „Wählt SPD."

Wir glauben, die SPD. konnte den Arbeitern ihre ganze Politik nicht besser klarmachen, als dadurch, daß sie durch eine großkapitalistische Brauerei für die SPD. Wahlpropaganda machen läßt.

Aber die Leipziger Bierfilze passen gut zur Berliner Wahlseife: erst will die SPD. die Arbeiter einseifen und dann noch besoffen machen! Wir empfehlen der SPD. weitere folgende Reklame: Hosenträger (auf beiden Schultern tragen), die allergrößten Kälber . . .), Fliegentüten (geht auf „Liebes"-Zigaretten (Marke: Blauer Dunst).

Wir sind überzeugt, daß die meisten Arbeiter über
Heldenstückchen der SPD. genau so denken werden
triebsarbeiter, der darauf folgenden Vers machte:

Ist der Prolet besoffen erst und eingeseift,
Dann kann's an nichts mehr fehlen;
Dann denkt er nicht, und er begeist,
Daß er — SPD. muß wählen!

Die Arbeiter werden sich durch solche Mätchen
machen noch einseifen lassen. Sie werden einen
behalten, um den Kampf gegen die Reaktion
schlägerischen reformistischen Helfer zu führen.
Arbeiter am 20. Mai die Liste der Kommunisten,

SPD.-Führer zahlen Geld in Antistreikkassen

Auch das kommt vor, nicht nur umgekehrt. Eine Mitgliederversammlung des Tabakarbeiter-Verbandes von Schönau (Sachsen) nahm einstimmig eine Resolution an, in der gegen das Verhalten der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine Hamburg (freie Richtung) wegen Zugehörigkeit zum Reichsverband deutscher Zigarrenbesteller (bei im November v. J. aus nichtigen Gründen 120 000 Tabakarbeiter aussperrte) Stellung genommen wurde und in der der sofortige Austritt aus demselben verlangt wird. Die sozialdemokratischen Führer der GGG. zahlen nämlich immer noch hohe Beitragssummen in die Antistreikkassen des Unternehmerverbandes. Sozialdemokratische Führer stärken den Kampffonds scharfmacherischer Unternehmer. Eine Hand wäscht die andere.

Proletarier vor Gericht

(Eig. Drahtm.) **Leipzig**, 11. Mai.

Am Donnerstag wurde im Braun-Prozeß vom Lorenz-Senat die Vernehmung des Angeklagten Semmelmann, die nun bereits den dritten Tag dauert, fortgesetzt. Semmelmann, dessen Gesundheit durch die lange Haft und die zweijährige Untersuchungsführung sehr angegriffen ist, wird vor Gericht rücksichtslos behandelt. Gegen Mittag vermochte der Angeklagte Semmelmann vor Schwäche der Verhandlung nicht mehr zu folgen und bat um eine kurze Unterbrechung. Der Reichsanwalt Weintauf wagte es, dem Angeklagten vorzuwerfen, daß er simulierte und forderte kaltschnäuzig die Durchführung der Verhandlung. Die Verhandlung wurde am frühen Nachmittag wegen des Schwächezustands des Angeklagten Semmelmann abgebrochen und auf Freitag vormittag vertagt.

Sei doch nicht so gleichgültig!

Sammle für den Wahlfonds! Mit für Partei und Presse!

Hilf der KPD!

Der „elastische" Achtstundentag

(Eig. Meldg.) Gotha, 1

**Die Direktion der Gothaer Waggonfabrik hat jetzt
Arbeitszeit von acht Stunden auf 8½ Stunden
Schlichtungsausschuß bestätigte den Ukas der Direktion.**

Kampfverschärfung in Suhl

(Eig. Meldg.) Suhl, 1

Der Metallarbeiterkampf hat sich verschärft. Nachdem
der Belegschaft der Firma Haenel in den Streik
ist jetzt der Rest der Belegschaft von 500 Mann ausgesperrt.
Die IAD., verschiedene Arbeiterorganisationen und
verein haben eine Unterstützungsaktion eingeleitet.

Textilarbeiterkampf in Württemberg

(Eig. Meldg.) Stuttgart, 1

Eine gemeinsame Konferenz des Deutschen Textil
bandes und des Christlichen Textilarbeiterverbandes
die württembergischen Textilarbeiter zum nächsten
termin die Kündigung einreichen sollen. Es kommen
beiter in Betracht.

Hannover lehnt Schiedsspruch ab

(Eig. Drahtm.) Hannover, 1

Die hannoverschen Metallarbeiter nahmen gestern
spruch Stellung und beschlossen einmütig, denselben
während die Arbeitgeberverbände den Schiedsspruch
und seine Verbindlichkeitserklärung fordern.
finden im Arbeitsministerium in Berlin
ungen statt.

Deutsches Eingeständnis des Sabotage-Ver

Direktor Preuß der AEG. über den Donez-P

Der „Berliner Mittag" vom 9. Mai brachte ein
Vertreters des Geheimrates Dr. Deutsch der
Preuß, über den kommenden Prozeß gegen die
teure in der Sowjetunion. Der Direktor weist die
regierung erhobenen Vorwürfe entrüstet zurück.
teiligung an der Sabotage sei völlig ausgeschlossen,
dumm, wie die Sowjetregierung behauptet, daß
nehmungen sabotieren oder vernichten könnten,
Geschäftsverbindung stünden. Dann beweist der
wie falsch die Beschuldigungen der Sowjetregierung

„Sollte es den deutschen Ingenieuren und
liegen, die Maschinen zu vernichten, so brauchten
Sprengmittel oder andere Dinge zu Hilfe zu
Lockerung einer Schraube oder eine
voll Sand in die Lager gestreut, würde
größten Maschinenkoloß zu vernichten, ohne daß
der Nachweis der Sabotage erbracht werden könnte."

Ein vollständigeres Eingeständnis über die
an der Sabotage als die „entlastenden" Ausagen
Preuß kann man sich gar nicht denken.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280511-18/fragment/page=0002

Japans Kriegsfeldzug in Nordchina

Einheitliches Vorgehen aller imperialistischen Staaten — Das gemeinsame Ziel: Unterdrückung des nationalen Freiheitskampfes

Die japanische Intervention in Schantung hatte ursprünglich den Vormarsch der Südtruppen gegen den Norden zu behindern und eventuell direkt entgegenzutreten, falls die Nordtruppen sich zu schwach erweisen sollten, den Vormarsch aufzuhalten. Die japanische Taktik war hierbei, durch Besetzung von Tsinanfu einen Angriff der Südtruppen mit Hilfe ihrer Flotte von Häfen unmöglich zu machen, ferner durch Besetzung der Bahnlinie Tsingtau—Tsinanfu den Vormarsch nach dem Norden auf dem Landwege zu erschweren. Das letztere ist bekanntlich verhindert worden, da die Südtruppen noch vor den japanischen Truppen Tsinanfu besetzt hatten. Die japanischen Truppen haben daraufhin angebliche Plünderungen zum Vorwand genommen, um mit Gewalt die Südtruppen aus dem bereits besetzten Gebiete zu vertreiben. Die hierbei erfolgten Zusammenstöße gaben Japan den Anlaß, noch weitere Verstärkungen heranzuziehen und die Besetzung der Provinz vollständig zu machen.

Tschiangkaischek der Henker der nationalen Revolution in China

Die japanische Politik ist planmäßig auf die Kolonialisierung der Mandschurei und der Provinz Schantung gerichtet. Im Gegensatz zu der amerikanischen Politik muß sich hierbei auf eine sogenannte „friedliche" Kolonisation, d. h. ohne Besetzung beschränken. Eine Besetzung Schantungs während des Krieges mußte Japan deshalb, nachdem es sich gelungen war, England hierfür zu gewinnen, sich sichere sich einen Einfluß in ganz durch den Sieg Tschiangkaischeks Schantungtschang, Provinz in der gleichen Weise ausgebeutet, aber die Interessen Japans wurde Japan die Mittel nicht gewährt. Es mußte es aber diesmal den englischen Imperialisten auf seiner Seite hat.

Nach den letzten Nachrichten hat Amerika die Absicht, vorläufig zurückzuziehen. In Wirklichkeit aber ist die amerikanische Haltung ein Einheitsfront zwischen England und Japan hervorgerufen. Die englische Zustimmung bedeutet, daß die Politik in Südchina nun erst recht, gedeckt durch die japanische Vorgehen im Norden, fortsetzen wird. Es handelt es sich hier in erster Linie um die Unterdrückung jeder revolutionären Bewegung in Südchina, besonders Kantung, und gleichzeitig um die Forderung der Pläne und Konzessionen zum Bau der Eisenbahnlinie Kanton—Hankau und der Verbindung dieser Linie mit der Eisenbahn Kowloon, die bis an die Grenze von Honakong reicht. Die imperialistischen Mächte können infolge der Niederlage der revolutionären Kämpfe der letzten Jahre zu dieser Politik übergehen. Auch für Amerika handelt es sich hier nur um Kompensationen für die Stärkung der japanischen Position in Nordchina und der englischen in Südchina, die nur auf Kosten Chinas erfolgen werden.

Tschiangkaischek, der mit Gewalt nun aus Schantung vertrieben wurde, setzt den Feldzug gegen Tschangtsolin weiter. Im Zusammenhang damit läßt Tschangtsolin seine Truppen weiter nach dem Norden zurückziehen und begründet das nach außen hin mit der Bereitschaft, den Bürgerkrieg vorläufig abzuschließen, damit eine nationale Einheitsfront von Tschangtsolin bis Tschiangkaischek gegen Japan herbeigeführt werde. Dieses Manöver richtet sich aber in Wirklichkeit nicht gegen Japan, sondern liegt umgekehrt auf der Linie der japanischen Politik. Japan verlangte gerade von Tschangtsolin, daß er sich mit seinen Truppen in die Mandschurei zurückzieht und sich auf die Mandschurei beschränkt. Tschangtsolin erfüllt jetzt mit diesem Manöver, verängstigt durch das japanische Vorgehen die Forderung Japans und Tschiangkaischek wird es ebenfalls nicht wagen, Tschangtsolin weiter in die Mandschurei zu verfolgen, denn er würde hier wiederum auf Japan stoßen. Wohlgemerkt, hier handelt es sich um ein Manöver Tschangtsolins, das bei der geringsten Wendung des militärischen Kriegsglücks sofort aufgegeben werden wird. Diese Wendung ist sehr möglich, denn Tschingkaischek und Fengyuliang haben schon bei den bisherigen Kämpfen große Verluste erlitten und sind besonders durch den japanischen Feldzug sehr geschwächt worden. Die Hauptkräfte Tschangtsolins hingegen haben bisher noch überhaupt nicht gekämpft, sondern befolgten die Taktik des fortgesetzten Rückzugs. Allerdings sind seine Verbündeten Sunlschuanfang und Tschangtsunlschang vernichtend geschlagen worden.

Die Taktik des Imperialismus, d. h. besonders des japanischen und englischen, verfolgt den Zweck, den Bürgerkrieg nicht zum Abschluß kommen zu lassen und gleichzeitig für sich neue Stützpunkte in China zu erobern. Die Generalsclique werden sich auch dem fügen, wie sie sich bisher gefügt haben und werden den Bürgerkrieg innerhalb der durch den Imperialismus erlaubten Grenzen fortsetzen. Ein erfolgreicher Kampf Chinas gegen den Imperialismus und die militaristischen Henker ist nur möglich auf dem Wege der revolutionären Erhebung der unterdrückten Massen Chinas. Der gegenwärtige imperialistische Angriff auf China und die Kapitulation der Generalsclique vor dem Imperialismus beschleunigen den unvermeidlichen Ausbruch der neuen revolutionären Welle.

Asiaticus.

Propagandareise des sozialfaschistischen Agenten Thomas

(Eig. Meld.) **Berlin, 10. Mai.**

Nachdem der Sozialpatriot und Vorsitzende des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, seinem Freunde Mussolini einen Besuch abgestattet und sich in begeisterten Lobreden über die „Aufbauarbeit der faschistischen Gewerkschaften" ergangen hat, ist er zu dem spanischen Diktator Primo de Rivera gefahren und bereits in Barcelona eingetroffen. In Barcelona wurde er vom Arbeitsminister des spanischen Diktators empfangen. In Madrid ist für Thomas ein großer Empfang seitens der Spitzen der Staats- und Stadtbehörden vorgesehen, da Primo de Rivera keineswegs seinem Kollegen Mussolini nachstehen will, weil er hofft, daß der Sozialdemokrat Albert Thomas genau so wie in Italien auch in Spanien die sozialen Einrichtungen usw. Primo de Riveras aufs höchste loben wird. Der spanische Diktator dürfte sich darin in keiner Weise getäuscht haben.

Um den Kopf von Bela Kun

(Eig. Meldg.) **Wien, 10. Mai.**

Die von der KPDe. und Roten Hilfe geführte Protestaktion gegen die Auslieferung des Genossen Bela Kun an die Horthy-Regierung und das Verlangen nach seiner sofortigen Freilassung hat unter der Wiener Arbeiterschaft den stärksten Widerhall gefunden. Wie bereits gemeldet wurde, war deshalb die Regierung auch gezwungen, die zur Freilassung Bela Kuns herausgegebenen Plakate, die sie anfänglich verboten hatte, wieder herauszugeben, so daß ihre Veröffentlichung stattfinden konnte. Unter dem Druck der Arbeiterschaft war die Wiener Staatsanwaltschaft nunmehr auch gezwungen, ein Flugblatt zu beschlagnahmen, das die kaisertreue Volkspartei Oesterreichs herausgegeben hat und in dem gefordert wurde, „Bela Kun muß an Ungarn ausgeliefert werden". Diese Flugblätter enthielten auch die Mitteilung, daß die kaisertreue Volkspartei die ungarische Gesandtschaft ersucht habe, im Falle Bela Kun nicht ausgeliefert würde, die diplomatischen Beziehungen zu Oesterreich abzubrechen. Sollte sich die österreichische Regierung dennoch weigern Bela Kun auszuliefern, möge Ungarn dies zum Anlaß nehmen, seine Truppen in Oesterreich einmarschieren zu lassen. Der Oberst Wolff als Führer der Monarchistenpartei und Unterzeichner des Flugblattes mußte von der Staatsanwaltschaft notgedrungen verhaftet werden.

Verfolgungswut der rumänischen Bourgeoisie

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 11. Mai.**

Der Belgrader Korrespondent der „Vossischen Zeitung" wurde gestern in Bukarest verhaftet, ebenso der Korrespondent des Pariser „Petit Parisienne". Der Bukarester Korrespondent der „Vossischen Zeitung" wurde gestern zum zweiten Male verhaftet. Diese Verfolgungswut der rumänischen Regierung spricht für ihre Nervosität gegenüber dem Aufstand der Bauernmassen, trotzdem diese von ihren Führern im Stiche gelassen worden waren.

Kurze politische Meldungen aus aller Welt

Der Landbundgenossenschaftsdirektor Birkholz in Crossen wurde zu vier Monaten Gefängnis und fünfhundert Mark Geldstrafe verurteilt, weil er sich durch Provisionen für Lieferungen unrechtmäßig bereichert hatte.

Ein italienischer Arbeiter wurde an der italienisch-französischen Grenze von der faschistischen Miliz erschossen, als er versuchte, über die Grenze nach Frankreich zu fliehen.

Die dänische Polizei in Kopenhagen entdeckte heute früh im Hafen zahlreiche rote Plakate, auf denen sich die Kommunistische Partei Dänemarks an die Matrosen der nach Finnland abfahrenden dänischen Kriegsschiffe wendet und sie auf den weißen Terror, der dort herrscht, aufmerksam macht.

Das Deutsche Konsulat in Tsingtau teilt mit, daß eine große Anzahl Ausländer aus Tsinanfu flüchtend dort eingetroffen sind. Deutsche befinden sich nicht darunter.

Das Maiheft des „Parteiarbeiters"

mit vielen Beiträgen, die die Erfahrungen bei der Wahlarbeit behandeln, ist soeben erschienen und bei jedem Literaturobmann zu haben.

Für die Arbeit im Betrieb und auf dem Lande,
Für die Agitation und Propaganda,
Ueber unsere Aufgaben in den Gewerkschaften

bringt das neue Heft des „Parteiarbeiter" mannigfache Anregungen. Der „Parteiarbeiter" ist bei jedem Literaturobmann oder direkt vom Verlag zu beziehen. Preis: 20 Pfennig pro Heft.

Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Die Arbeit der letzten Tage vor der Wahl. — Auswertung des 4. Kongresses der RGO. — Wirksames Agitationsmaterial. — Anregungen für die Straßenagitation. — Werbebureau des RFB. — Ein Offener Brief an den Schlichter. — Erfolgreiche Arbeit bei den Notlandsarbeitern. — Agitationsmethoden der bürgerlichen Parteien. — Betriebsagitation der SPD.

Fabrikarbeiter!

Zum Gewerkschaftskongreß sind als Kandidaten für Gau 8 die Kollegen Karl Häriel, Arnstadt, und Arno Voigt, Langewiesen, seitens der Opposition aufgestellt, nicht, wie gestern veröffentlicht, ein Karl Voigt, Arnstadt.

Passagiere der 3. Klasse

Roman von Kurt Kläber

Copyright by Internationaler Arbeiter-Verlag GmbH. Berlin 1927

Sie hatten. „Ob sie ihn wohl noch gefunden hat", quälte der Gedanke.

Gebeugt schob der Krumme weiter, und seine kleinen Augen traten hervor aus seinem eingedrückten Gesicht, „dabei tun sie alles menschlich, als ob sie es gar nicht anders könnten. Die Leute hier, die uns in Pittsburg die Dyckel abrieben, legten sich mir in den Boden, als gehöre das dazu. Sie hielten dann mich für blöde unter dem Stier. Das einzige, was sie taten, verstehen."

Der Dicke schob seinen Kopf nach vorn und grinste den Krummen an. „Sie sind eben Schweine", sagte er. „Große und kleine Schweine, und sie fühlen sich erst wohl, wenn sie auf dem Rücken liegen."

Der Krumme einen Augenblick still. Der Deutsche, der mit dem Dicken im Kreis getreten war, meckerte auf. Auch der Franzose schien nicht mit den Worten des Gefährten zu sein. Er drängte sich vor und keuchte:

„Du bist das größte Schwein", sagte er, und er stieß sein Gesicht bis vor die Pupillen des Gebückten.

„Was eine Frau schlecht?" sagte er nach einer kurzen Pause, wo er sich Luft in die Lungen gepumpt hatte. „Wer ist die Frau? Wer treibt sie auf die Straße? Wer macht sie schlecht? Wer bezahlt sie? Wer ist also das Schwein?"

Die Augen sahen von einem zum anderen.

„Was ist das?" Die Worte kamen ihm nur langsam aus dem Mund. Die Mann von ihr verlangt. Was das Schwein verlangt. Warum liegt sie Tag und Nacht auf dem Rücken? Warum sonst hinwirft?"

Er stieß seine Arme bei den letzten Worten in die Luft, sprach ein Arbeiter überhaupt schlecht von der Frau? Macht er sie zum Schweine? Geht wann tritt er sie noch? Er war ganz außer Atem. „Ist sie ein schlechterer Mensch?"

Der Krummer nickte ihm zu. „Die Frau ist wie der Mann", sagte er langsam. „Bevor sie mit ihm zusammenkommt, ist sie besser. Sie hat Scham. Der Mann hat keine. Er ist schamlos, wenn sie der Mann berührt!"

Der Franzose wieder ein, „ist sie nicht unser Gefährte? Kämpft mit auf unserer Seite? In Marseille wurden wir Gewerkschaftsleute und verfolgt. Wir flohen in den Hafen. Was nahm uns auf? Wer verriegelte seine Tore? Wer schoß nach den Soldaten? Die kleinen Huren. Sie schoßen als wir, und den hageren Louis, einen großen Mann, dem die Brust zerschossen worden war, haben sie zerquetscht, bis er sie alle wieder in den Himmel stemmte."

Der Amerikaner und riß das Wort das zweitemal an sich. „Die Frauen sind die Frauen auch tapfer. In Chicago war eine, die nannten wir alle die rote Karoline. Sie war in Gewerkschaften die Erste. Sie schwang sich in die Spitzen von Streikkundgebungen. Sie sprach von Rollwagen und von den Dächern der Wäscher herunter. Einmal rissen die Schutzleute an ihr, daß sie kaum noch das Hemd auf dem Leibe hatte. „Macht mich nur nackt!" schrie sie die groben Patrone an. „Wenn die Männer meinen mageren Bauch und meine Dürre sehen, werden sie noch besser verstehen, warum ich sie zum Streik aufrufe!"

Auch der Russe mischte sich in das Gespräch. Sein kleiner Kopf richtete sich schräg auf den Gebückten, und er sah den sich Zusammenhockenden mit einem sonderbaren, aber mehr mitleidvollen wie zornigen Blick an. „Die Frau ist gut!" sagte er zuerst kurz, und er schob die Worte so langsam aus dem Mund, als müsse er jedes zwischen den stoppligen, schwarzen Zähnen spüren.

„Die Frau ist alles!" sprach er dann weiter. „Sie ist das Haus. Du gehst Dein ganzes Leben und weißt nicht, wohin. Du bist traurig. Du bist unglücklich. Auf einmal bist Du bei ihr. Auf einmal nimmt sie Deine Hände." Er lächelte. „Alles ist gut!

Und was hätte sie nicht!" Der Russe lächelte noch, aber er sah jetzt starr geradeaus. „Sie hat Wärme und sie gibt sie Dir. Sie hat große, runde Brüste, und sie legt Dich in sie hinein. Sie hat einen Leib, und sie öffnet ihn Dir. Ja, sie tut alles!

Unser Väterchen," fuhr er fort, „war oft ein schlechtes Väterchen. Er kam heim und war betrunken wie ein Vieh. Er schlug dann die Mutter und zog sie durch die ganze Stube. Wir waren groß und wollten uns auf ihn stürzen. Sie wehrte uns aber. Der Mensch ist gut und schlecht, sagte sie danach. Auch Euer Vater. Soll ich nur das Gute ertragen? Er erniedrigt mich nicht!"

„Ja!" stimmte der Gedukte zu, als der Russe etwas zurückrat, „Eure Frauen!" Er hatte sein ledernes Gesicht nach unten gehangen und schien beschämt.

„Ho!" meckerte er gleich danach wieder auf, „da fällt mir etwas ein. Es war in Neuorleans, ungefähr 1905 oder 1906, und Rußland spie Menschen in die Staaten aus, als wäre ganz Moskau auf der Wanderschaft. Wir waren zu dritt. Ich weiß es nicht mehr genau, die beiden anderen waren wohl aus Italien. Wir wollten nach Little Rock hinauf oder noch weiter, aber es war furchtbar heiß, und wir wären lieber geschwommen als gelaufen.

Am vierten Tage trafen wir so einen Russen. Er saß auf einer kleinen Karre, die von zwei noch kleineren Pferden gezogen wurde, und erklärte uns an Hand einer Adresse und eines Briefes, daß er nach Little Rock wollte. Er konnte sonst kaum „yes" und „please" sagen, er war aber doch allein aufgebrochen, und er schien sicher diesen Ort zu erreichen.

Das Zweite, was wir entdeckten, war eine kleine Frau, die neben dem Wagen ging. Sie war kleiner und zarter als der Mann, hatte das Gesicht auf den Boden gerichtet und hob schnell und ausschreitend ihre Beine. Und sie ging mit einer solchen Beharrlichkeit, als gäbe es für sie nichts anderes als so nebenher zu gehen.

Wir schlossen uns den beiden an, besonders weil die Karre beinahe leer war, und der Mann nur schärfer in die Zügel griff, als wir aufstiegen. Es war eine lustige Fahrt. Die beiden schienen ziemlich arm. Wenigstens sahen wir außer zwei großen Rubelstücken, die der Mann an seiner Uhrkette hatte, nie einen Cent bei ihnen. Die Frau mußte wohl sonst auch gebettelt haben. Nun, jetzt sorgten wir für die Kost.

Abends," der Gedukte verzog sein Gesicht zu einem Grinsen, lachten wir dann, banden die Pferde fest, die der Russe wie zwei Kinder verlorgte, und gruben und packten uns ein. Die Nächte waren das Beste. Erst wollte einer der Italiener die Frau gewaltsam nehmen, denn wir waren in der Ueberzahl und außerdem hungrig auf Fleisch. Er fiel sie an wie ein Hund. Die Frau schrie aber nicht einmal auf. Sie legte sich nur nieder. Sie half ihm sogar. Von dem Tag an nahmen wir sie immer gemeinsam, zuletzt der Russe. Und sie wehrte sich nie. „Wie Ihr wollt", sagte sie. Oder: „Ihr seid die Herren". Dabei war sie nicht häßlich. Sie hielt sich sogar sauber. Sie hatte kleine, feste Brüste. Sie war so zierlich und rundlich, als sei sie abgeschliffen. Wir wollten sie gar nicht wieder verlassen, denn sie verstand das Lieben, als wäre es ihr Beruf."

„Ja," stöhnte der Krumme auf, der einen hochroten Kopf bekommen hatte, „die Russinnen und die Italienerinnen!"

„Und die Jüdinnen!" sagte der Schotte. Er schnalzte mit der Zunge. Alle sahen ihn an. Nur der Amerikaner blickte über ihn hin. Er besah sich mit seinen bebrillten Augen den Langen.

„Man kommt selten zu ihnen," sagte der Schotte mit Betonung, „denn der Jude schließt sie ab, als würden sie durch uns dreckig. Nur die Letztetreter sind in Neuyork und San Franzisko noch mit ihnen verheiratet, und in den Chinesenvierteln sieht Du ihre Gesichter in allen Fenstern. Die Besoppten kaufen sich die Judenmädchen. Oft schon als Kinder. Sie sind auch am tollsten hinter jedem anderen jüdischen Weiberrocke her. Sie zahlen dafür alles. Mancher liegt für eine Nacht den nächsten Tag arm auf der Straße.

Einmal," der Schotte unterbrach sich hastig und sein sommersprossiges Gesicht glänzte, „hatten wir uns doch eine eingefangen und zwischen unseren Betten. Sie war nicht mehr recht jung, aber sie war trotzdem eine richtige Jüdin. Sie machte uns beinahe rasend mit ihrer Liebe, und wir waren doch alle Kerle, die schon viele Leiber berochen hatten. Zuletzt hat sie einer von uns geheiratet. Er arbeitete als Maurer und sollte aus Norwegen sein. Böse Zungen behaupteten, er wäre dort Pastor gewesen. Jedenfalls fand er sich in den Federn auch gut zurecht, und ich glaube, sie leben noch heute zusammen!"

Der Gedukte erzählte eine andere Geschichte von einer Jüdin. Während er sprach, ging die Französin vorbei. Sie war in Gedanken, wenigstens sah sie die Männer kaum. Sie ging mit kleinen Schritten und gesenktem Kopf an ihnen vorüber.

Um so stärker spürten sie die Männer. „Da!" stöhnte der Korrette und löste sich aus dem Kreis.

Der Krumme wollte genau so eilig fortstürzen. Der Lange hielt ihn aber an der Schulter. So schnellte ihr nur noch der moosige Deutsche nach.

Die Frau ging an dem Oberdeck vorbei und lief bis hinten an das Steuer. Sie lehnte sich dort in eine Ecke und sah auf das Wasser.

Die beiden Männer kamen näher. Der Korrette lief langsamer. Er wollte sich der Frau vorsichtig nähern — wollte ihr etwas sagen — wollte sie dann umfassen — wollte sie vielleicht auch küssen. In der Zeit wälzte sich aber der Deutsche an ihm vorbei.

Der lief so schnell, als wäre er abgeschossen worden. Seine Arme flogen dann wie Propeller, und er schnaubte wie eine Lokomotive.

Die Französin, die ihn hörte, sah sich nach ihm um. Sie wollte sich vor seinem Ansturm retten. Bevor sie aber zur Seite springen konnte prallte er schon an sie.

„Miß!" sagte er keuchend, und er blies ihr seinen ganzen Atem ins Gesicht. Er wollte sie noch herzlicher begrüßen, da aus seiner schnaubenden Brust nichts mehr herauskam, kniff er die erstaunte Frau mit einem freundlichen Grinsen fest und ziehend in die Brust.

„Nimm!" sagte er danach und drückte ihr einen Dollar in die Hand, zog sie näher und schleckte ihr mit seiner dicken Zunge über das Gesicht.

Der Korrette, der jetzt auch herangekommen war, sah es. Er wollte zuerst umdrehen. Dann blieb er aber stehen. Sein Mund wurde immer runder. Seine Augen waren so groß und hell, wie zwei aus den Wolken quellende Monde.

(Fortsetzung folgt)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280511-18/fragment/page=0003

Zu Pfingsten

Pfingst-Schlager!

Damen-Hüte

Backfisch-Hüte reizend mit Blumen und Band garniert . . . Stück 6,50 4,75 — **3**50

Frauen-Hüte mit Band oder Reihergarnituren, große Weiten . . . Stück 7,50 5,25 — **3**90

Exoten echt u. imitiert, geschmackv. Kombinationen . . . Stück 9,75 7,50 — **5**25

Kinder-Mützen

Wasch-Südwester aus guten Stoffen . . . Stück 1,75 75 — **35** ₰

Seiden-Südwester schwarz und farbig . . . Stück 3,75 2,80 — **1**95

Aufschlag-Kappen aus Seide und Wollstoff . . . Stück 2,10 1,45 — **98** ₰

Wasch-Stoffe

Wasch-Musseline große Muster-Auswahl . . . Meter 75 65 — **58** ₰

Indanthren-Stoffe in neuen Farben . . . Meter 1,25 1,15 — **98** ₰

Woll-Musseline elegante Neuheiten . . . Meter 2,75 2,50 — **1**75

Waschseid. Damen-Kleider jugendliche Form in modernen Mustern . . . Stück 3,75 — **2**75

Feshe Damen-Hüte aus Borden gearbeitet, jugendliche Garnitur . . . Stück — **2**65

Niedliche Kinder-Hütchen a. Strohborden, Glockenform oder mit Aufschlag . . . Stück — **1**65

Damen-Mäntel

Herrenstoff-Mäntel aus karierten Stoffen, Sportformen . . . Stück 17,50 11,50 — **8**50

Seidengummi-Mäntel einfarbig und kariert, gute Qualität . . . Stück 23,50 16,75 — **12**75

Seiden-Mäntel schwarz u. marine, mit gesamtem Kragen und Manschetten . . . Stück 21,00 18,50 — **15**

Damen-Kleider

Wasch-Kleider Indanthren, gestreift u. andere neue Muster . . . Stück 6,75 4,75 — **2**25

Waschseidene Kleider in neuen Mustern . . . Stück 7,75 5,50 — **3**90

Westen-Kleider aus reinwollener Popeline, jugendliche Verarbeitung . . . Stück 26,50 24,50 — **14**50

Damen-Strümpfe

Damen-Strümpfe gewebt . . . Paar 65 45 — **15** ₰

Damen-Strümpfe Doppelsohle und Hochferse . . . Paar 1,20 0,85 — **46** ₰

Damen-Strümpfe Waschseide . . . Paar 2,25 1,75 — **78** ₰

Beachten Sie unsere Schaufenster

Weißwaren

Nacken-Kragen aus Crêpe de chine . . . Stück 1,45 70 — **48** ₰

Kleider-Garnituren aus Crêpe de chine . . . Stück 2,25 1,45 — **90** ₰

Kleider-Westen aus Batist oder Crêpe de chine . . . Stück 2,45 1,45 — **68** ₰

J. LEWIN

Marktplatz 2 und 3 — Halle a. d. S. — Marktplatz 2 u

Inserenten, fordert Offerten über Drucksachen

Aeg

Seifenflocken

Erhältlich in allen Verteilungsstellen des:

Bezirks-Konsumvereins Weißenfels-Naumburg eGm.bH. zu Weißenfels

Konsum- und Produktiv-Verein zu Zeitz eGmbH.

Konsum-Verein Hohenmölsen-Teuchern eGmbH.

Konsum-Verein Streckau u. Umg. eGmbH. in Streckau

Großtage in Anzügen

vom 12. bis 21. M

Zum Verkauf kommen nur unsere bekannten Stammqualitäten, welche sich durch gute Oberstoffe und reelle Innenverarbeitung auszeichnen.

Nur einige Beispiele

Herren-Sacco-Anzug 1-reihig, mod. gearbeitet, neue Stoffmuster, erprobte Ponte Qualität . . .

Herren-Sacco-Anzug II-reihig, rostbraun, engl. gemust., die große Frühjahrsmode, tadelloser Sitz

Herren-Sacco-Anzug blau rein kammgarn. Hosen, mod. Form, beste Ausführung u. ausgezeichnet gute Passform

Herren-Sport-Anzug mit 2 Hosen in mod. Homespun gewoben, Breecheshosen m. Knöpfen, lange Umschlaghose

Sport-Anzug m. Knickerbocker u. lang. Hose, letzte Stoffneuheit — **69**

Herren-Sacco-Anzug mod., karierte Stoffe, gute Innenausstattung — **53**

S. Weiss

DAS HAUS DER EIGENEN FABRIKATION

Halle, am Markt

Merseburg, Kleine Ritterstraße 6 **Bitterfeld,** Walter-Rathenau-Straße

---

Freie Turnerschaft Sautzschen

Zu den am 13. Mai stattfindenden **Anturnen mit Ball** laden wir Freunde und Gönner herzlichst ein. Anfang des Balles 6 Uhr abends

Der Vorstand

Alle Bücher empfehlen die Buchhandlungen Lerchenfeldstr. 14 Hart 1

Lestu. werdt für den Klassenkamp

Möbel sehr preiswert bei **Otto Kandelhardt jun.** Tischlermeister, Wittenberg, Elbstraße 3

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280511-18/fragment/page=0004

Der proletarische Reporter

Mit Feder und Kamera quer durch die Welt

Wer sind unsere Arbeiterkandidaten?

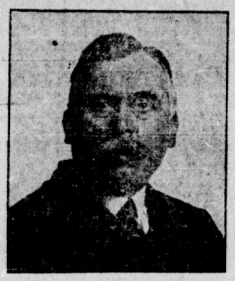
Brosowski, Gerbstedt, der Kandidat der Mansfelder Arbeiter

wurde am 6. Dezember 1885 geboren. Er ist seit 1918 politisch und gewerkschaftlich organisiert. Bereits im Jahre 1909 nahm er aktiven Anteil an dem ersten Streik im Mansfelder Land. Im Jahre 1916 an der Somme schwer verwundet, wurde er als Kriegsbeschädigter bei der Mansfeld A.-G. beschäftigt. Das hinderte ihn nicht, an den Kämpfen der Revolutionsjahre aktiv teilzunehmen. Bei der Spaltung ging er zur KPD. über. Von 1923 bis 1925 war er bei der Mansfeld A.-G. als Betriebsrat gewählt. 1924 aus politischen Gründen gekündigt, mußte aber als Geschädigter wieder eingestellt werden. Er ist Abgeordneter im Kreistag des Mansfelder Seekreises und Stadtverordneter der Stadt Gerbstedt. Außerdem ist er in der Genossenschaftsbewegung führend tätig. Aus der Kirche schied er im Jahre 1924. Seiner Familie aus, wurde zweimal wegen Beleidigung der Kirche bestraft.

Hermann Gebhardt, Delitzsch, Vertrauensmann der oppositionellen Eisenbahner

wurde am 29. September 1893 geboren, wuchs im elterlichen landwirtschaftlichen Kleinbetriebe auf, erlernte von 1907 bis 1910 das Glaserhandwerk und verbrachte von 1911 bis 1914 seine Wanderjahre in allen Teilen Deutschlands. Seit 1911 ist er gewerkschaftlich organisiert. Seit 1922 Mitglied des Vorstandes der Zahlstelle Delitzsch des Einheitsverbandes der Eisenbahner, Betriebsrat in der Reichsbahn-Ausbesserungswerkstätte Delitzsch, und seit 1925 Vorsitzender des Ortsausschusses des ADGB. Politisch ist er seit 1913 ordentlich und war nacheinander Mitglied der SPD., USP. und Gründung der Kommunistischen Partei, Mitglied derselben. Seine übrige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung erstreckt sich auf eine rege Mitarbeit in der Genossenschaft, deren Mitglied er seit 1913 ist, in der Freidenkerbewegung und im Arbeitersport.

Otto König, Unterröblingen, Vertrauensmann der Mansfelder Proleten



wurde am 19. April 1881 zu Unterröblingen im Mansfelder Seekreis geboren, besuchte die Gemeindeschule und mußte schon frühzeitig in die Braunkohlengrube gehen, um Geld zu verdienen. Nach einigen Wanderjahren organisierte er sich 1903 in der SPD. in Flottbeck bei Hamburg und trat aus der Kirche aus. 1906 nahm er am ersten mitteldeutschen Bergarbeiterstreik teil und war seit dieser Zeit in dem damals gegründeten Bochumer Verband (Bergarbeiterverband) mit kurzer Unterbrechung bis heute organisiert. Im Jahre 1909 kandidierte er bereits als Mitglied der SPD. unter dem Dreiklassenwahlrecht zur Gemeindeverwaltung in Unterröblingen. Während des Krieges ging er zur USPD. und bei der Gründung der KPD. zu dieser über. Am Kapp-Putsch und an der Märzaktion 1921 war er führend beteiligt und infolgedessen ein Jahr gezwungen, sich den Verfolgungen der Klassenjustiz in der Illegalität zu entziehen. Seit dieser Zeit war es ihm nicht mehr möglich, in einem kapitalistischen Betriebe unterzukommen, zumal er von 1919 bis zum März 1921 Gemeindevorsteher in Unterröblingen und Kreistagsabgeordneter des Mansfelder Seekreises war. Auch jetzt ist er wieder Kreistagsabgeordneter und Kreisausschußmitglied. Eine gegen ihn angestrengte Anklage wegen seiner Tätigkeit als Gemeindevorsteher brach nach viermonatiger Untersuchungshaft zusammen.

„Journalistisches Apachentum"

Eine Abrechnung mit der Marx-Verfälschung durch F. O. H. Schulz

erscheint soeben als Broschüre zum Preise von nur 20 Pf. Bestellungen sind an die BL. der KPD. Halle, Lerchenfeldstr. 14, zu richten.

Bei Einsendung von 30 Pfennig in Briefmarken erfolgt kostenlose Zusendung durch die Post.

Unschuldig hingerichtet

Daß die Klassenjustiz von jeher Rechtsverbrecher politischer und krimineller Art freispricht oder dafür sorgt, daß sie ein angenehmes Leben in den Gefängnissen führen und baldigst freigelassen werden, ist nichts Neues. Im Gegensatz dazu werden Proletarier, wie in Hunderten von Fällen nachgewiesen worden ist, von der Klassenjustiz jahrelang in die Zuchthäuser und Gefängnisse gesperrt und sind früher oft aufs Schafott geschleppt oder durch Erschießen hingerichtet worden, ohne daß in den meisten Fällen die Klassenjustiz das genügende Beweismaterial für die Schuld des betreffenden Proletariers in den Händen gehabt hätte.

Ein Beweis dafür, mit welcher brutalen Skrupellosigkeit die Klassenjustiz wütet, zeigt jetzt wieder

die Aufdeckung des Justizmordes an dem russischen Kriegsgefangenen Jakubowski,

der im Jahre 1924 in Mecklenburg hingerichtet worden ist, weil er angeblich seinen außerehelichen vierjährigen Sohn ermordet haben soll. Jetzt stellt sich heraus, daß er gar nicht der Täter war und

der Oberstaatsanwalt und das Gericht damals nur auf Grund oberflächlicher Indizienbeweise das Todesurteil gegen Jakubowski ausgesprochen haben,

das dann auch vollstreckt wurde.

Ein weiterer Beitrag ist die heute bekannt gewordene Tatsache, daß im Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit ein Provisionsreisender, der sich wegen einer Strafsache in Haft befand, der aber bereits vor zehn Tagen durch Aufhebung des Haftbefehls freigelassen werden sollte, erst heute aus dem Gefängnis entlassen werden ist, weil angeblich seine Akten verlegt worden waren. Seine Freilassung kam nur durch einen Zufall zustande.

Neues aus aller Welt

Der Erdrutsch und schweres Eisenbahnunglück

Infolge des anhaltenden Regens kam es in der Nähe der Eisenbahn bei Grottamare in Mittelitalien zu einem Erdrutsch, von dem 4 Häuser erfaßt wurden. Ein Personenzug, der bald darauf ankam, polterte, entgleiste infolge der Gesteinsmassen, die die Strecke bedeckten. Unter den Trümmern des Zuges, dessen Wagen umstürzten, wurden bisher 3 Tote geborgen, unter dem sich in die Tiefe gerissenen Häuser 6 Tote. 18 Personen wurden verletzt. Der Verkehr auf der Strecke mußte gesperrt werden.

Grubenexplosionsunglück in einer westfälischen Grube

Infolge des unterirdischen Grubenbetrieb der Zeche „Zweckel" stieß ein elektrischer Bagger, der eine Anzahl von Bergleuten zu ihrer Arbeitsstätte fuhr, mit einem Kohlenzug zusammen und entgleiste. In der Folge kam ein Teil der Strecke zu Bruch und begrub eine Anzahl Bergleute unter den Schuttmassen. Obwohl die sofort einsetzende Rettungsaktion sämtliche Verschüttete befreien konnte, waren 4 Bergleute schwer verletzt und Quetschungen erlitten. Die Leichenschau die Gerwerkdirektion mit Arbeiterleichen bewies wieder dieses Unglück. Während der Einfahrt müssen die Strecken von den Kohlenzügen frei sein. Durch die Antreibereien durchbricht man die festgesetzten Fahrtzeiten, um noch mehr Profit zu schinden, und setzt dabei Dutzende von Arbeitern aufs Spiel. Das ist eine der blutigsten Auswirkungen der Rationalisierung.

Sturm in Sizilien — Drei Tote

Ein heftiger Sturmwind hat in Sneakus auf Sizilien die Mauer einer im Bau befindlichen Schule umgeweht. Das einstürzende Gemäuer zertrümmerte danebenstehende Häuser, deren Einwohner verschüttet wurden. Drei Tote und mehrere Verwundete wurden geborgen.

Vor dem Start der „Italia"?

Die Berichte aus Spitzbergen über die atmosphärischen Bedingungen in der Donnerstag-Nacht sind nach Norden in allen Richtungen, in denen Nobile zu fliegen beabsichtigt, besonders von Spitzbergen direkt nach Norden, für die „Italia"-Expedition günstig. Es ist also wahrscheinlich, daß Nobile heute in den frühen Morgenstunden gestartet ist.

In 33 Tagen um die Welt

Der japanische Weltreisende Toichiro Araki ist in Tokio eingetroffen. Er hat die Reise um die Welt in östlicher Richtung in der Rekordzeit von 33 Tagen 16½ Stunden zurückgelegt und damit seinen Mitbewerber Ryukichi Matsui, der in westlicher Richtung reiste, geschlagen.

Vom Zuge überfahren

Der 60 Jahre alte Schachtmeister Johann Meincke der Firma Karl Dubbe in Schwerin wurde auf dem Bahnhof Schwerin beim Ueberschreiten der Gleise durch im Rangierbetrieb abgestoßene Wagen überfahren und sofort getötet. Meincke war mit mehreren Arbeitern auf Bahnhofsgebiet beim Rohrverlegen beschäftigt.

Großer Waldbrand bei Jastrow

Seit Donnerstag wütet in dem großen Waldgebiet zwischen Jastrow und Deutsch-Krone ein riesiger Waldbrand, der in dem Bezirk der Oberförsterei Schönthal entstanden ist und sich von dort nach Süden in einer Länge von 7 bis 8 Kilometern fortsetzte. Die Größe des Brandgebietes wird auf mehrere tausend Morgen geschätzt. Eine Zeitlang waren auch die Gebäude der Forsterei Hirschtal gefährdet.

Kirche und neun Gebäude eingeäschert

In Sabes (Kr. Pyritz) entstand ein Großfeuer, das in der Scheune eines Besitzers ausgebrochen war. Die Flammen verbreiteten sich über zwei Tagelöhnerhäuser, fünf Scheunen, zwei Getreideschober und die Dorfkirche. Die Kirche und die anderen Gebäude sind vollständig eingeäschert. Viel Vieh und Getreide ist mit verbrannt.

Bootsunglück auf der Elbe

Trotz stürmischen Wetters unternahm eine Schülermannschaft einer Magdeburger höheren Schule eine Fahrt auf der Strameldbe. Durch die hohen Wellen kenterte das Boot. Während sich die übrigen Schüler an dem im Wasser treibenden Boot festhielten, ertrank der Primaner Friedrich Wilhelm Widdel.

Feuer in einem Berliner Ausflugslokal

In dem Ausflugsort Richtershorn bei Grünau entstand ein Saalbrand. Außer dem Restaurant ist auch ein Bootsschuppen mit etwa 68 Booten verbrannt.

Neue Arbeiter-Literatur

Bauern und Landarbeiter

Nummer 19 der AIZ. wendet sich fast ausschließlich an die arbeitende Bevölkerung auf dem Lande. Sie bringt Bilder vom Landarbeiterelend aus den wichtigsten Landbezirken Deutschlands, wie Mecklenburg, Oldenburg und Ostpreußen. Es wird gezeigt, unter welchen Verhältnissen die Landarbeiter und Kleinbauern zu leben gezwungen sind. Weiter ist eine gute bildliche Darstellung der Champignonzucht in Frankreich und der Schafzucht in Amerika, Europa und Asien gegeben. Wie der freie russische Bauer zum Unterschied von dem unterjochten Bauer in Deutschland sein Land bestellt und arbeitet, zeigen die bildlich gut ausgestatteten Mitteilungen. Schließlich wird (und das ist kein spezielles Bauernthema) über den großen Weltrussischen Gromeda-Prozeß berichtet und weiter über das von Kendell ausgesprochene Verbot des Roten Kriegskämpfer-Bundes. Satire, Scherz und Rätsel, Sportbilder und wichtige Bilder aus aller Welt beschließen dieses Heft, das vor allem in die Hände der Landarbeiter und Kleinbauern gehört.

Die Kirche in der Karikatur

Die Verlagsgesellschaft „Der Freidenker", Berlin SW 29, Gneisenaustraße 41 (Verlagsanstalt des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung E. V.), hat in diesen Tagen eine neue Auflage des bekannten Buches „Die Kirche in der Karikatur" (herausgegeben von dem satirischen Schriftsteller und Karikaturenforscher Friedrich Wendel) zur Ausgabe gebracht. Die erste Auflage wurde bekanntlich im Dezember 1927 von der Berlin r. Staatsanwaltschaft beschlagnahmt. In der neuen Auflage sind die inkriminierten 5 Illustrationen und 4 Textstellen durch anderes, zum Teil noch wirksameres Material, ersetzt worden. Trotz wesentlich erhöhter Herstellungskosten bleibt der Preis des Buches (in Ganzleinen auf Kunstdruckpapier) auf 3 Mk. bestehen.

O welche Lust, vor Hundsfott-Groener stramm zu stehen!

Zum festlichen Empfang der Reichswehr in Neuruppin beteiligte sich mit allen faschistischen Verbänden u. a. auch das Reichsbanner. Hundsfott-Groener (X) schreitet mit einer Anzahl Generälen die Front des Reichsbanners ab. Rollkommandos gegen die Arbeiter, Spalier für den Faschismus! — Das ist die Fortsetzung der Politik des mitteldeutschen Schlächters und Fememordanstifters Hörsing mit anderen Mitteln.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280511-18/fragment/page=0005

Stadt Halle

11. Mai 1928.

Wo fehlt's?

Von H. Höder

Nur noch acht Tage trennen uns von dem 20. Mai, dem Wahltag. Trotzdem kann von einem „Höhepunkt" des Wahlkampfes noch keine Rede sein. Es fehlt die bei früheren Wahlen vorhandene Lebendigkeit und Spontanität. Die Versammlungen der bürgerlichen Parteien — besonders die der SPD. — sind in unserem Bezirk durchschnittlich schlecht besucht. Und wo die Rattenfänger der Bourgeoisie auftreten, um Stimmvieh für die kapitalistischen Parteien zu werben, erhalten sie von den revolutionären Arbeitern fast immer eine derbe Abfuhr.

Doch täuschen wir uns nicht. Auch die von uns bisher geleistete Wahlarbeit weist noch Mängel auf. Acht Jahre Verrat der reformistischen Führer hat eine pessimistische Stimmung in breiten Arbeiterkreisen hervorgerufen, eine Interessenlosigkeit an innen- und außenpolitischen Vorgängen. Nur zu einem geringen Teil hat unsere Wahlarbeit diesen für die Arbeiterbewegung verhängnisvollen Zustand überwunden. Weitere Erfolge sind nur durch intensive Kleinarbeit aller Parteigenossen und Genossinnen zu erreichen. Die Wahlversammlungen allein führen nicht zum Erfolg.

„Ein jeder Betrieb sei unsere Burg", hat uns Lenin gelehrt. Die Betriebszellen — und wo keine sind, die einzelnen Genossen — müssen viel aktiver und beweglicher arbeiten. In der kommenden Woche müssen die Belegschaften nur über den bevorstehenden Wahlkampf und die Stellung der Parteien diskutieren. Die einfachsten Methoden der Agitation, eine selbstgeschriebene einseitige Betriebszeitung, ein satirisches Bild, oder eine kurze Ansprache haben den besten Erfolg. Jedes Belegschaftsmitglied muß bearbeitet und moralisch verpflichtet werden, sein Wahlrecht am 20. Mai auszuüben.

Die Gewerkschaften sind in diesem Wahlkampf offen in den Dienst der SPD. gestellt, die bisher „die politische Neutralität" gegenüber der kommunistischen Fraktionsarbeit ins Feld führte. Unsere Genossen dürfen die Antwort nicht schuldig bleiben und müssen in jeder von den Gewerkschaften einberufenen Versammlung und Sitzung zur Wahl von Kommunisten auffordern.

Die Frauen haben bei früheren Wahlen den bürgerlichen Parteien die riesigen Stimmenzahlen verschafft, trotzdem diese jahrzehntelang gegen das Frauenwahlrecht gekämpft haben. Werden wir uns auch diesmal das Armutszeugnis ausstellen lassen, daß wir es nicht fertig bringen, die Frauen der Werktätigen aufzuklären und zu überzeugen, daß jede Stimme für die KPD. eine Kampfverpflichtung für die Besserstellung der Arbeiterschaft bedeutet?

Zahlreiche Möglichkeiten bieten sich, um hier für die Partei wichtige Arbeit zu leisten. Zwei Genossinnen aus einem Häuserblock gehen von Tür zu Tür, um die Frauen über Ziele und Aufgaben unserer Partei aufzuklären. Wohnungsnot — Mietsteigerungen — Lebensmittelpreise — Verpfaffung der Schule bilden auch für die wenig geschulten Genossinnen leichte agitatorische Möglichkeiten.

Die Landarbeiter und Kleinbauern stehen noch zum größten Teil unter dem Einfluß pfäffischer und reaktionärer Kreise. Trotzdem ist soziales Elend ebenso groß ist, wie das der Industriearbeiter. Hier hat unsere Partei bereits erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen, was insbesondere durch den guten Besuch von Landarbeiter-Versammlungen zum Ausdruck kommt. In der letzten Wahlwoche muß die Agitation verstärkt werden, unzweifelhaft ist dazu viel Zeit und Geduld notwendig, besonders bei der Bearbeitung einzelner Familien, bei den Landwerbetouren usw. Doch werden unsere Genossen die aufmerksamsten Zuhörer finden und die Steigerung des Einflusses unserer Partei unter der Landbevölkerung kann nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Die Sammlungen für den Wahlfonds entsprechen noch nicht den notwendigen Anforderungen, die der Wahlkampf an die Partei stellt. Die parteilosen und indifferenten Arbeiter, wurden bisher nur zu einem geringen Teile erfaßt.

Die gemeinsame Durchführung der Wahlarbeit mit den proletarischen Organisationen ist an vielen Stellen noch sehr schwerfällig. Mehr Beweglichkeit, genaue Arbeitsteilung bei der Werbe- und Sammeltätigkeit ist notwendig.

Gegenüber der Wahlarbeit müssen alle anderen organisatorischen und politischen Arbeiten der Organisationen zurückgestellt werden.

Der Ausgang des Wahlkampfes in Mitteldeutschland wird für die Partei auf lange Zeit die Basis ihrer organisatorischen und politischen Arbeiten bzw. ihrer weiteren Erfolge bilden. Die Partei des Arbeiterverrats, die SPD., macht die gewaltigsten Anstrengungen, um uns den Bezirk im Interesse der herrschenden Klasse zu entreißen.

Es genügt nicht, Mitteldeutschland als Festung der proletarischen Bewegung zu halten, sondern wir müssen sie weiter ausbauen. Darum heißt der Kampfruf:

„Die letzten Reserven heraus!"

Das ist die Sozialdemokratie

„Ich muß Ihnen doch sagen . . ., daß ich Herrn Stinnes für eine Potenz unseres Wirtschaftslebens halte, daß Herr Stinnes in der Tat im deutschen Wirtschaftsleben einer der hervorragendsten Männer ist, dem man von allen Seiten des Hauses Achtung entgegenbringen könnte. . . . Meine Herren, soweit das wirtschaftliche Programm des Herrn Stinnes in Frage kommt, kann man es, glaube ich, zu einem guten Teil unterschreiben."

Das sagte der Sozialdemokrat Hörsing in der Landtagssitzung am 29. November 1921. Damit ist die politische Versumpfung der SPD. dokumentarisch nachgewiesen.

Keine Stimme dieser Partei, sondern nur der Liste 5.

Am Montag, dem 14. Mai, 20 Uhr, im „Volkspark":
Große Massenkundgebung der KPD. Thema:

„Die Wahlen und die KPD."

Es sprechen die Genossen:

Hugo Eberlein, Berlin
Gustav Menzel
Johannes Schröter

Erscheint in Massen! KPD., Stadtorganisation Halle.

Die Arbeiterfrauen im Wahlkampf

(Arbeiterinnenkorrespondenz)

In der großen Wahlrede am Dienstag im „Volkspark" wurde u. a. ein Bild aufgeführt: „Die Lohntüte." Dieses gibt wohl uns Frauen sehr viel zu denken. Groß war der Unterschied zwischen Lohn und Lebensmitteln vor dem Kriege, und jetzt ist er noch viel größer. Die Wahl für Reichs- und Landtag steht vor der Tür. Mit schönen Worten von seiten der bürgerlichen Parteien sucht man das Proletariat einzulullen. Nichts von allen Versprechungen wird gehalten. Am eigenen Leibe spüren wir, wie weit wir gekommen sind. Unsere Lage ist immer schlechter geworden, und es wird auch unter dieser kapitalistischen Wirtschaft nichts gebessert werden.

Wir Frauen leiden wohl am schwersten unter diesem System.

Uns als Hausfrauen und Müttern liegt die Last auf den Schultern. Weil das wenige Geld, was der Mann nach Hause bringt, bei weitem nicht ausreicht, muß die Frau sehen, wie und wo sie sich noch einige Mark verdient. Sei es nun durch Heimarbeit, sei es durch Waschen und Reinemachen bei der „besseren" Gesellschaft. Dort darf sich nun die Frau nicht ködern lassen. Durch kleine Geschenke von abgetragenen Sachen, oder sei es sonst was, wird versucht, die Frau zu überlisten, damit sie ihre Stimme den bürgerlichen Parteien gibt. Arbeiterfrauen, das alles ist Heuchelei. Wir brauchen keine Almosen, wir müssen unsere ganze Kraft mit einsetzen, damit unsere Männer soviel verdienen, daß wir diese Almosen nicht brauchen.

Arbeiterfrauen, denkt an die letzten Lohnkämpfe unserer Männer. Wochenlanger Streik um einige Pfennige Lohnzulage. Geschimpft wird dann über die hohen Löhne und die Faulheit der Arbeiter. Wir haben aber auch als Arbeiterfrauen zum Leben, das Recht auf gesunde, sonnige Wohnungen, wir schaffen die Werte. Arbeiterfrauen, darum aufgerüttelt aus Gleichgültigkeit, begeistert, wo Ihr hingehört. Die Kommunistische Partei vertritt Eure Interessen; sie setzt sich ein für die Verbesserung Eurer Lebenslage. Am 20. Mai das Stichwort: Wählt die Kommunistische Partei! Wählt Liste 5!

*

Heute abend in der Frauenversammlung der Kommunistischen Partei wird man Euch manche Wahrheit sagen über die bürgerlichen Parteien. Dort werdet Ihr Aufklärung finden, dort wird Euch Kraft und Mut für den Kampf um ein freies, besseres Leben für uns und unsere Kinder.

Morgen

Die kommunistischen Frauen eröffnen den Wahlkampf auf der Straße

Gestern nachmittag erregte ein Trupp von Arbeiterfrauen mit Plakate trugen und Flugblätter verteilten, lebhaftes Aufsehen. Die Frauen sind nicht länger gewillt, sich mit ihrer Not in ihren Wohnungen zu verkriechen, sondern tragen offen ihre Sorgen auf die Straße, was von den Arbeiterfrauen und Arbeitern geteilter Sympathie begrüßt wurde. Die Frauenparole „Klassenkampf" war sehr schnell vergriffen. Ein Plakat mit der Aufschrift: Arbeiterfrauen auf,

heute abend 8 Uhr in den „Volkspark" zur Frauenversammlung zu kommen.

Metallarbeiter, fallt Euren in Sachsen streikenden Kollegen nicht in den Rücken!

Wie wir erfahren, werden in hallischen Metallbetrieben Aufträge von sächsischen Firmen, deren Arbeiter sich seit Wochen im Streik befinden, in Arbeit gegeben. So hat u. a. die Firma Prinzler Büschdorf, Pumpen und diverse andere Teile für die Firma Ende, Schkeuditz, gegossen. Diese Arbeiten sollten nun bei der Firma Eberhardt, Halle, in der Dreherei fertiggemacht werden. Dank der Wachsamkeit der Arbeiter wurde diese Schiebung jedoch entdeckt und konnte der Betriebsrat durch sofortige Verhandlung mit der Betriebsleitung erreichen, daß die Arbeiten für Ende zurückgestellt wurden.

Es ist also in allen Betrieben höchste Wachsamkeit am Platze. Um Material, an Zeichnungen usw. läßt sich die Herkunft der Arbeiten zuweilen leicht feststellen.

Den Kollegen von der Firma Ende, Schkeuditz, aber ist zu sagen, daß sie nach der Arbeitswiederaufnahme die Zurückziehung sämtlicher an andere Firmen während des Streiks erlassene Aufträge durchsetzen müssen. Daß für restlose Wiedereinstellung der Streikenden Sorge getragen werden muß, ist eine Selbstverständlichkeit.

Verband der Fabrikarbeiter, Zahlstelle Halle

Am Sonntag, dem 13. Mai 1928, in der Zeit von 10 bis 1 Uhr, findet bekanntlich die Wahl der Delegierten zum Verbandstag in Hamburg, wie auch die Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongreß statt.

Als Wahllokale dienen für

Halle: Bureau des Verbandes, Gewerkschaftshaus.
Ammendorf: Gasthof zu Radewell.
Dölau: Gasthof „Dölauer Heide", bei Richter.
Lieskau: Beim Kollegen Albert Kurze.
Bennstedt: Restaurant Biedermann, Bennstedt.
Zappendorf-Cölme: Restaurant Bergschenke, Zappendorf.
Brucdorf-Canena: Gasthof Canena, bei Wentzel.
Teicha und Umgebung: Bei Konniger, Teicha.
Sennewitz-Seeben-Gutenberg: Gasthof Gieser, Seeben.
Schkeuditz: Beim Kollegen Karl Schulze, Schkeuditz.
Teutschenthal: Beim Kollegen Gustav Voigt, Teutschenthal.
Löbejün: Gasthof „Zur guten Quelle".
Kraftwerk Gröbers: In der Kantine des Betriebes.
Zuckerfabrik Schwitzsdorf: Im Betriebe.
Zuckerfabrik Helmsdorf: Im Betriebe.

Die Wahl selbst findet in geheimer Abstimmung statt, Stimmzettel werden im Wahllokal verabfolgt.

Das Verbandsbuch (oder Karte) ist zur Wahl mitzubringen. Dasselbe muß in Ordnung sein, andernfalls eine Beseitigung an der Wahl unzulässig ist.

Wieder 14 Erwerbslose ausgesteuert

Der Bestand der weiblichen hallischen Arbeitslosen blieb in der Vorwoche mit 580 unverändert. Dagegen setzte sich die Besserung des Arbeitsangebotes für männliche Kräfte fort, so daß der Bestand der männlichen Arbeitslosen, ausschließlich der Notstandsarbeiter, von 2060 auf 1800 zurückging. Das Arbeitsangebot belebte sich in den meisten männlichen Berufsgruppen. Am Wochenende waren noch 503 Bauarbeiter gemeldet, von denen jedoch rund 150 zurzeit bei Notstandsarbeiten beschäftigt sind. Die Zahl der Unterstützungsempfänger sank von 1500 auf 1313. 14 Unterstützte schieden aus der Arbeitslosenunterstützung wegen Erreichung der Unterstützungshöchstdauer aus.

Vermittelt wurden 341 männliche und 270 weibliche feste, sowie 320 männliche und 85 weibliche Aushilfsstellen.

Halle—Weißenfels viergleisig

Die Vorbereitungen für den viergleisigen Ausbau der Strecke Halle—Weißenfels haben begonnen. Die notwendige Verbreiterung des Bahnkörpers zwischen Bahnhof Ammendorf und Rosengarten machte größere Geländeankäufe durch die Reichsbahn notwendig, denn die Eisenbahnstraße muß nach dem Projekt um 20 Meter nach Osten verlegt werden. Das Projekt sieht u. a. den Fortfall der sog. „Eisernen Brücke" und der sog. „Roten Brücke" und die Aufhebung der zu diesen Brücken führenden Wege sowie des Bahnüberganges in der Schachtstraße vor. Als Ersatz ist ein Bahnübergang bei dem Grundstück der Firma Gebrüder Hartmann, Ammendorf, und eine Fußgängerüberführung in der Schachtstraße in Aussicht genommen. Die Straßenunterführung der Regensburger Straße wird in einen 28 Meter langen Tunnel umgewandelt, wodurch die Verkehrssicherheit an dieser gefährlichen Stelle nicht gerade erhöht wird. Die Unterführung in der Regensburger Straße wird künftig nur dem Radfahrerverkehr dienen, da für den Fußgängerverkehr eine neue Unterführung von 4½ Meter Breite von der Reichsbahn geschaffen wird. Das von der Gemeinde Ammendorf erworbene Schrebergartengelände am Bahnhof hat die Reichsbahn noch einmal neu verpachtet. Daraus ist zu schließen, daß die Errichtung des neuen Güterbahnhofes zunächst noch nicht in Angriff genommen wird.

Das Fiasko des Cröllwitzer Abwehrvereins

M. G. Vor einem Jahr ist der Abwehrverein zur Bekämpfung der Cröllwitzer Gerüche gegründet worden. Wer sich erinnern, daß dies in einer öffentlichen Versammlung unter Krach und Aufregung geschah, und daß eine Rednerin der kommunistischen Partei damals die Nutzlosigkeit dieses Vereins aufzeigte, sofern dieser eben nichts andres sein wolle als eine [illegible] liche Beschwerdestelle mit de- und wehmütigen Eingaben an die Behörden und zur Direktion der Cröllwitzer Papierfabrik, wenig optimistischen Erörterungen waren damals von wütendem Gejohle aufgenommen worden, und man [illegible] daß der Verein sich werde durchsetzen und die hallische Bevölkerung von dem im wahrsten Sinne des Wortes zum Himmel stinkenden Skandal befreien können. Alle möglichen Leute von hohen Namen sind im Vorstand dieses Vereins; die Mitglieder zum großen Teil Kleinbürger. Heute, nach einem Jahr, ist [illegible] der Mut geschwunden. Die bürgerliche Presse (man hat die kommunistische wohlweislich nicht eingeladen) berichtete [illegible] sagt, daß bei der letzten Generalversammlung des Vereins

nur sehr wenige Mitglieder zugegen waren.

Der Vorsitzende, Professor Boehmer, erklärte, daß [illegible] mangelndes Interesse an der Bewegung des Vereins [illegible] mals zu einem Ergebnis führen werde. Aber es ist in [illegible] sollte sich Herr Professor Boehmer merken:

Weil der Verein nicht zu dem erhofften Ergebnis gelangt, mußte das Interesse der Mitglieder so offenkundig nachlassen.

Was die Generalversammlung selbst angeht, so erfährt man daraus das übliche Bild der Vertröstungen durch Magistrat und Regierung. Aber praktisch kommt nicht das geringste heraus. Die Sachverständigenvernehmungen wurden erörtert, [illegible] geprüft, und man kam zu dem Ergebnis,

daß in absehbarer Zeit mit einer Beseitigung der Geruchsbelästigung nicht gerechnet werden könne.

Die Werksdirektion lacht sich ins Fäustchen. Sie hat [illegible] Ankündigung eines neuen Verfahrens die ganze Angelegenheit [illegible] monatelang hinausgezögert und dadurch den Abwehrverein [illegible] Hoffnungen beschäftigt, die zu erfüllen ihr niemals in [illegible] gekommen ist.

Es wird den Mitgliedern des Abwehrvereins die erfreuliche [illegible] daß es sich hier um eine schwere gesundheitsschädigende [illegible] heit handelt, nichts anderes übrig bleiben, als endlich [illegible] zeugung zu kommen, daß es sich hier um krasse Klassenfragen handelt. Regierung und Magistrat [illegible] sich auf die Gesetzgebung, und die ist so beschaffen, daß [illegible] Privatunternehmer eben nicht an den Kragen kann. [illegible] eine Verurteilung wegen groben Unfugs wird gegen die [illegible] leitung erreicht werden können. Die bewußte Ausschaltung [illegible] tischer Zusammenhänge aus dem Fall Cröllwitz hat sich [illegible] gerächt. Es hilft nun einmal alles nichts: man muß [illegible] gesetzter Magistrat werden niemals einem Unternehmer [illegible] rücken. Auch dies sollte am 20. Mai bedacht werden.

Hallische Tageschronik

Eine neue Parkanlage. Wie von unterrichteter Seite [illegible] wird, beabsichtigt der preußische Forstfiskus den [illegible] Trotha mit einem Wegenetz zu übersichten, um ihn in [illegible] Umfange dem Erholungsbedürfnis der Stadtbevölkerung [illegible] zu machen. Dieser Plan soll baldmöglichst in Angriff [illegible] werden, da die Ausgestaltung des Bades am Forstgarten [illegible] mit dem neuen Brückenbau einen großen Teil der Kosten [illegible] rung darüber führen wird.

Sängerfest des Arbeitersängerbundes. Wie der Amtliche Preßdienst mitteilt, hat der Preußische Kultusminister [illegible] anlaßt, sie zu veröffentlichen. Ich weise einem Reflektanten [illegible] Mut und Kraft" Nr. 4/28. Die Kirche gibt hier alle [illegible] lich zu, daß sie ihren eigenen süßen Worten von der [illegible] gegenüber den Armen nicht die Tat folgen lassen [illegible] das nicht, um die, welche ihre Hoffnung auf die Kirche [illegible] lich zum Einsehen zu bringen?

Die hallischen Lebenshaltungskosten-Indexziffern. [illegible] Statistischen Amt der Stadt Halle, sind nach dem [illegible] 8. Mai 1928 gegenüber der Vorwoche unverändert [illegible] 1,46).

Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden, Ortsgruppe [illegible] veranstaltet am Sonntag, dem 13. Mai, vormittags [illegible] großen Saale des „Volkspark" eine Wahlkundgebung [illegible] rentner.

Im Edison-Theater, Gottheiner 26, läuft: „Artistenblut" mit [illegible] Hauptrolle. Bewegt, lebendig, stets unterhaltend und spannend, [illegible] Reihe guter Trick. Als Beiprogramm Ton in „Die Bergwacht".

Keine Wohnung ohne Flugblatt!

So lautet die Parole für den kommenden Sonntag. Parteigenossen und RFB.-Kameraden beteiligt [illegible] geschlossen an der Hausagitation. Niemand darf [illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280511-18/fragment/page=0006

Warum WÄHLT DER PROLETARIER K.P.D.?

Die Stellungnahme der einzelnen Parteien zu den Lebensfragen der Arbeiterklasse zeigt sich am klarsten in ihrer Stellungnahme während der Wirtschaftskämpfe, in ihrer Stellungnahme zu Profit des Trustkapitals. Die Unternehmer haben in den letzten Jahren mit Unterstützung der christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer die Rationalisierung in den Betrieben durchgeführt. Wem hat die Rationalisierung genutzt? Den Arbeitern oder der Unternehmer oder der Hebung der Lebenslage der Arbeiter?

Ebenso wichtig ist die Stellung zum Schlichtungssystem. Die Stellungnahme aller Arbeiterkämpfe des letzten Jahres lehren, daß die Schlichtungssystem ausgebaut wurde, um den Unternehmerinteressen dient und ein Mittel ist, mit Hilfe der staatlichen Organe die Arbeiter zu knebeln. Wer also für die Christlichen und die Sozialdemokraten, für das Schlichtungssystem eintritt, unterstützt die Unternehmer.

Außer der Anwendung der Schlichtungsguillotine hat die Unternehmer bei durch Zersplitterung der Arbeiterbewegung die Spaltung der Arbeiterschaft zu verhindern. Solche Taktik der Lokalisierung und Zersplitterung der Bewegungen wird von den reformistischen Bürokraten angewandt. Sie verhindern solche Bewegungen, die weder durch Schlichtung, noch durch Ablehnung (Streik in verschiedenen Betrieben) die kapitalistische Wirtschaft und den kapitalistischen Profit gefährden. Sie verhindern also praktisch alle Bewegungen zu verhindern, die wirksam sind, die Macht der Unternehmer zu schwächen. Aber ohne Erschütterung der Macht des Kapitalistenstaates ist es nicht möglich, die elementarsten Forderungen der Arbeiter durchzusetzen, insbesondere ist ohne Kampf einer Klassenfront die Siebenstundenschicht und die 45-Stundenwoche in anderen Betrieben nicht zu erreichen.

Die Sozialdemokraten und christlichen Gewerkschaftsführer verraten die Arbeitern weisszumachen, daß nach den Wahlen mit einer Koalitionsregierung eine Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter möglich sei. Jeder Arbeiter möge sich erinnern, daß Koalitionsregierungen in der Zeit nach 1918 die Arbeiterinteressen mit Füßen getreten haben. Waren es nicht Koalitionsregierungen, die Beschlüsse faßten über Verlängerung der Arbeitszeit, über Beseitigung des Achtstundentages? Waren es nicht Koalitionsregierungen, die sich besonders energisch für das Schlichtungssystem einsetzten? Waren es nicht die Koalitionsregierungen, die den Arbeitern predigten, ihr müßt mehr arbeiten, damit die deutsche kapitalistische Wirtschaft „gesundet", — damit also der Profit der Unternehmer erhöht wird?

Der Demokrat Siemens, Scharfmacher und Aussperrer

Arbeiter! Vergeßt nicht die Taten jener Koalitionsregierungen, in denen die Sozialdemokraten gemeinsam mit den Unternehmervertretern die Arbeiterforderungen abgewürgt haben.

Wohin führte die Wirtschaftspolitik der SPD.?

Eigentlich braucht sich nur jeder Arbeiter seine Lohntüte, jeder Angestellte seinen Gehaltszettel anzusehen, und leicht wird die Antwort auf diese Frage gefunden sein.

Unter der Konjunktur ist der Reallohn nicht gestiegen. Aber davon, was der „Vorwärts", das Zentralorgan der SPD., schreibt. Im Anschluß an die recht beachtenswerte Feststellung des Reichsbericht des Reichskredit A.-G., daß die deutsche Produktion im Jahre 1927 um etwa 1,2 Milliarden größer war als in den beiden vorhergehenden Jahren, schrieb der „Vorwärts" am 1. Januar 1928:

„Ein Ergebnis, das wiederum die von der organisierten Arbeiterschaft bewußt mit eigenen Opfern gegen die Unternehmer betriebene Rationalisierung rechtfertigt."

Unterschlägt bei hier die Frage, inwieweit der „Vorwärts" berechtigt ist, im Namen der organisierten Arbeiterschaft zu sprechen. Sicherlich an dieser Verzerrung des sozialdemokratischen Zentralorgans ist jedoch: Die SPD. versucht, um ihre Politik den Arbeitern schmackhaft zu machen, die Tatsachen zu verdrehen. Es ist unmöglich, zu glauben, daß die Unternehmer, die doch — die Arbeiter seit mehr als zwei Jahren spürt — auf Kosten der Arbeiter rationalisierten, sich gegen ihre eigene Rationalisierung wenden. Dieser Irrsinn, mit schönen Phrasen verbrämt, wird der SPD. zur Verschleierung der Auswirkungen der von ihr betriebenen Rationalisierung der Arbeiterschaft. Diese Auswirkungen sind: 1. lange Arbeitszeit, 2. schlimmste Hetzarbeit, 3. Erhöhung des Unternehmerprofits (7½ Milliarden Kapitalbildung 1927), 4. Stärkung der politischen Macht des Privatkapitals.

Die Hinweise amtlicher Zahlen lassen erkennen, daß die Unternehmer- und Bankkapitäne ungeheure Profite als Ergebnis der erfolgreichen Rationalisierung einheimsen konnten. Auf der andern Seite zeigt ein Vergleich der Lohnhöhe und Preisentwicklung, daß trotz der ausgesprochenen Hochkonjunktur das letzten Jahres der Reallohne keineswegs gestiegen sind. Die Wucherpolitik der Kartelle, die Zoll- und Steuerpolitik des Bürgerblocks, die die sozialdemokratischen Minister Preußens im Reichsrat durchsetzen, Mietserhöhungen usw. holten schnell die geringen Lohnerhöhungen auf. Es wäre ein Leichtes, hier noch weitere Tatsachen anzuführen zu lassen. Das furchtbare Hetzsystem in den rationalisierten Betrieben, das Ansteigen der Krankheits- und Unfallziffern, kurz — die verheerenden Folgen der kapitalistischen Rationalisierung für die Arbeiter, brachten den Unternehmern immer höhere Gewinne.

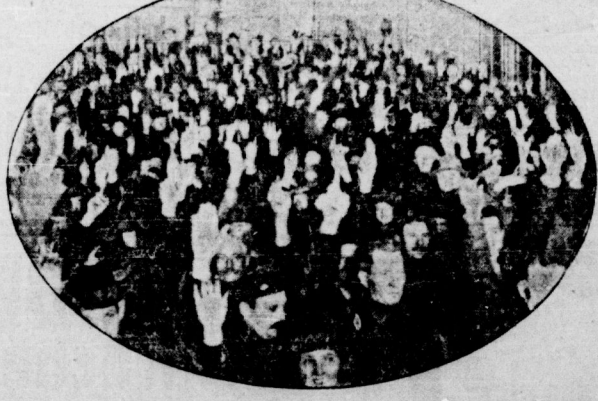
Koalitionspolitik oder Klassenkampf?

Dem deutschen Kapital wurde sein Wiederaufbau in erster Linie durch die Arbeitsgemeinschaftspolitik der SPD. ermöglicht. Diese Politik der Reformisten, begonnen während des Weltgemetzels und fortentwickelt von der Arbeitsgemeinschaft Legien-Leipart und Stinnes nach den Novembertagen von 1918, führte zu einer Lähmung der Schlagkraft der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen und ermöglichte damit den Scharfmachern ihre Angriffe auf die Lebenslage des deutschen Proletariats.

Die sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsführer und Parlamentarier sind in erster Linie bedacht auf das Wohlergehen der kapitalistischen Wirtschaft. Darum versuchen sie, jeden Kampf, der irgendwie die kapitalistische Wirtschaft zu erschüttern droht, ja selbst kleine Bewegungen, die den Profit der Ausbeuter wesentlich schmälern könnten, abzuwürgen. Dies bestimmt die sozialdemokratische Politik im Parlament und bei den Wirtschaftskämpfen: Zersplitterung und lokale Beschränkung der Kämpfe um die Lohn- und Arbeitszeitforderungen sind die Mittel zur Verhinderung erfolgreicher Arbeiterkämpfe. Die Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie ist das „Ideal" der Sozialdemokratie. Die Tarifpolitik der reformistischen Führer reiht sich in diese Politik der Zusammenarbeit mit dem Klassengegner ein. Die Unternehmer haben davon den Nutzen. Durch die Schlichtungspolitik des Bürgerblocks, die mit Hilfe der SPD. eingeführt wurde und die von den sozialdemokratischen Führern verherrlicht wird, werden im Interesse der Scharfmacher die Arbeiter gemeinbelt. Wie weit diese Haltung der SPD. zum Schlichtungswesen geht, beweist am besten das Faksimile eines Schanddokuments aus dem Hamburger Hafenarbeiterkampf. Obwohl seinerzeit die Arbeiter fast einmütig die Weiterführung des Kampfes, trotz Vereinbarkeitserklärung des Schandspruches, beschlossen, nahm das Hamburger SPD.-Blatt ein Inserat der Unternehmer, das der Werbung von Streikbrechern diente, auf.

Auf derselben Linie bewegte sich die Sozialpolitik der sozialdemokratischen Abgeordneten. Die offene Unterstützung des Arbeitsgerichtsgesetzes, des Arbeitslosenversicherungsgesetzes und die Scheinopposition gegen die Steuerpolitik des Bürgerblocks sind nur wenige praktische Ausdrücke der Arbeitsgemeinschafts- und Koalitionspolitik der Sozialdemokraten.

Dieser Arbeitsgemeinschaftspolitik, die als Ergebnisse die Verelendung der breiten Arbeitermassen, die verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse gezeitigt hat, setzen die Kommunisten überall den unversöhnlichen Kampf gegen die Unternehmer und ihre Regierung entgegen. Durch Kampfbündnisse der Arbeiter entscheidender Industrien müssen die Angriffe des Trust- und Monopolkapitals abgewehrt und der Kampf für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und gegen die politische Unterdrückung geführt werden. Die von den Reformisten betriebene Lokalisierung und Zersplitterung der Kämpfe, die Anerkennung der Schandschiedssprüche dient nur den Unternehmern.



Streik!

Dokumente der Schande

Streikbruchinserate der Unternehmer und der Gewerkschaften im sozialdemokratischen „Hamburger Echo"

Arbeit im Hafen.

Durch Entscheidung des Herrn Reichsarbeitsministers ist der Schiedsspruch vom 29. September für die Arbeitnehmer und Arbeitgeber verbindlich gemacht. Die Hafenarbeit darf nicht durch Arbeitsverweigerung gestört werden, und die durch den Schiedsspruch verbesserten Löhne müssen gezahlt werden. Dieselben betragen im Stauerei- Tarifvertrag usf. RM 7,20 für I. Schicht, RM 8,25 für II. und RM 8,64 für III. Schicht. Auf sogenannte Ueberschichten wird ein besonderer Aufschlag von 20 % gezahlt. Auch die Zuschlagsätze sind erweitert und in vielen Punkten erhöht. Arbeiter werden in den bekannten Vertretungsstellen zur Arbeit in gewohnter Weise angenommen und in den Lohnlisten ausgezahlt.

Hamburg, 1. Oktober 1926.

Hafenbetriebsverein in Hamburg e. V.

Deutscher Verkehrsbund
Deutschnationaler Gewerkschaftsbund

Zentralverband der Maschinisten u. Heizer
Gegründet 1884 Berlin

Achtung! Hafenarbeiter, Maschinisten u. Heizer! Achtung!

Durch die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches für die Hafenbetriebe durch den Reichsarbeitsminister ist die Tarif- und Lohnbewegung für die Organisationen, den Deutschen Verkehrsbund und den Zentralverband der Maschinisten und Heizer und damit auch für die Mitglieder der Hafenarbeiterverbände Organisationen beendet. Von den Organisationen kann deshalb Unterstützung irgendwelcher Art nicht gewährt werden. Die Auszahlung von Streikgeld auch in umschriebener Form kann nicht geschehen. Die von unkontrollierbarer Seite unter den Hafenarbeitern verbreiteten Gerüchte, daß, wenn auch die Organisationen den Streik nicht anerkennen können, in irgendeiner Form finanzielle Unterstützung den Hafenarbeitern gewährt werde, sind daher erfunden.

Deutscher Verkehrsbund
Bezirksleitung Groß-Hamburg
Otto Sonn, Bezirksleiter

Zentralverband der Maschinisten und Heizer
Gewerkschaftliche Bezirksleitung
[illegible]

Der Raub des Achtstundentages.

Die Tatsachen sowie amtliche und gewerkschaftliche Dokumente beweisen, daß für die übergroße Mehrheit der Industriearbeiter der Achtstundentag nicht mehr besteht. Besonders in den gesundheitsschädlichen Betrieben der Schwerindustrie, wo zuerst die Rationalisierung durchgeführt wurde, herrscht die mehr als achtstündige Arbeitszeit vor. In unzähligen Betrieben wird sogar heute mehr als zwölf Stunden täglich gearbeitet.

Dieser Raub des Achtstundentages ist besonders zurückzuführen auf die Haltung der sozialdemokratischen und zentrumsparteilichen Führer. Schon vor dem Angriff der Großen Koalition, einschließlich der Sozialdemokraten, auf den Achtstundentag hat die SPD. im Reichstag eine Erklärung unterzeichnet, in der im „Interesse der Wirtschaft" die Abschaffung des gesetzlichen Achtstundentages gefordert wurde. Aus einer Mitteilung des christlichen Sozialreformers Prof. Ludwig Heyde geht hervor, daß die Sozialdemokraten zusammen mit den Zentrumsführern, nachdem die Unternehmer für einen kleinen Teil von Feuerarbeitern den Achtstundentag versprochen, ausdrücklich Abstand nahmen von einem Kampf um den Achtstundentag in der gesamten Schwereisenindustrie. Auch im letzten großen Konflikt in der Schwereisenindustrie kam das klar zutage. Die Interpellation der kommunistischen Reichstagsfraktion gegen den Reichsarbeitsminister Brauns wurde von den Sozialdemokraten abgelehnt. Das beweist, daß die Sozialdemokraten im Interesse der Koalitionspolitik den Kampf um den Achtstundentag sabotieren. Wie der „Kampf" der SPD. gegen den Raub des Achtstundentages aussieht, lehrte die Beratung des Arbeitszeitnotgesetzes. Bekanntlich waren die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten gezwungen, gegen das Arbeitsschutzgesetz des Bürgerblocks, das den Raub des Achtstundentages gesetzlich verankert, zu stimmen. Aber die Haltung der sozialdemokratischen Minister Preußens zu diesem Bürgerblockgesetz deckt die Praxis der Sozialdemokratie in der Arbeitszeitfrage auf. Die preußische Regierung, in der die SPD. führend ist, hat im Reichsrat dem reaktionären Arbeitszeitgesetz des Trustkapitals, das sich offensichtlich gegen die Arbeiterschaft richtet, zugestimmt.

Noch reaktionärer ist stets die Haltung der sozialdemokratischen Vertreter im Reichswirtschaftsrat. Hier fühlten sich die Sozialdemokraten vor der Oeffentlichkeit gesichert.

Wirtschaftskämpfe und Reichstagswahl.

Leider hört man heute noch in Betrieben und Gewerkschaften die von der Bürokratie geförderte Meinung, daß Wirtschaftskämpfe nicht das geringste mit dem politischen Kampf zu tun haben. Aber gerade das verschärfte Vorgehen der Unternehmer, gerade der Raub des Streikrechts mit Hilfe der Schlichtungsbehörden und der Raub des Achtstundentages müssen jeden Arbeiter und Angestellten überzeugen, daß die Massenkämpfe um Lohnerhöhung und Achtstundentag besonders gegenwärtig politischen Charakter tragen.

Als im Anfangsstadium der Rationalisierung die Unternehmer Betriebsstillegungen vornahmen, die in Wirklichkeit nur verschleierte Aussperrungen waren, da sie zum Ziel hatten, der Arbeiterschaft verschlechterte Arbeitsbedingungen aufzuzwingen, da stellte die KPD. im Reichstag Forderungen auf, die die brutalen Maßnahmen der Unternehmer vereitelt sollten. Die SPD.-Fraktion aber lehnte diese Forderungen ebenso wie die bürgerlichen Parteien ab. Später, mit dem verschärften Anziehen der Arbeitskämpfe im vorigen Jahre, haben die Kommunisten in unzähligen Fällen Interpellationen gegen den Streikabwürgungsminister Dr. Brauns eingebracht. Bezeichnend für die Politik der SPD. ist es aber, daß sie all diese kommunistischen Anträge im Arm mit den Bürgerlichen niederstimmte. In gleicher Richtung bewegt sich die Haltung der sozialdemokratischen Führer in den Landesparlamenten und Kommunen. Auch dort wurden in den meisten Fällen irgendwelche Anträge zur Unterstützung streikender Arbeiter, ja sogar solche, die die Erhöhung der Löhne für die Gemeindearbeiter verlangten, niedergestimmt.

Kampf der Scharfmacherpolitik.

In den letzten Tarifbewegungen zeigte es sich, daß die reformistischen Führer ihre Abwürgungstaktik im Interesse der kapitalistischen Wirtschaft verschärften. Eben weil die SPD. und die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer in den bevorstehenden Parlamentswahlen die Möglichkeiten zur Schaffung einer Koalitionsregierung mit der Bourgeoisie haben, darum versuchen sie mehr als bisher, den wirtschaftsfriedlichen Charakter ihrer Politik zu beweisen. Zugleich versuchen die SPD.-Führer gegenwärtig durch Auslösung einzelner Teilkämpfe Wahlerfolge für ihre Partei zu erzielen. Aber weil ihre Koalitionspolitik mit den Unternehmern die Vermeidung größerer Kämpfe zur selbstverständlichen Vorbedingung hat, „führen" sie diese Bewegungen zersplittert durch.

Der Kampf gegen die brutalen Angriffe der Unternehmer kann aber nicht geführt werden auf dem Wege der Koalitionspolitik mit den Scharfmacherparteien. Treffen in der Volkspartei, Klöckner im Zentrum und der „demokratische" Scharfmacher Siemens sind keine Bundesbrüder der Arbeiterklasse.

Nur die Kommunistische Partei hat bewiesen, daß sie den Kampf gegen das Trust- und Monopolkapital führt. Offen erklären die Kommunisten, daß vom Parlament keine Verbesserung der Lebenslage des deutschen Proletariats zu erwarten ist. Die Arbeiterschaft muß sich gerade gegenwärtig von den sozialdemokratischen Illusionen, die nur der Ermöglichung ihrer Koalitionspolitik dienen, befreien. Wie notwendig der Kampf gegen die Koalitionspolitik ist, beweisen die Erfahrungen der letzten vier Jahre, und nicht minder die Tatsache, daß eine neue Unternehmeroffensive im Gange ist, sehr klar. Darum schickt revolutionäre Vertreter in den Reichstag, die eure Interessen vertreten. Kämpft mit der einzigen Klassenkampfpartei.

Wählt Kommunisten!

Liste 5!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280511-18/fragment/page=0007

RAKETE

Das Haus der guten Kleinkunst

Fred-Kaiser-Ensemble

mit vollständig neuem Repertoir

Zwei neue tolle Burlesken

„Der Säugling" und „Wenn Männer schwindeln"

Sonnabend nach der Vorstellung Halles größter Tanzabendbetrieb bis 4 Uhr

Sonntag Nachmittag 4-Uhr-Tanz-Tee abends: Fred Kaiser-Burlesken

Selten günstiges **Angebot**

Große Auswahl preiswerter

Bücherschränke (echt Eiche) von 54 Mk. an

Schreibtische (echt Eiche) von 109 Mk. an

Schreibsessel (echt Eiche) mit Kirbelleder, v. 29 Mk. an

Zimmergarderoben (echt Eiche) [1311 von 29 Mk. an

Max Jungblut Albrechtstr. 37

Werbt für den Klassenkampf!

So weit geht Ihr Vorteil

durch unsere Einkaufsmacht und unsere Einkaufskunst!

Mädchenkleid aus gut. Bengaline in vielen modernen Farben, mit weißer Einfassung, Schleife und aparter Stickerei, Rock m. falten Vom Gr. 60-90 Jede weit. Gr. 50 ₰ mehr.

Mädchenkleid aus gemustertem Vollvoile m. einfarb. Gürtelgarnitur. Kragen und Armelaufschläge aus weißem Voile m. genähten Spitzen Vom Gr. 60-90 Jede weit. Gr. 50 ₰ mehr.

KARSTADT

Halle a. S. Gr. Ulrichstraße 59/61

Kinderkleid aus Trachtenstoff mit weißem Paspel garniert. Rock mit hübscher Bordüre. Vorrätig Größe 45-85. Jede weitere Größe 15 ₰ mehr.

Fahrräder

Ia. Marken

5,— RM. Anzahlung
2,— RM. Wochenrate [1250

Paul Lucke

Halle a. d. S., Bäckerstr. 1 (Glaucharstr.)

Reparaturwerkstatt

Telephon 31018 Telephon 31018

Nordhäuser **Trink-Branntwein** 2,60 Liter

[1292

Max Röhl Herrenstraße 5 Fernruf 237 23

Fahrräder

Nähmaschinen
Grammophone
Radio-Apparate

Sämtliche Reparaturen, Zahlungserleichterung

Otto Pfeffer Mechaniker, Lauchstädter Str. 14

Jetzt kann natürlich nur 9,80

Kalbleder mit blauer Vorderkappe, blauer Bandagenverzierung u. blauem Absatz echt Louis XV.

Entzückendes Modell

Jedes Kind erhält einen Luftballon!

Alzak Steinweg 46/47 Ecke Taubenstraße

Schuhhandelsges. m. b. H.

Das **BETT** wie es sein soll

und dabei doch so billig

Metallbettstellen mit Patentmatratzen: Mark 16,50 18,50 20,— 24,— 26,— 28,— 32,—

Holzbettstellen Mark 24,— 29,— 32,— 36,— 40,—

Kinderbettstellen aus Holz Mk. 19,— 23,— 28,— 30,— usw. aus Eisen Mk. 18,— 21,— 23,— 26,— usw.

Auflegematratzen 3teilig mit Kopf. Mk. 15,— 21,— 24,— 27,— 32,— 36,— 40,— 44,— 50,— ein sichere Ausführung Mark 12,—

Patentmatratzen Mark 20,— 25,— 29,—

Federbetten mit guter Füllung: Oberbetten Mk. 15,50 18,- 29,- 38,- 47,- Unterbetten Mk. 14,50 16,- 26,- 32,- 42,- 2 Kopfkissen Mk. 8,50 11,- 17,- 21,- 26,- pro Stand Mk. 38,50 45,- 72,- 91,- 115,-

Bettfedern: Mark 0,90 1,25 1,40 2,— 2,75 3,25

Halbdaunen Mk. 4,50 5,— 6,— 7,— 8,50

Dreivierteldaunen Mk. 10,— 11,— 13,—

Reine Daunen Mk. 8,— 9,75 14,— 18,—

Inlette und Drelle von den feinsten Ausführungen bis zu den feinsten Indanthrenfarben

Chaiselongues Mk. 33,— 36,— 43,— 45,— 50,— 55,— 58,— usw.

Bettchaiselongues Mk. 95,— 115,— 125,— 140,—

Steppdecken Mk. 13,50 18,— 19,50 23,— 27,— 30,— usw.

Daunendecken Mk. 55,— 60,— 70,— 75,— 0,— 95,— usw.

Nachtschränke, Schränke, Schlafzimmer zu exaunahmsweise billigsten Preisen

Neueste Bettfederreinigung übertrifft alles bisher Dagewesene an Gründlichkeit u. Leistungsfähigkeit. Jederzeit zu Bett. ohne Abbrechen und Zubringen kostenlos. Entgegenkommende Zahlungsbedingungen

Auch nach auswärts durch eigenen Auto ohne Transportbeschädigung

Bettenhaus Bruno Paris

Kleine Ulrichstraße 2

Eingang Kanzleigasse

2 Minuten vom Markt 1641

Die gute Wiener Seifelade nur bei 1642

Heinrich Müller Wurstfabrik Gr. Brauhausstr. 29 Tel. 23133

Papier Zeitungen Lumpen, Knochen kauft **A. Bode** Große Klausstraße 29

Badehauben Badeschuhe in reicher Auswahl bei **M. Winkler** Glaucharstr. 27

Tausche Stube, K., K. u. Korr. gegen gleiche 2Zim. od. ein Zimm. mehr. Off. u. Kl. 164 a an den Verlag Klassenkampf

Lehrling für Hobel- und Feinschleiferei p. sofort gel. **J. Kranner,** Geiststraße 53 [1400

Leder zu bekannt billigen Preisen 256 **Sommer & Kurzhals** Albrechtstr. 46 Ecke Geiststraße

1634

Wer ist das?

An dem guten Sitz des Anzuges erkennt man sofort, daß es einer der vielen Herren ist, welche seit Jahren zur vollsten Zufriedenheit bei mir kaufen. Bitte versuchen Sie es auch einmal.

Herren-Anzüge ein- u. zweireihig, solide Cheviots, Gabardine u. Kammgarn 26,— 36,50 45,- 54,- 63,- 72,- 85,-

Herren-Anzüge ein- u. zweireihig, einfarbig, blaue Cheviots u. Kammgarne 48,- 54,- 63,- 69,- 79,- 89,- 98,-

Sport-Anzüge mit langer oder kurzer Hose aus Cheviots, Cords, Fantasie-Stoffen 30,- 36,50 42,- 54,- 58,- 65,- 72,-

Frühjahrs-Mäntel Sport-Paletots Gabardine, Shetland, Covercoats 36,50 42,- 54,- 59,- 65,- 72,- 78,-

Julius Hammerschla

37 Große Ulrichstraße 37 — Parterre und I. Et.

Der Weg zu mir ist lohnend!

Fahrradreparaturen werden fachmännisch und billigst in eigener Werkstatt sofort ausgeführt

Max Meßling Fabrik-Verkaufsstelle „Mifa" Moritzwinger 2 289

Spendet f. d. „Rote Hilfe"

Fahrräder Mercedes, Greifer, Opel, Torpedo und andere erstklassige Marken von Mark 75,— an Sämtliche Ersatzteile äußerst preiswert Bequeme Zahlungsweise! 279

Kurt Bley Ludwig-Wucherer-Straße 43 (Reileck)

Treibriemen-Lederstücke, gebr. gr. Pos. eingetroffen, geeignet für verschied. Zwecke, verkauf. zu billigen Preisen 313 **J. Sternlicht,** Alter Markt 11 („Goldene Kette")

Gelbfleisch Industrie-Kartoffeln 10 ℔ 45 ₰, bei Zentnern billiger **Rich. Becker, Jacobstr. 46**

Fahrräder

Nähmaschinen
Sprechapparate
Große Auswahl in Platten

Hänisch, Turmstraße 158

Anzahlung 10.— Mk. Wochenrate 2.50

Werbt f. d. Klassenkampf

Neueste Auflage!

Stelzer, Das Gesetz 40.— mit den neuesten Bestimmungen Preis erhältlich in der Bezirks-Zentral-Buchhandlung Halle Lerchenfeldstraße 14 und sämtlichen Filialen im Bezirk

Inserenten fordert Offerten über Drucksachen ein

MÖBEL Küchen in großer Auswahl 1648

GEMEINNÜTZIGE DEUTSCHE **HAUSRAT** G. m. b. H. MITTELSTR. 5

Rohfleisch billiger!

Pa. Fohlenfleisch Pfd. 50 u. 60 Pf.
Pa. fettes Bratenfleisch Pfd. 40 Pf.
Pa. Rolladen Pfd. 50 Pf.
Pa. Lende Pfd. 70 Pf.
Pa. frisches Gehacktes Pfd. 40 Pf.
Wurstwaren in bekannter Güte

Hermann Böhlert, Rohschlächterei Glaucharer Str. 75. Bürgaße 4. Fleischerstr. 32 1647

Küchen auf **Teilzahlung** nur 160 Mark Anzahlung 20 Mark Wochenrate 3 Mark **Eichmann & Co.** Halle a. S. Gr. Ulrichstr. 51

Zeitungsmatrl billigst abzugeben Lerchenfeldstraße 14 und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280511-18/fragment/page=0008

Aus den Betrieben

Bewegung in den Betrieben

Hilfe! Kommunisten in der Betriebsleitung!

Aufregung herrscht in der Direktion und Be- der Hallischen Maschinenfabrik. daß vor einer Woche die H. M. F. ihre Mauern Verräterin für die Kommunisten hergeben mußte, Vorstehern sehr verärgert und setzten 50 Mark für Eingriffung der Täter aus.

Lauge und Salzsäure wurde die Schrift: „Wählt Kommunisten!" notdürftig unschädlich gemacht.

Nun zwei Tage später prangte am anderen Ende dieselbe Parole. Die Direktion war vor Wut daß sie verzagt, diese Schrift entfernen zu lassen. Direktion hatte, sich zu erholen, erlebte sie aufs großen Kummer. Da hatten es nämlich die verstanden, auch in die geheiligten der H. M. F. zu gelangen. Ja, die Frechheit ging weit, daß sie

vor der Tür des Betriebsleiters nicht Halt machten die Parole: „Wählt Kommunisten!" anklebten.

Natürlich das große Preisraten los. Doch es konnte entfernen werden, den Zettel angeklebt zu haben. Direktion durchaus den Uebeltäter schnappen will, ihr, sich einmal in ihren eigenen Reihen um- kann nämlich sein, daß der alte ausgediente Be- Träger aus Wut darüber, daß er bald abge- zu den Kommunisten gegangen ist und die Zettel des Betriebsbureaus klebt. Wir wollen hoffen, Herr mit seiner Agitation recht viel Erfolg hat Betriebsrat der H. M. F. restlos Kommunisten wählen.

und Genossen! Das ist ein Musterbeispiel. es auf ähnliche originelle Weise nachzueifern. — besprechen und nachmachen!

Betriebsarbeiter, sammelt eifrig und mit den Wahlfonds der KPD.!

Bollmer, Chemiearbeiter, Reichstagskandidat der KPD.

Am Lohntage

Der ganze Fluch des kapitalistischen Systems von den am stärksten empfunden. Wie oft kann man und den Proleten von dem lohnzahlenden Beamten Noten ausgehändigt werden:

„Den lumpigen paar Mark soll ich nun meine Familie ernähren."

Oft werden die Proleten von den Frauen und Kin- jeder Minute erwartet. Es muß die Miete, dort und an anderer Stelle dies und jenes bezahlt Bereiten die Proleten die Wohnung und über- Inhalt der Lohntüte ihren Frauen, so schauen sie und ihre Männer an und fragen:

„Was wir von diesen paar Mark zuerst bezahlen?"

Und eine Rechnung aufgemacht, was der Lebens- bedarf und hervorgehoben, was mittlerweile teu- geworden ist. Doch ebenso werden die Männer darauf „Was können wir dafür, daß wir so wenig ver- Also durch ihre Frauen werden die Betriebsarbeiter unter welch unwürdigen Verhältnissen sie arbeiten müssen. Zu den großen Anstrengungen im Arbeits- kommen ihnen die ewig drückende Sorge um die Er- ihrer Familien.

Die garantierten „Brotgeberin" machen die unsicheren Exi- ihrer Arbeitssklaven keine Sorgen. Bilden Grundlagen für die Rentabilität ihrer Betriebe Die Sorgen für den Betrieb überlassen sie Leitung ihren Betriebsbeamten, Aufsehern usw. Arbeiter sind jedoch am schlechtesten daran in des Mißverhältnis zwischen Arbeitsleistung und Die Lohnsteuer, indirekte Steuer, Industrie- und drücken ständig die Kaufkraft ihres Reallohnes Hinzu kommen die fortgesetzten Steigerungen für

Mietsleistung, schlechte Bezahlung und Familien- aber an dem einzigen Gut, was die Betriebs- nämlich an der Arbeitskraft. Die Ratio- bildet nur vollleistungsfähige Arbeits- dann stehen die Betriebsarbeiter vor einem Erwerbslosenunterstützung bildet nur die Fort- Entbehrungen und Sorgen im größeren Umfange. Zeit der Wahl. Daher treten die kommunistischen Kandidaten an die Betriebsarbeiter mit der Auf- gegenüber.

Für den Kampffonds der KPD. zu stärken.

Die Lebenslage der Betriebsarbeiter bessern, wollen Raum schaffen für eine menschenwürdige Exi- auf die sie infolge ihrer Arbeitsleistung ein müssen sie mit vereinter Kraft im Bunde Bauernschichten die Herrschaft der Bürger- deren Koalition mit der SPD. sprengen. alle Steuern und Abgaben auf die Schultern der um ihre eigene Last zu erleichtern. Das Kampf der Werktätigen gegen ihre Sein und Nichtsein, wobei das herrschende Kapital und der Bürgerblock um ihrer Existenz willen Polizei und Militär gegen Betriebsarbeiter einsetzen werden. Doch jetzt handelt es sich um den Wahlkampf,

weil am Wahltage die Betriebsarbeiter entscheiden sollen,

wer im Reichstag und im Preußischen Landtag die Interessen der Arbeiter vertreten, Gesetze zur Verbesserung der Arbeiterinteressen zustimmen oder ablehnen soll.

Jedes Gesetz, was den herrschenden Klassen nützte, den Betriebsarbeitern aber schadete, haben die Kommunisten in den Parlamenten auch unter Anwendung schärfster Obstruktion rücksichtslos bekämpft. Sie sind die Todfeinde aller bürgerlichen Elemente, welche die Herrschaft des Trustkapitals ver-

Dawes-Bahn-Mord!

Von der Lokomotive gestürzt und getötet.

ist gestern der Oberlokomotivführer J. aus Halle. Als er auf seiner Maschine von einer Probefahrt heimkehrte, stürzte er von seinem Stand herab und geriet unter einen vorbeifahrenden Güterzug, der ihm den Kopf vom Rumpf trennte. — Die näheren Umstände sind noch nicht bekannt!

ewigen wollen; aber auch aller sozialdemokratischen Spießer, die da schreien und zetern, sobald die revolutionären Arbeiter unter Führung der Kommunisten an dem Bestand der Trustrepublik rütteln. Die sozialdemokratischen Spießer können ohne das Trustkapital nicht leben, weil es ihnen den „Sozialismus bescheren" soll.

Die Kommunisten müssen, wie in allen Kämpfen so auch in diesem Wahlkampf, gegen das große Heer ihrer Feinde kämpfen. Sie können es mit um so größerem Erfolg tun, als alle Betriebsarbeiter ihre Unterstützung bieten. Darum dürfen sie, die stets zu Opfern bereit waren, auch in diesem Wahlkampf keine Opfer scheuen, weil sie dadurch mit beitragen, die Waffen der KPD. zu schärfen, und den Bürgerblock um so größere Schläge versetzen können. Darum muß jeder Betriebsarbeiter eine Kampffonds-Marke entnehmen, oder auf die Sammelliste zeichnen. Am 20. Mai, dem Tage der Wahl, aber

für die Liste 5 stimmen.

Das ist die Liste der KPD., der Partei Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, die führende Partei aller Werktätigen und Unterdrückten. Sie ist der Todfeind der Ausbeuterparteien. Sie ist gegen den Reformismus und gegen die Arbeitsgemeinschaft mit den Klassenfeinden des Proletariats. Sie ist gegen die Koalitionspolitik. Kein Betriebsarbeiter entziehe sich daher seiner Klassenpflicht, stärke den Kampffonds und gebe am Wahltage seine Stimme der

Kommunistischen Partei.

Die Verhältnisse auf der Rubiag immer noch kritisch!

Jetzt gilt es erst recht, energisch und geschlossen aufzutreten, Kameraden!

In der Betriebsleitung der Emanuel-Fabrik sitzt auch ein Bärmann. Es ist jedoch zu unterscheiden von einem „Bär-Mann" bei den Zigeunern, der sich darauf versteht, Bären ihre Kunststücke zeigen zu lassen. Nun will aber der Betriebsleiter Bärmann kaum doch nicht nachziehen, und so ist er sich darin Proleten auf dem Straßenpflaster tanzen zu lassen. Er hat es scheinbar vom Doktorchen gelernt? Nun, wir werden noch weiter berichten, wobei dann wohl der Doktor Geiger über seinen Betriebsleiter staunen wird.

Im Zusammenhang mit der Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden und der Unfallverhütungsangelegenheit, von der wir berichteten, wurde jetzt auch noch der Bandwärter fristlos entlassen. Der Arbeiter, der außer Dienst stand, wurde vom Bergrat zum Bureau der Emanuelgrube verlangt. Dort wollte nun der Betriebsleiter Bärmann, mit Unwahrheiten operierend, die Schuld auf den Arbeiter schieben. Der Arbeiter erklärte, daß das Lügen seien, was der Betriebsleiter dort erzählte. Als der Arbeiter am nächsten Tag zur Arbeit kam, wurde er fristlos entlassen.

Nun, Ihr Herren, die Ihr glaubt machen zu können was Ihr wollt, wir sagen Euch, die Wahrheit siegt, denn es ist noch nie „das letzte Wort" gesprochen. Bärmann mag sich aber merken, „Lügen haben kurze Beine". Denn immer mehr Arbeiter erkennen dadurch die elende Heuchelei, mit der die Ausbeutung ihre Vorkommenheit zu verschleiern sucht. Wir erinnern daran, daß wir in unserem letzten Bericht vom Bergamt Untersuchung des Unfalls und Absetzung der Beamten vom Bergbau forderten. Am 3. Mai erschien nun der Revierbeamte von Halle Ost, um die Vorgänge in Augenschein zu nehmen (sogenannter Lokaltermin). Aber die daran Beteiligten, der Betriebsratsvorsitzende und ein Arbeiter wurden nicht zugezogen weil es die Betriebsleitung ablehnte. Nun Ihr Herren habt es wohl mit der Angst zu tun, daß die Wahrheit an den Tag kommen könnte, und wir sagen Euch, sie kommt heraus und wenn Ihr Euch noch so sehr sträubt.

Herr Revierbeamter, warum zogen Sie diese Leute nicht zu? Sind Sie etwa auch williges Werkzeug der Kapitalsverwalter?

Daß Sie den entlassenen Betriebsrat auf der offenen Straße wie einen dummen Jungen austragen wollten, ist ein starkes Stück! Nun, hoffentlich haben Sie etwas von der Abfuhr mit nach Halle genommen. Recht so.

Sind beim Bergamt noch mehr von dem Schlage? Dann gute Luft. — Wir sind gespannt, was die Verhandlung gebracht hat. Wir fordern die Absetzung der betreffenden Beamten vom Bergbau.

Arbeiter, Kameraden! Laßt Euch nicht um Eure Rechte bringen. Gebt am 20. Mai Eure Stimme der Liste 5. Der Liste der Kommunistischen Partei, die im Betrieb, im Parlament, wie bei jeder anderen Gelegenheit für Eure Rechte eintritt.

Zur Verbandstagswahl der Eisenbahner

Die reformistische Gewerkschaftsbureaukratie des Einheitsverbandes der Eisenbahner, welche in allen Sitzungen die Kollegen der Opposition mit allen zu Gebote stehenden Mitteln brutal beiseite schiebt, aber sich ihre Gewerkschaftsarbeit gefallen läßt, ja sogar offen anerkennt, hat es abgelehnt, einen Kollegen der Opposition als Verbandstagsdelegierten zuzulassen. Dies hat sich in rücksichtsloser Weise auf der Bezirkskonferenz am 15. April in Halle gezeigt.

Wo die Reise bei dem Verbandstag hingehen soll, besagt zur Genüge die Liste. Alle Kandidaten sind Anhänger des Reformismus, die die Maßnahmen des Verbandsvorstandes auf dem Verbandstag im voraus gutheißen.

Nur ein Kollege dieser Liste, der Kollege Seisowa, Kottbus, besitzt noch den ehrlichen Willen, der Gewerkschaftsbureaukratie entgegenzutreten.

Deshalb, Eisenbahner, alles am 13. Mai zur Wahl in die Wahllokale und zeigt diesen Leuten, daß Ihr Delegierte nach Eurem Willen haben wollt, und wählt nur den Kollegen

Seisowa-Cottbus

für den Bezirk Halle a. d. S.

*

Der Bezirk Erfurt teilt uns mit, daß für die dortigen Ortsgruppen, zu denen auch Weißenfels, Teuchern, Zeitz, Naumburg gehören, folgende Kollegen der Opposition zu wählen sind:

Hildebrandt, Paul, Schlosser, Meiningen,
Hen, Hugo, Lackierer, Gotha,
Bittorf, Friedrich, Maschinenputzer, Erfurt.

Alle anderen Namen sind auf den amtlichen Stimmzetteln zu streichen!

Aus dem Musterbetrieb G. Liebmann, Merseburg

Verschärfung der Antreiberei — Betrügerische Lohnabzüge

Die Behandlung und der Lohn bei dieser Firma sind stets ein Kapitel für sich gewesen. Durchschnittlich wurde die Belegschaft 3 bis 5 Pf. unter dem tariflichen Stundenlohn bezahlt. Als sich die Arbeiter und Arbeiterinnen, durch einige rührige Gewerkschaftler aufgerüttelt, besannen und einen Betriebsobmann wählten, wurde mit Hilfe des Metallarbeiterverbandes Schluß mit der Schweinerei gemacht. Aber nun kam im Laufe des Jahres Herr Kaufmann aus Leipzig als Betriebsleiter, der eine ganz besondere Nummer ist. Nach seiner Meinung mußte die Belegschaft zur Ordnung erzogen werden. Und da kam u. a. folgende Bekanntmachung mit heraus: „In letzter Zeit ist festgestellt worden, daß durch „viele Unterhaltungen" während der Arbeitszeit nicht mehr genügend Wert auf die Arbeit gelegt wird. Auf Grund dessen ist Herr Warnicke von heute an beauftragt, Fräulein Hempel in ihrer Abteilung wegen einer besseren Ordnung mit zu unterstützen und bitte ich, seinen Anordnungen jederzeit Folge zu leisten." Aber das war noch nicht alles. Es kam noch viel schöner. Es wurden abgebrochene Werkzeuge vom Lohn abgezogen.

Für einen Bohrer, 3,4 mm stark, der im Laden 25 Pf. kostet, brachte man 84 Pf. in Abzug.

Also man scheute sich vor einem Betrug nicht.

Im Aufenthaltsraum für Frauen war eine Fensterscheibe kaputt gegangen. Obwohl ein Verschulden nicht festgestellt werden konnte, wurden

jedem dort beschäftigten Mädchen 10 Pf. abgezogen,

ohne daß auf dem Akordschein der Abzug vermerkt worden war. Erst durch eine Klage beim Arbeitsgericht wurde diesem Idyll ein Ende bereitet. Die anständige Firma mußte das einbehaltene Geld für die Werkzeuge wieder auszahlen. Das Geld für die Fensterscheibe hatte Herr Kaufmann vorsichtigerweise freiwillig wieder ausbezahlt, um einem Verfahren wegen Betruges aus dem Wege zu gehen.

Und nun zur Kontrolle der fertiggestellten Arbeit. Die müßte sich die Gewerbeaufsichtsbehörde einmal ansehen. Jeder Arbeiter muß zum Schreiber und dort angeben, was er die Woche über gemacht hat. Hat nun ein Arbeiter mehr, als wie auf der Karte verzeichnet ist, gearbeitet,

bekommt er diese Arbeit einfach nicht bezahlt.

Desgleichen, wenn er sich einmal zu seinen Ungunsten verzählt hat und dies nicht bemerkt. Weil der Betriebsratsobmann manchmal mächtigen Krach geschlagen hat, mußte er den Betrieb verlassen. Der neue Betriebsratsvorsitzende Bigalke soll nach Gerüchten von Herrn Liebmann für seine Dienste ein Stück Garten bekommen haben. Daß das stimmt, beweist, daß er des Abends zusammen mit seinem Bruder von der ganzen Belegschaft beim Umgraben des betreffenden Gartens gesehen worden ist.

Bigalke ist ein ehemaliger Ballikumer und hat unter General von Goltz gegen Rußland gekämpft. Nachdem er elf und ein halbes Jahr bei dem Militär und der Schupo gedient hatte, wurde er dort ohne Abfindung entlassen. (!)

Also, Herr Gewerberat, hoffentlich sehen Sie bei der sauberen Firma einmal nach dem Rechten.

Der Belegschaft geben wir aber den Rat, sich ernsthafter um ihre Interessenvertretung zu kümmern. Jedes feige Zurückweichen vor den Ausbeutern führt nur zu größeren Drangsalierungen. Hinein also, alle miteinander, in die gewerkschaftliche Opposition!

Als organisierte Arbeiter habt Ihr dann das Recht und die Pflicht, den DMV. zu schärfstem Vorgehen zu zwingen. Bis dahin aber beweist schon durch einen ersten energischen Schritt, daß Ihr auf den Boden des Klassenkampfes treten wollt, beteiligt Euch am 20. Mai alle restlos an der Wahl, indem Ihr alle

stimmt für Liste 5, die Liste der Kommunisten.

Genossen, welche Kollegen hast Du Dir in Gewerkschaft und Betrieb ausgesucht zur Bearbeitung bei der Hausagitation am Sonntag?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280511-18/fragment/page=0009

Heran an die Massen!

Ueberall öffentliche Wahlversammlungen der Kommunistischen Partei

Halle. Freitag, den 11. Mai, 20 Uhr, im „Volkspark" öffentliche Frauenversammlung. Referentin: Genossin Rosi Wolfstein, Berlin.

Unterbezirk Saalkreis

Wallwitz. Freitag, den 11. Mai, 20 Uhr, bei Herzog öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Höcker.
Spickendorf. Freitag, den 11. Mai, 20 Uhr, bei Jänisch öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Steinmetz.
Lochau. Freitag, den 11. Mai, 20 Uhr, im „Elstertal" bei Brochnow öffentliche Wahlversammlung. Referent: Gen. Pfund.
Lieskau. Freitag, den 11. Mai, 20 Uhr, bei Dönert öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Härtel.
Schletau. Freitag, den 11. Mai, 20 Uhr, im „Weißen Schwan" öffentliche Wahlversammlung. Referent: Gen. Fr. Lober.
Merbitz. Freitag, den 11. Mai, 20 Uhr, bei Wilke öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse W. Schmidt.
Osmünde. Freitag, den 11. Mai, 20 Uhr, bei Mösslein öffentliche Wahlversammlung. Referent anwesend.
Raßnitz. Sonnabend, den 12. Mai, 20 Uhr, bei Sperling öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Nette.
Reinsdorf. Sonnabend, den 12. Mai, 20 Uhr, im Gasthof öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Baumgärtel.
Schwerz. Sonnabend, den 12. Mai, 20 Uhr, bei Franke öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse W. Schmidt.
Beesenstedt. Sonnabend, den 12. Mai, 20 Uhr, bei Kunser öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Lessig.
Arb.-Geb. Brachstedt. Sonnabend, den 12. Mai 20 Uhr, öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Höcker.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Ober- und Niederreichstädt. Freitag, den 11. Mai, 20 Uhr, bei Hesselbart öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Jährling.
Wengelsdorf. Freitag, den 11. Mai, 20 Uhr, öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse R. Fritz.
Schkeuditz. Freitag, den 11. Mai, 20 Uhr, im Bahnhofsaal öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Grade.
Pützen. Sonnabend, den 12. Mai, 20 Uhr, im „Bürgergarten" öffentliche Werbeveranstaltung. Referent: Genosse Gustav Menzel, Berlin.
Köthen-Benna. Sonnabend, den 12. Mai, 20 Uhr, bei Lindner öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse B. Koenen.
Bischdorf. Sonnabend, den 12. Mai 20 Uhr im Gasthof öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse R. Koch.
Gr.-Corbetha. Sonnabend, den 12. Mai, 20 Uhr, im „Saaletal" öffentliche Wahlversammlung. Genosse Drygalla.

Denkt stets an den Wahlfonds!

Schafstädt. Sonnabend, den 12. Mai, 20 Uhr, im „Prinz von Preußen" öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Wollmann.
Kötschau. Sonnabend, den 12. Mai, 20 Uhr, bei Becker, Schlucksee, öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Fr. Fritz.
Delitz a. B. Sonnabend, den 12. Mai 20 Uhr, bei Kittelmann öffentliche Wahlversammlung. Referentin: Genossin Ida Lehmann.
Kl.-Lehna. Sonnabend, den 12. Mai, 20 Uhr, im „Schützenhaus" öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Drese.
Günthersdorf. Sonnabend, den 12. Mai, 20 Uhr, im „Schwarzen Bär" öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Gierth.
Leuna-Rössen. Sonnabend, 12. Mai, 20 Uhr, im Lokal „Heiterer Blick" öffentl. Wahlversammlung. Ref.: Gen. Heinz Schmidt.
Altersroda. Sonnabend, 12. Mai, 20 Uhr, im Lokal „Elster" öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Feicht.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Gröbitz. Freitag, den 11. Mai, 20 Uhr, öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Lessig, Halle.
Zeitz. Freitag, den 11. Mai, 20 Uhr im „Schützenhaus" öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Schröter, Halle.
Gladitz. Freitag, den 11. Mai, 20 Uhr, öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Rehsche, Halle.
Kröpsuln. Freitag, den 11. Mai, 20 Uhr, im Gasthof öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Schinpa.
Lengefeld. Freitag, den 11. Mai, 20 Uhr, im Gasthof öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Reubert.
Janisroda. Freitag, den 11. Mai, 20 Uhr, im Gasthof öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Bierbeck.
Obergreißlau. Freitag, den 11. Mai, 20 Uhr, im Gasthof öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Eichfeld.
Goseck. Freitag, den 11. Mai, 20 Uhr, in Kochs Garten öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Schulze.
Roda. Sonnabend, den 12. Mai, 20 Uhr, öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Alfred Stolze, Halle.
Gehofen. Sonnabend, den 12. Mai, 20 Uhr, öffentliche Wahlversammlung. Referent anwesend.
Graua. Sonnabend, den 12. Mai, 20 Uhr, bei Hauschild öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Beuthan.
Hohenmölsen. Sonnabend, den 12. Mai, 20 Uhr, im „Preußischen Hof" öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Schüffler.
Ziegelroda. Sonnabend, den 12. Mai, 20 Uhr, öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Weisner.
Wetterzeube. Sonnabend, den 12. Mai, 20 Uhr, im Lokal „Roter Ochse" öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Heppner.
Osslig. Sonnabend, den 12. Mai, 20 Uhr, im Lokal Ossig öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Reif.
Lösau. Sonnabend, den 12. Mai, 20 Uhr, auf dem Dorfplatz öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Strich.
Rumsdorf. Sonnabend, den 12. Mai, 20 Uhr, bei Gerhardt öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Retterath.
Almrich. Sonnabend, den 12. Mai, 20 Uhr, im Lokal „Linde" öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Fiekert.
Schellsitz. Sonnabend, den 12. Mai 20 Uhr, im Lokal „Grüne Aue" öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Schulter.
Streckau. Sonnabend, den 12. Mai, 20 Uhr im Gasthof öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Eichfeld.
Könderitz. Sonnabend, den 12. Mai, 20 Uhr bei Reinhardt öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Schippa.

Unterbezirk Mansfeld

Eisdorf. Freitag, den 11. Mai, 20 Uhr, im Deutschen Haus öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Lehnert.
Stangerode. Freitag, 11. Mai, 20.30 Uhr, öffentliche Wahlversammlung. Referent Genosse Selling.
Benersdorf. Sonnabend, den 12. Mai, 20 Uhr, öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse vom UB.
Bennstedt. Sonnabend, den 12. Mai, 20 Uhr, im „Weißen Roß" öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse O. Müller.
Wolferode. Sonnabend, den 12. Mai, 20 Uhr, im Lokal „Zum Anker" öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse O. Müller.
Wimmelburg. Sonnabend, den 12. Mai, 20 Uhr, im Lokal Hünedburg öffentl. Wahlversammlung. Referent: Genosse Lehnert.
Alterode. Sonnabend, 12. Mai, 20½ Uhr, öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Selling.

Unterbezirk Sangerhausen-Nordhausen

Nordhausen. Freitag, den 11. Mai, 20 Uhr, öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Fahemann.
Ellrich. Freitag, den 11. Mai, 20 Uhr, öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Lühne.
Blankenheim. Freitag, den 11. Mai, 20 Uhr, öffentliche Invalidenversammlung. Referent: Genosse Pauli.
Rottleberode. Freitag, den 11. Mai, 20 Uhr, bei Hoffmann öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Blaß.
Artern. Freitag, den 11. Mai, 20 Uhr, im Goethehaus öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Menzel, Berlin.
Kleinmende. Freitag, den 11. Mai, 20 Uhr, bei Eilnert öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Genisch.
Pußleben. Freitag, den 11. Mai, 20 Uhr, öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Medler.
Morungen. Sonnabend, den 12. Mai, 20 Uhr, öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Blaß.
Hohlstedt. Sonnabend, den 12. Mai, 20 Uhr, öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Kranke.
Tettenborn. Sonnabend, den 12. Mai, 20 Uhr, öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Medler.
Oberröblingen. Sonnabend, den 12. Mai, 20 Uhr, öffentliche Invalidenversammlung. Referent: Genosse Pauli.
Stolberg. Sonnabend, den 12. Mai, 20 Uhr, im „Bürgergarten" öffentliche Versammlung. Referent: Genosse Lühne.
Berga. Sonnabend, den 12. Mai, 20 Uhr, „Zur Schenke", öffentliche Wahlversammlung. Referent anwesend.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Bitterfeld. Freitag, den 11 Mai, 20 Uhr, im „Gesellschaftshaus" Aufführung der Roten Revue.
Reinsdorf. Freitag, den 11. Mai, 20 Uhr, öffentliche Wahlversammlung. Referent: UB.
Großkugan. Sonnabend, den 12. Mai, 20 Uhr, öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse vom UB.
Bleddin. Sonnabend, den 12. Mai, 20 Uhr, öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Hildebrandt.
Zahna. Sonnabend, den 12. Mai, 20 Uhr, Filmabend. Referent: Genosse Eberlein.
Gutzsch. Sonnabend, den 12. Mai, 20 Uhr, öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Kürschner.
Globig. Sonnabend, den 12. Mai, 20 Uhr, öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Borsdorf.

Unterbezirk Delitzsch

Werben. Freitag, den 11. Mai, 20 Uhr, öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Gebhardt.
Laußig. Freitag, den 11. Mai, 20 Uhr, im Gasthof öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Wendler, Eilenburg.
Pauplitsch. Freitag, den 11. Mai, 20 Uhr, bei Teutschbein Filmabend. Referent: Genosse Baumgärtel.
Mesdorf. Freitag, den 11. Mai, 20 Uhr, im Gasthof öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Michaelis.
Reibitz. Freitag, den 11. Mai, 20 Uhr, öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Mußmann.
Zschepkau. Freitag, den 11. Mai, 20 Uhr, öffentliche Wahlversammlung. Referentin: Genossin Voigt.
Lemsel. Sonnabend, den 12. Mai, 20 Uhr, öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Mußmann.
Liemehna. Sonnabend, den 12. Mai, 20 Uhr, öffentliche Wahlversammlung. Referent: vom UB.
Badrina-Sholitz. Sonnabend, den 12. Mai, 20 Uhr, öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Geithe.
Schladitz. Sonnabend, den 12. Mai, 20 Uhr, öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Wegner.
Tiefenlee. Sonnabend, den 12. Mai, 20 Uhr, öffentliche Wahlversammlung. Referentin: Genossin Voigt.
Döbern. Sonnabend, den 12. Mai, 20 Uhr, öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Gebhardt.
Zwochau. Sonnabend, den 12. Mai, 20 Uhr, bei Barth öffentliche Wahlversammlung. Referent anwesend.
Wiedemar. Sonnabend, den 12. Mai, 20 Uhr, öffentliche Wahlversammlung. Referent anwesend.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Dommitzsch. Freitag, den 11. Mai, 20 Uhr, in der „Konzerthalle" öffentliche Wahlversammlung mit Lichtbildervortrag. Ref.: Genosse Schmeer.
Klein-Leipisch. Freitag, den 11. Mai, 20 Uhr, bei Hensel öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Hugo Müller.
Lindenau. Freitag, den 11. Mai, 20 Uhr, im Gasthof öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Paulick.
Gorden. Freitag, den 11. Mai, 20 Uhr, bei Radebusch öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Naumann.
Trossin. Freitag, den 11. Mai, 20 Uhr, bei Gnauck öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Holzweißig.
Lebien. Freitag, den 11. Mai, 20 Uhr, bei Karius öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Markhardt.
Petersdorf. Freitag, den 11. Mai, 20 Uhr, bei Bolde öffentliche Wahlversammlung. Referent: Gen. Voigt.
Torgau. Sonnabend, den 12. Mai, 20 Uhr, im „Tivoli" Aufführung der „Roten Revue".
Cölln. Sonnabend, den 12. Mai, 20 Uhr, bei Mrosich öffentliche Wahlversammlung. Referentin: Genossin Voigt.
Bichla. Sonnabend, den 12 Mai 20 Uhr bei Engelmann öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Werner, Berlin.
Dollitzhaida. Sonnabend, den 12. Mai, 20 Uhr, bei Felix öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Naumann.
Koberwahn. Sonnabend, den 12 Mai 20 Uhr bei Reisenberger öffentl. Wahlversammlung. Referent: Genosse Holzweißig.
Grossitzerden. Sonnabend, den 12 Mai, 20 Uhr, im Lokal „Zieten aus dem Busch" öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Sachs, Halle.
Winkel. Sonnabend, den 12 Mai, 20 Uhr im Gasthof öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Greiner.
Reßlein. Sonnabend, den 12. Mai, 20 Uhr, im Gasthof öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Sachs.
Gröbelin. Sonnabend den 12 Mai 20 Uhr bei Sellmann öffentliche Wahlversammlung. Referent: Genosse Hugo Müller, Halle.

An alle Betriebsgruppen und Werber alverteilungsstellen der KPD. im Bezirk Halle-Merseburg

Jetzt geht tagtäglich spezielles und allgemeines Material an die Verteilungsstellen.

Die Verteilungsstellen sind verpflichtet, die Einteilung des Materials auf alle Orte genau vorzunehmen. Unregelmäßigkeiten schaden der Partei.

Alle Ortsgruppen und Verbindungsleute müssen die Kuriere täglich zu den zentralen Verteilungsstellen entsenden.

Wo sich Unordnung bemerkbar macht, ist der BL. sofort telephonisch Mitteilung zu machen.

Mit kommunistischem Gruß
Bezirksleitung KPD. Halle-Merseburg
Sekretariat.

Merseburg-Querfurt

Die Kundgebung der 5000!

Gewaltige Demonstration in Merseburg — Die Partei am Orte führend

Der überaus erfolgreichen Wahlrevue „Tausend [illegible] am Mittwoch in der „Funkenburg" über die Bretter [illegible] gestrigen Abend eine große öffentliche Wahlkundgebung [illegible] Marktplatz. Eine Demonstration schloß sich an. Es [illegible] sammelten sich die Menschen vor dem Rathaus, um [illegible] lautsprecher zu hören der dort von der Kommunistischen [illegible] gestellt worden war. Bis um 8 Uhr brachte derselbe [illegible] und Reden führender Parteigenossen — der [illegible] zu Gehör. Bald war der Marktplatz schwarz von Menschen, zwischen waren die Merseburger und die Neuenmarkt [illegible] aufmarschiert. Man erwartete den halbisch [illegible] halbische Musikkapelle. Pünktlich trafen diese ein. [illegible] die Hörner und Trompeten die Gottbardt-Straße [illegible] allen Straßen kamen die Leute herbei. Freudig erregt [illegible] als sie die prächtige Marschmusik der roten Kapelle [illegible] aufmarschiert war, konnte man auf dem Markt 4000 [illegible] schen zählen.

Genosse Drese eröffnete dort die Kundgebung. [illegible] Müller, Halle, sprach. Gründlich ging er in klarer [illegible] auf die politische Lage und die bevorstehenden Wahlen [illegible] Aufzählung der „Taten" der einzelnen Parteien [illegible] die Verrätereien der Sozialdemokraten fest. [illegible] runzen zischelten darin, daß das Proletariat 56 [illegible] Wahl zusammenschließen muß, sondern daß es überhaupt [illegible] Mitteln gegen die Kapitalistenklasse kämpfen und [illegible] Sowjetunion auf den Plan rufen „muß". Der Weltkrieg [illegible] ternationale bildete den Abschluß der wuchtigen Wahlrede. [illegible] lung. Es sollte sich dann ein Demonstrationszug [illegible] seit langem nicht gesehen, durch alle Arbeiterviertel [illegible] Bewegung. Die ganze Straßenbreite wurde von [illegible] Proleten eingenommen. Besonders neben den [illegible] die Massen einher. Es waren überall Hunderte [illegible] den Straßen. Man hörte so manche Meinung [illegible] offen lobend über die Kraftheit und das einmütige [illegible] hallischen RFB.-Kameraden aus. Reichsbannerleute [illegible] Seite. Sie brachten, als sie in eine Diskussion [illegible] verhohlen die Mängel ihrer Organisation zum [illegible] Straße gehört in Merseburg nun einmal der roten [illegible] eine, „wir sind dafür woanders stark." „Na, in [illegible] aber nicht", war die Antwort, die darauf ein RFB.-[illegible] Wird dieser Reichsbannermann noch einmal begeistert [illegible] verlorenem Posten steht?

Mit ungeheurer Begeisterung wurde die ganze [illegible] die 1½ Stunde dauerte und die ihren Zweck, den [illegible] Merseburg für die Wahlen aufzurütteln, völlig erfüllt [illegible] führt. Der Einwohnerschaft von Kröbwinkel ist [illegible] worden:

Am 20. Mai wählt alles Liste 5. Wir müssen in Merseburg stärkste Partei siegen.

Achtung, Verbandstagswahl des FVG. Merseburg!

Wie schon bekannt ist, finden die Wahlen zum Verbandstag der Fabrikarbeiter am Sonntag, dem 13. Mai, statt, und zwar für Merseburg-Mücheln-Stößnitz in Merseburg im Verbandshaus, Oberstraße 4, von 10 bis 1 Uhr. Für Corbetha, Schkeuditz-Schkeuditz und Spergau im Gasthaus „Saaletal" zu Gröbers. Für Oebles-Schlechtewitz-Godulla im Gasthaus „Hoffmann" Schlechtewitz. Für Schafstädt im Gasthaus „Prinz von Preußen". Für Schraplau-Querfurt im „Ratskeller" zu Schraplau. Für Osterhausen im Gasthaus „Zum braunen Hirsch".

Die Kollegen in nicht angeführten Orten über die Wahl in dem nächstliegenden Wahllokal aus. Die Wahlleiter sind verpflichtet, die durch Schichten verhinderten Kollegen die festgelegten Wahlzeit wählen zu lassen.

Kollegen, auf zur Wahl. Holt auch den letzten Mann zur Wahlurne. Alle wählen den Kandidaten der Opposition, den Vertrauensmann der Proletarier Reiche, Corbetha bei Skopau.

Mücheln-Möckerling-Neu-Bienderf. Hoch die Solidarität! Von dem Turnverein „Fidele Brüder" Neu-Bienderf [illegible] Ueberschuß vom Tanzvergnügen in Höhe von 10 Mk. [illegible] der FVG. Mücheln und Umgegend überwiesen. Es ist [illegible] daß auch hier die jungen Turnbrüder die proletarische [illegible] Zeichnung eines Beitrages hochhalten. Es muß die [illegible] jeden proletarischen Organisation sein, sich der [illegible] Arbeiterklasse korporativ anzuschließen, um so mitzuhelfen [illegible] Unternehmertum, deren Lohndrückerei und Arbeitszeitverlängerung [illegible] methoden durch aktiven Abwehrkampf zu unterbinden. [illegible] im Februar vom Kraft- und Sportklub „Siegfried", [illegible] Betrag von 5 Mk. für die Kinder der ausgesperrten [illegible] (welche zu dieser Zeit Gäste unseres Ortes und [illegible] waren) überwiesen. Ebenfalls wurden zu diesem Zweck [illegible] gespendet, die einen Betrag von 7 Mk. erbrachten. [illegible] nicht öffentlich quittiert wurden, so sei auf die Spender [illegible] sonders hingewiesen.

Lützen. Kläglich SPD.-Versammlung. [illegible] sich letztens eine „Kanone" aus Halle kommen lassen [illegible] des bisherigen Landtagsabgeordneten R. Drechsler [illegible] Woche hatte man im Leuna-Zug sowie auf dem Lande [illegible] gemacht, um Freitag der totgesagten KPD zu zeigen [illegible] marschiert! So erschienen denn auch die „Massen" [illegible] Männer und Frauen.) Die Versammlung konnte erst [illegible] beginnen, weil man erst die Kartellsitzung abwarten [illegible] noch ein paar SPD.-Funktionäre die Versammlung [illegible] sollten. Rechnet man noch ein Teil Versammlungsbesucher [illegible] zu unserer Partei gehörten, dann kann man recht [illegible] stehts sehr mies aus. Die hiesige Arbeiterschaft [illegible] den Kommunisten und sie wird am Sonnabend die [illegible] tung der KPD. besuchen, in der unser alter Parteigenosse [illegible] aus Halle spricht.

Nebra. Die Materialverteilungsstelle [illegible] bei dem Genossen Wilhelm Römer in Rossleben [illegible] Genossen, die für die Wahlarbeit eingeteilt sind, haben [illegible] dort das Material abzuholen. Jeder Einzelne muß [illegible] sein.

Aus dem Saalkreis

Ammendorf. Auf zur Wahlpropagandaschlacht, dem 11. Mai, findet in Lochau eine öffentliche [illegible] lung der Kommunistischen Partei statt. Die [illegible] bitterkeit sowie der RFB. stellen sich restlos in den [illegible] Wahlarbeit und werden die Genossen in Lochau [illegible] pagandaumarsch unterstützen. Abmarsch 8½ Uhr [illegible] haus" einschließlich Kapelle und Spielmannszug.

Seeben. Die Deutschnationalen gehen [illegible] und lassen kein Mittel unversucht, Stimmen zu erraffen [illegible] gestellt, in denen sie das arbeiterfreundliche Gesicht [illegible] ten doch mehrere Einwohner durch die Roß [illegible] die Proleten ja zur Genüge kennen. Unter anderem [illegible] ein einziges deutsches Volk im Geiste vom 4. August [illegible] die Arbeiter wie Viehherden in den Krieg, in den [illegible] konnten. So ein einiges Volk, das ungefähr so [illegible] proleten. Aufgepaßt, dreht Euch nicht der Strick [illegible] aufgehängt werdet. Ihr seht, daß sie mit Hilfe der [illegible] die Schriften ins Haus schicken. (Bisher [illegible] ihre Lügen und Schauermärchen ausstreut.) Ganz [illegible] der Liste 5, der einzigen revolutionären Arbeiterpartei [illegible] diese im Wahlkampfe und zeichnet zum Wahlsonntag [illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280511-18/fragment/page=0010

Mansfeld-Sangerhausen

Verzweifeltes Ringen der SPD. in Mansfeld

Die Versammlungen der SPD. im Mansfelder Lande waren bis ins kleinste Dörfchen. Die größten Kanonen ziehen nicht. Auch in den größeren Orten bleiben die Massen den Versammlungen fern. Die SPD. durch Besetzung der Verwaltungsposten einen Einfluß auf die Beamten und Angestellten ausüben kann, um etwas besser. Trotzdem wies z. B. bei der Meisterei in Eisleben, die in Form einer Wählerversammlung vor sich ging, Volbhausfaal eine gähnende Leere auf. Zu derselben hatten bestenfalls wenig Arbeiter erschienen, daß auch die SPD.-Leute diesen Dingen ganz ratlos gegenüberstand. In einem Teil von Verzweiflungsstimmung hat die SPD. für diese Versammlungen in einer Reihe von Orten nach einmal Versammlungen angesetzt. Wenn diese auch nicht besser besucht werden, dann

will Emil Barth die Segel streichen!

Im ersten Gespräch, daß er am Sonnabend mit dem Bergarbeiter-Genossen Böttcher führte, äußerte sich derselbe ziemlich abfällig über die Mansfelder Proleten. Obgleich diese Herrschaften uns immer versicherten, daß mir auf die fortschreitende Verelendung der Massen bauen, meinte Emil: Fünfzehn Stunden Arbeitszeit und kleines Brot seien die einzigen Mittel, die Arbeiterschaft aus ihrer Lethargie zu erwecken. Natürlich sind die Pleiten nicht nur auf Eisleben beschränkt. In Klostermansfeld kamen 25 Mann zur Versammlung, in Creisfeld 20, in Blankenheim 20. In Sangerhausen waren ebenfalls die Proleten von der ersten Versammlung bis zum Ende, denn die zweite Versammlung war außerordentlich stark besucht. Bei allen diesen Versammlungen haben wir unseren Genossen empfohlen, denselben fernzubleiben. Nur Diskussionsredner waren vorgesehen. In Creisfeld beantragte ein SPD.-Mann, uns das Wort zu erteilen, weil von unserer Seite ihre Versammlungen sabotiert würden. In allen Versammlungen zeigten die Diskussionsredner die arbeiterfeindliche Haltung der SPD. im vergangenen Parlamentsjahr auf. Im Schlußwort redeten die Genossen aber von allem Möglichen. Auf die von uns angeführten Fragen gingen sie aber nicht ein. Das zeigt, daß diese Herrschaften ihre Arbeitern etwas zu verbergen haben. Ihre Versammlungsform aber werden in schwindelhafter Form aufgemacht, um den Massen vorzutäuschen, sie hätten große Erfolge gehabt. **Die Stimmung ist gegen die SPD. Die Mansfelder Arbeiter sind nur einzigen Arbeiterpartei und geben ihre Stimme am 20. Mai nur der Liste der Kommunisten, Liste 5.**

Ermöllingen. Eine Blamage der SPD. Hier sollte am 9. Mai eine öffentliche Versammlung der SPD. stattfinden. Redner war Schulze vom Hauptvorstand des Bergarbeiter-Verbandes. Bochum angekündigt und auch erschienen. Die Versammlung wurde wegen „Ueberfüllung" geschlossen. Die Leute blieben der Massenpartei fern. Es waren anwesend zirka 60 Arbeiter, davon mindestens 15 Kommunisten. Ein Arbeiter aus Schulze, sie hätten doch vorher ein Polizeiruhlkommando ins Dorf, wie dies anläßlich der Wahlen im Dezember 1924 der Fall war, bestellen sollen, dann wären vielleicht aus Neugierde mehrere Arbeiter in ihre Versammlung gekommen. Schulze und Genossen verließen verdattert das Versammlungslokal. „Volksblatt" werden sie von einer Massenkundgebung berichten.

Sandersleben. Auch wilde Kaninchen sind Privatbesitz. Das mußten wieder einmal einige Arbeiter erfahren, die in der Salzmünder Flur nach diesen Nagetieren frettiert hatten, ohne die Genehmigung des Grundeigentümers, die sie natürlich nicht bekommen haben würden, einzuholen. Es gibt zahlreiche kleine Landwirte, die heilfroh sind, wenn ihnen die Kaninchen, die als schädliche Nager bekannt sind, weggefangen werden, weil dadurch Saat und Ackerfrucht erheblich geschützt werden. Der Domänenpächter Bolke in Salzmünde nimmt einen ganz andern Standpunkt ein: Scheinbar, trägt er lieber den Flurschaden, als daß er erwerbslosen Arbeitern die harmlose Jagd auf die Kaninchen gestattet. Von seinem Inspektor wurde denn eines Tages der angestellte Privatflurhüter mit dem Auftrag versehen, in der Flur tätige Kaninchenjäger dingfest zu machen. Der Jäger traf auch auf die Arbeiter und wollte ihnen Netze und Frettchen abnehmen, sie außerdem festnehmen. Die Arbeiter aber ließen sich hierzegen, wobei sie den Flurhüter überwältigten und ihm, um zu verhindern, daß dieser mit der Schußwaffe Gebrauch machte, so gut wie nichts in den Weg legten. Sie wurden später von dem telephonisch verständigten Landjägermeister Herrmann aus Benkendorf gestellt und festgenommen. Dieser Festnahme sollen sie zunächst auch keinen Widerstand entgegengesetzt haben, so daß sie sich jetzt wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, Nötigung, gemeinschaftlicher Körperverletzung usw. zu verantworten hatten. Vom Erweiterten Schöffengericht in Halle erhielten sie wegen dieser Delikte, die sie ausdrücklich zugaben, jedoch mit ihrem geringen Verdienst kaum vereinbarlich entschuldigten, in zwei Fällen Gefängnisstrafen von zwei und acht Monaten und in einem Falle eine Geldstrafe von 100 Mk. Als Zeuge trat auch der Bruder des überwältigten Flurhüters Mikutta auf, dem man selbst das Vaterunser durch Schläge lehren kann. Dieser Held glaubte, sich an den inzwischen Festgenommenen vergreifen zu dürfen. Er wird der Aufmerksamkeit der klassenbewußten Arbeiterschaft besonders empfohlen. Im Übrigen sieht man an diesem Vorfall wieder einmal, daß man den Besitz einiger lumpiger Kaninchen Arbeiter zu Gefängnisstrafen verurteilt werden. Kämpft gegen die Bestrafung der Kommunisten wählt!

Eisleben. Antreten. Alle Genossen und RFB.-Kameraden am Sonntag, ob mit Auto oder Rad, um 6½ Uhr am Konsum zwecks Agitation. Abends ist im Lokal Knauth, Friedeburg, Versammlung.

Klostermansfeld. Bescheidenheit ist eine Zier der Sozialdemokraten. Am 2. Mai hatte die SPD. eine Wahlversammlung, die von 24 Mann besucht war. In der Sonnabendnummer der „Volkszeitung" schreibt man von einer sehr gut besuchten Versammlung. Die SPD. hatte bei den letzten Wahlen auch nur über 600 Stimmen. Wenn sie also bei einer solchen Versammlung von einer sehr guten Versammlung redet, macht sie wahrscheinlich nicht sehr viel Hoffnung. Die Ausführungen des künftigen Polizeipräsidenten Richard Krüger sollen ziemlich fehl bezielet gewesen sein! Dabei muß man sagen, daß die Besucher völlig teilnahmslos gegenüberstanden. Bei Vorstandsfisch sagten einige am Schlusse: „Wenn Gogge neue Mitglieder sollen gewonnen werden sein und nur einige Zeitungsleser, (!!) Wo denn nur, wen denn? Es sind es die beiden Landjäger, die man zum Schutze der Versammlung herbeigegeben hatte? Im übrigen arbeitete Krüger mit einigen Lügen, die unser Genosse Lehnert in der Versammlung ins rechte Licht rückte. Wenn die SPD. diese Versammlung als einen großen Erfolg bucht, dann wünschen wir ihr noch viele solche Erfolge. Dann hat sie sich am 20. Mai tot. Die starke Minderheit der Arbeiterschaft an der Fahnenweihe des RFB. am vorigen Sonntage bewies ja, wem die Klostermansfelder ihr Vertrauen entgegenbringt. Sie wählt am 20. Mai Liste 5!

Aufklärung, Proletarische Organisationen, Filme!

Der Ortsvorstand der IAH. führt im Bezirk laufend russische Filmvorführungen durch. **In den Monaten Juni und Juli sind noch einige Termine für Aufführungen frei. Proletarische Organisationen, die bereit sind, die Vorarbeiten durchzuführen, wollen sich** mit dem Landesvorstand der IAH. **Halle a. d. S., Große Ulrichstraße 16, in Verbindung setzen. Vorführungsapparat, Film** und Leinwand wird gestellt.

Weißenfels-Zeitz

Arbeitsgebiet Hohenmölsen, heraus!

Die Ortsgruppen des Arbeitsgebiets beteiligen sich am Sonntag, dem 13. Mai, geschlossen an dem roten Landsonntag. Die RFB.- und Jugendleiter haben sich mit den Polleitern der Ortsgruppen in Verbindung zu setzen zwecks Zuteilung der einzelnen Ortschaften, die zu den Ortsgruppen gehören. Werbematerial ist bei den Ortsgruppen-Vorsitzenden in Empfang zu nehmen. Desgleichen ein Ausweis für den Vertrieb. Die Werbekolonnen haben die Zeit so einzuteilen, daß die Versammlung nachmittags 15 Uhr in Grunau besucht wird, auch durch sämtliche Funktionäre. Die Sammelergebnisse müssen bis Montag von den einzelnen Ortsgruppen bei der Arbeitsgebietsleitung gemeldet sein. Sammellisten und gesammelte Gelder sind mitzubringen.

Partei- und Jugendgenossen, RFB-Kameraden! An die Arbeit!

Weißenfels. Sammeln! Die Mitglieder aller proletarischen Organisationen beteiligen sich am Sonntag an der Landagitationstour per Auto nach dem Industrial. Antreten 6 Uhr am Rosaliteweg.

Geana. Mord oder Selbstmord? Hier wurde der 16-jährige Fleischerlehrling S. am Wege zur Neuen Sorge, von Arbeitern tot aufgefunden. Durch einen Schuß durch den Kopf war sein Tod herbeigeführt. In unmittelbarer Nähe lag ein Revolver. Die Wunde am Hinterkopf war kleiner als die an der Stirn, was darauf schließen läßt, daß der Schuß von hinten in den Kopf eingedrungen ist.

Zeitz. Einwohner von Rasberg und Umgegend. Am Sonntag, dem 13. Mai, 20 Uhr, findet im „Brühl" ein großer proletarischer Abend statt. Zur Aufführung gelangt der Film: „Die Wolgaschiffer".

Eckersberga. Abfuhr der Sozialdemokraten. Im Rathaussaal hielt die Roske-Partei eine Wahlversammlung ab. Der so oft genannte Wallbaum, Naumburg, referierte. Die Versammlung war von 40 Mann besucht, davon war die Hälfte Kommunisten, der vierte Teil Stahlhelmer und Indifferente. Also ganze Sozialdemokraten waren da. Auf die Ausführungen Wallbaums einzugehen, erübrigt sich. Er machte blöde und offenkundige Kommunistenhetze. Sehr unangenehm empfand er, daß sich der Genosse Eichfeldt zum Worte meldete, dessen Ausführungen saßen. Er sprach eine Stunde. Immer wieder von Wallbaum unterbrochen, der mit der Faust auf den Tisch schlug, daß die Gläser klirrten. Genosse Eichfeldt ließ sich nicht aus der Ruhe bringen. Im Schlußwort wollte Wallbaum die Dresche, die er bekommen hatte, mit der Redewendung abtun: „Die schlechtesten Früchte sind es nicht, woran die Wespe nagt". Dann meinte er weiter, er fühle sich als Rose an einem Rosenstrauch. Worauf die Versammlung rief: Du kannst recht haben bloß Du stinkst und die Rose nicht." Die Arbeiter wissen jedenfalls hier, daß sie mit Leuten, die solche Mätchen machen, nichts erreichen können und sie tun sie entsprechend ab.

Arbeiter-Sport

Handballspiele, 2. Kreis, 6. Bezirk

Sonnabend, den 12. Mai

4½19 Uhr	Othello 1. — Laurin 1. (Reideburg)	Oberhold, Kanena
4½20 Uhr	Diesdau 1. — Naundorf 5. K. 1. (Reideburg)	Quets

Sonntag, den 13. Mai

1. Klasse

4½16 Uhr	Seeben — Wärmlitz	Schenke, Fichte
6 Uhr	Othello — Schwimmer Ammendorf	Diener, SSC.
15 Uhr	Naundorf (Sa.) — BBK.	Fromsmann, Krollgk
15 Uhr	Fichte Ammendorf — Bitterfeld 03	Sportfeld, Wärmlitz
15 Uhr	Zwintschöna — Regatta-Klub	Müller, Seeben
16 Uhr	NSC. — Kanena (Reideburg)	Kaumann, Othello
15 Uhr	Sportlust — Osler	Werge, Fichte

2. Klasse

14 Uhr	Zwintschöna 2. — Sennewitz 1.	Kanena
14 Uhr	Regatta-Klub 2. — Löbejün 1.	Othello
14 Uhr	Reideburg 1. — Diesdau 1.	(Bell 3. Bezirk)
14 Uhr	Bennstedt 1. — Schafstädt 1.	Frisch auf
14 Uhr	Beuchlitz 1. — Trautheinthal 1.	Unterröblingen
14 Uhr	Krollgk 1. — Adlitz 1.	Löbejün
14 Uhr	Fichte Ammendorf 2. — Bitterfeld 03 2.	Schw. Ammendorf
12 Uhr	Naundorf 5. Merseburg 1. — Möckerling 1.	Schafstädt
16 Uhr	Kanena 2. — Jördig 1.	Zwintschöna
16 Uhr	Othello 2. — Eisdorf 1.	Schwimmer Ammendorf
½15 Uhr	Seeben 2. — Wärmlitz 2	Quets
14 Uhr	Damsdorf 2. — 09 2.	Fichte Ammendorf
15 Uhr	Osmünde 1. — 09 1.	Fichte Ammendorf

Großer Werbeumzug

des Turn- und Sportvereins „Fichte", e. V., Halle

mit Umzug durch die Stadt und Schauturnen auf dem Hallmarkt am Sonntag, dem 13. Mai [436

Jugend

13 Uhr	Fichte Ammendorf — Bitterfeld 03	Sportlust
13 Uhr	Zwintschöna — Seeben	Naundorf 5. K.
13 Uhr	Passendorf — Frisch auf	Beuchlitz
13 Uhr	Schkopau — Trotha	Oberröblingen

Sportlerinnen

11 Uhr	Sportlust — Bitterfeld 03	NSC.

Durch technische Schwierigkeiten können erst heute die Spiele bekanntgegeben werden.

2. Kreis, 6. Bezirk, 1. Gruppe, Leichtathletik. Am Sonnabend, dem 12. Mai, abends 6 Uhr, „Kolosseum" Kurbus für Kampfrichter der Leichtathleten, wozu die Vereine erlaubt werden, beähigte Genossen zu schicken. Der Kurbus für Leichtathletik am 16. und 17. Mai (Himmelfahrt), beginnt Mittwoch, nachm. 3 Uhr, im Stadion zu Halle. Willi Schönherr, Gruppensportwart.

Arbeiter-Wasser-Sportverein Wölberg-Wärmlitz. Die am Sonnabend, dem 13. Mai, fällige Monatsversammlung fällt aus und findet dafür am Montag, dem 15. Mai, pünktlich abends 7 Uhr im Bad statt. Alle Mitglieder haben zu erscheinen. [346

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität", Gau 17, Mansfeld. Unsere Wanderfahrt am Sonntag, dem 13. Mai, nach der Nabelsburg erfordert pünktliche und zahlreiche Beteiligung. Abfahrt Thielenplatz (Halle) 7 Uhr. Lorenz, Bezirks-Tourenfahrwart.

Fußballabteilung Streckau-Lockenau: Anschriftenänderung! Abteilungsleiter: Willi Gabler, Streckau, Anger Nr. 3. [350

Kraft- und Artistenklub Adler. Allen Vereinsbeamtmitgliedern zur Kenntnis, daß am Freitag, dem 10. Mai, nach der Uebungsstunde im Vereinslokal eine Vorstandssitzung stattfindet. [348

Bez. Halbweiß, Turnabteilung. Die Handballer fahren Sonntag mit dem Postauto nach Quets. Treffpunkt: 11 Uhr am Vereinslokal. Gäste können noch mitfahren. [349

Schaukelpolitik der SPD. im Bitterfelder Stadtparlament

Die SPD. plädiert für die Deutschen Turner und ermittiert sich selber aus dem „Bürgergarten"

Tribünenbesucher, die am Dienstag hören wollten, wie der neue Etat aussehen soll, verließen schwer enttäuscht die letzte Sitzung.

Die Rechte war sehr kleinlaut.

Allem Anschein nach ist sie unter sich nicht einig. Denn die Etatrede des Stadtverordneten Grupe war für die Bürgerlichen eine Katastrophe. Der Bürgerblockler Kleinau wußte überhaupt nichts zu sagen. Nur die Kommunisten sprachen grundsätzlich zum Etat, und stellten hierbei im Interesse der Werktätigen Anträge zu demselben.

Zunächst wurde mitgeteilt, daß der Stadtverordnete Dittmar, der niemals etwas zu sagen wußte, aus Gesundheitsrücksichten sein Mandat niedergelegt habe. An seine Stelle rückte Glasermeister Ehricke.

Beim Punkt Verpachtung des „Bürgergarten" gab es lebhafte Debatten. Interessant war zu hören, daß die SPD. ihren Parteigenossen Naumann hatte fallen lassen und sich für Borrmann einsetzte. Nachdem nun Borrmann,

wo die SPD. ihn selbst nicht haben wollte,

nicht durchgekommen ist, wissen diese Leute zum Schein gegen die kommunistische Fraktion. Vorher ließen sie durch Gabriel erklären:

„Herr Naumann kommt wegen seines Angebotes nicht in Frage."

Was für einen Grund sollte denn unsere Fraktion haben, dafür zu sorgen, daß die SPD. ihr Parteilokal behält? Vor drei Jahren

drängten die Oberbonzen der SPD. systematisch die Kommunistische Partei und den Roten Frontkämpferbund aus dem Bürgergarten hinaus.

Am Abend vor dem Stattfinden der Präsidentenwahl war die Kommunistische Partei durch die gemeinen Machenschaften der „Lebbiner" ohne Versammlungslokal. Der Pächter Naumann machte dieses Dudenstück mit. Sollen wir diesen Leuten hierzu nochmals die Möglichkeit geben? Warum singt der Arbeiter-Gesangverein „Vorwärts" nicht mehr dort? Die SPD. mag sich allein ihr Parteilokal suchen, wie es die KPD. auch tun mußte. Herr Dahnke von den Bürgerlichen kam für unsere Fraktion ebensowenig in Betracht. So gaben unsere Genossen weiße Stimmzettel ab. Die klassenbewußte Arbeiterschaft hat ja ihr Arbeiterlokal im „Gesellschaftshaus". Lebbin umwarb unsere Genossen, doch für Borrmann zu stimmen. So etwas machen wir nicht mit und lassen uns nicht als Stimmvieh für die SPD.-Streiche gebrauchen. Mögen sie Herrn Dahnke um gut Wetter bitten, und er wird sie in Gnaden aufnehmen, zumal sie nicht viel Platz brauchen.

Sitzungsbericht.

Zuerst wurde der Glasermeister Ehricke in das Parlament eingeführt. Ohne Debatte wurde angenommen, die in Bureaus und kaufmännischen Berufen beschäftigten Mädchen in die kaufmännische Berufsschule einzugruppieren. Es stand dann die Verpachtung des „Bürgergartens" zur Debatte. Eingegangen waren 12 Bewerbungen. Die Baukommission hatte 3 Bewerber zur engeren Wahl gestellt. Dahnke, Bitterfeld, mit 7200 Mk., Borrmann, Bitterfeld, mit 6800 Mk. und ein vom Gastwirt Naumann mit 6500 Mk. gemachtes Angebot. Der Magistrat hatte sich für das Höchstgebot von Dahnke entschieden. Ursprünglich soll es auf 7000 Mk. gelautet haben. Wann ist es denn auf 7200 Mk. erhöht worden?

Der Sozialdemokrat Gabriel sprach folgendermaßen dazu:

„Ich bin viel angefeindet worden. Herrn Naumann hat man hinterbracht, ich hätte in der Baukommission erklärt: Naumann käme nicht in Frage. Ich erkläre hier ganz offen, daß Herr Naumann wegen seines Angebotes nicht in Frage kommt. Auch sagt man, bei Herrn Dahnke hätte ich Freibier bekommen. Wir Sozialdemokraten machen keine Geschäftspolitik für einige Glas Bier." (?) (Auch Granaten-Karl nicht? D. B.)

Der Stadtverordnete Keppler protestierte gegen das Verhalten. Er schlägt vor, Naumann im Lokal zu lassen.

Bürgermeister Ebermann erwiderte darauf, daß die Verpachtung öffentlich ausgeschrieben sei, weil die Gastwirte erklärt haben, die Pacht sei zu niedrig. Doch sind die hohen erwarteten Sätze nicht geboten.

Vorsteher Rettel schlägt dann vor, die Sache zurückzuverweisen, damit nicht zwei verschiedene Beschlüsse zustande kommen. Hiergegen erfolgte jedoch Widerspruch und die Wahl ging los.

Im ersten Wahlgang erhielt Dahnke 11, Borrmann 4 und Naumann 7 Stimmen. Vier weiße Zettel waren abgegeben worden. Die SPD., die erst vor kurzem eine Protestversammlung arangiert hatte, in der angeblich 6000 Vereinsmitglieder (?) hinter Naumann standen,

ließ Naumann fallen und stimmte mit 4 Mann für Borrmann.

Die dann folgende Stichwahl ergab für Dahnke 12, Naumann 11 Stimmen und drei Zettel waren unbeschrieben. Hier hatte die SPD. ihre gemeine Doppelrolle höchst tolpatschig gespielt. Erst brüllt sie, nieder mit ihrem Parteigenossen Naumann — es lebe der Parteigenosse Borrmann, und zwei Minuten später erklärt sie wieder: Es lebe der Genosse Naumann.

Wer war denn der Außenseiter der SPD.-Fraktion, der im ersten Wahlgang nicht für ihren Vorschlag, Borrmann, stimmte, sondern einen weißen Zettel abgab und im zweiten Wahlgang für Dahnke stimmte?

Nur drei weiße Zettel waren vorhanden und die SPD. zählt bekanntlich 5 Mann. Sie hat sich selbst aus dem „Bürgergarten ermittiert!

Es folgten dann Kenntnisnahmen. Durch Gerichtsbeschluß hat die Stadt für das Schuhmacherschen Haus statt 80 000 Mk., 110 000 Mk. zu bezahlen. Das Urteil soll angefochten werden. Dann hatten die Deutschen Turner eine Beihilfe für ihre Turnerfahrt nach Köln beantragt. Genosse Petermann sprach dagegen und erinnerte daran, daß der Antrag für den Arbeitersport zur Frankfurter Olympiade gegen die Stimmen der Rechten bewilligt worden ist. Ausgerechnet der Sozialdemokrat Spengler setzte sich aber warm für die deutsche Turnerschaft ein und erklärte:

„Wir haben für Frankfurt bewilligt und müssen nun auch für Köln bewilligen. Kanonen sollen da nicht gerichtet werden. Es werden nur die besten Kräfte hingeschickt. Die Preiswettkämpfe schaffen wir nicht ab. Stimmen wir zu, dann wird Bitterfeld dadurch noch bekannter."

Konnte ein „bürgerlicher" Vertreter besser reden für die deutsche Turnerschaft? Auch Lebbin sekundierte ihm dabei mit dem Hinweis, daß sie nicht unseitig seien. Wieviel Seiten hat denn eigentlich der Vorsteher des „Rätselhauses"?

Mit den Stimmen der SPD. wurde dann die Beihilfe bewilligt.

Im nächsten Punkt stand der Haushaltplan zur Beratung. Bürgermeister Ebermann verlangte die Erhöhung der Realsteuern. Die kommunistische Fraktion reichte zu demselben folgende Anträge ein:

1. **Für Anlegung von Radfahrwegen innerhalb der Stadt sind als erste Rate 25 000 Mk. einzusetzen;**
2. **für Lernmittel und Schülerwanderungen sind je 20 000 Mk. auszuwerfen;**
3. **der Etat für Allgemeine Fürsorge ist um weitere 60 000 Mk. zu erhöhen;**
4. **zum außerordentlichen Etat sind zur Förderung des Wohnungsbaues 500 000 Mk. Anleihe aufzunehmen.**

Die eigentliche Aussprache wurde vertagt, nachdem Gen. Petermann die Anträge begründet hatte.

Du sollst

Flugblätter verbreiten für Partei und Presse werben für den Wahlfonds sammeln am Sonntag!

Radfahrer — Ersatzteile — Gummi — Gummi-Bieder, Halle a. S., Gr. Steinstr. 81, Nähe Markt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280511-18/fragment/page=0011

Wahltheater der Eilenburger Sozialdemokraten

F. O. H. Schulz als Regisseur — Grubendirektor Leopold und Schulz rausen sich um die Fleischtöpfe der kommenden Regierung

Die sonst so „anständigen" und „gesitteten" Sozialdemokraten haben sich am 8. Mai in Eilenburg ein wahres „Heldenstückchen" geleistet. Wer die schreienden Schlagzeilen im „Volksblatt" gelesen hat, konnte tatsächlich glauben, daß der „große" F. O. H. Schulz die Deutschnationale Volkspartei mausetot geschlagen hätte.

Aber — trotz allen wilden Geschreies und Gejohles, trotz des Getrommels mit Stühlen und Biergläsern, wozu der „galante" „Volksblatt"-Redakteur Schulz die in die deutschnationale Wählerversammlung kommandierten Reichsbannerleute, Sozialdemokraten und SAJ-Leute immer wieder anfeuerte, blieb die „Aktion" der Sozialdemokraten gegen die Deutschnationalen

ein armseliges, flatzliches Intermezzo,

an dem sich der demagogische Grubenbaron Leopold samt seinem Anhang weidlich ergötzte.

Hätten die Eilenburger Arbeiter Gelegenheit gehabt, das tolle Gebaren dieser sozialdemokratischen Scharlatane am Dienstag in der „Stadthalle" zu beobachten, so wäre ihnen bestimmt ein Seifensieder aufgegangen, was es mit diesem giftigen Kampf, der jetzt vor den Wahlen zwischen Deutschnationalen und Sozialdemokraten tobt für eine Bewandtnis hat.

Als der Deutschnationale Leopold sein Referat mit den Worten einleitete: „Der Reichstag ist aufgelöst," rief ihm ein SPD.-Funktionär entgegen: „Es ist auch höchste Zeit!" Und dabei war es doch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die noch im Herbst des vorigen Jahres den kommunistischen Antrag auf sofortige Auflösung des Bürgerblock-Reichstages gemeinsam mit den Deutschnationalen niederstimmte. Herr Schulz hat in seinen Ausführungen gegen den Grubenbesitzer Leopold mahlmeisslich versichwiegen, daß im vergangenen Bürgerblock-Reichstag die Sozialdemokratie in allen entscheidenden Fragen, vor allem der Außenpolitik, mit der Bourgeoisie konform ging. Wenn es dabei verschiedentlich zu kleinen Differenzen mit den Deutschnationalen kam, so besagt das keineswegs, daß die Politik der Deutschnationalen sich grundsätzlich von der der übrigen Teile der deutschen Bourgeoisie unterschiedet. Das direkte Gegenteil ist der Fall!

In den entscheidenden Fragen der imperialistischen Außenpolitik, der reaktionären Innenpolitik und der kapitalistischen Wirtschaftspolitik herrscht von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten Einmütigkeit. F. O. H. Schulz hat es auch offen zum Ausdruck gebracht, worauf es der SPD.

nach den Wahlen

ankommt. Er erklärte nämlich, daß die Deutschnationalen „im vierten Boxen aus der Reichsregierung fliegen" werden! Also, da haben wir's!

Das, was sich im gegenwärtigen Wahlkampf zwischen den Sozialdemokraten und den Deutschnationalen abspielt, ist lediglich ein verlassener

Konkurrenzkampf um die Ministersessen in der kommenden Regierung.

Dieser Frohschmäusekrieg, den die SPD. gegen die Deutschnationalen führt, soll dazu dienen, die Arbeiter über die Tatsache hinwegzutäuschen, daß der eigentliche Klassenfeind des Proletariats das Trust- und Finanzkapital ist, das alle bürgerlichen Parteien beherrscht, in erster Linie aber die Deutsche Volkspartei, jene Partei mit der die Sozialdemokratie nach den Wahlen schon ins „gute Einvernehmen" kommen wird.

Die SPD. wird mit ihrem schändlichen Betrugsmanöver die Eilenburger Arbeiterschaft nicht überlisten können. Während die Sozialdemokraten mit Seifenstückchen und Schundblättern auf Stimmenfang ausgehen, betreiben wir Kommunisten eine sachliche, grundsätzliche Agitation unter den Arbeitern.

Der Auftakt hierzu wurde bei uns in Eilenburg in einer gut besuchten

Wählerversammlung der KPD.

gemacht. Unser Reichstagskandidat, Genosse Schröter, deckte in einem längeren Referat die Schandpolitik der Sozialdemokratie in der Vergangenheit erbarmungslos auf und zeigte klar den Weg, den die deutsche Arbeiterklasse zur Beseitigung ihres Elends gehen muß: Den Weg des revolutionären Klassenkampfes zum Sturze der Bourgeoisie.

Wir Kommunisten benutzen diesen Wahlkampf zur Mobilisierung der Arbeitermassen für dieses Ziel. Und auch die Eilenburger Arbeiterschaft wird sich am 20. Mai für dieses Ziel entscheiden, indem sie geschlossen für die **Liste der Kommunisten stimmt.**

Wegen katastrophaler Wohnverhältnisse zum Streik gegriffen

Durch Erhängen seinem Leben ein Ende gemacht hat der Arbeiter W. aus Hohenleina im Kreise Delitzsch. Er ist am 30. April von seiner Familie weggegangen, ohne sich etwas verlauten zu lassen, wohin er wollte. Einen Tag später hat man ihn erhängt gefunden. Seine elenden Wohnungsverhältnisse haben ihn zu diesem Schritt gedrängt. Der Arbeiter wurde vor einiger Zeit aus seiner Wohnung in ein Loch zwangsweise exmittiert. Der Mann hat sich vielleicht nach seiner Ansicht die notwendige Ruhe verschafft.

Aber, was wird nunmehr mit Frau und Kind werden? Die reaktionären Machthaber haben nunmehr doppelt leichtes Spiel, der Frau und dem Kinde die so viel gepriesene christliche „Nächstenliebe" spüren zu lassen. Die Arbeiter von Krollin und Umgegend mögen aber daraus ersehen, daß man so, wie es der Arbeiter W. tat, keine besseren Verhältnisse schafft, sondern dadurch nur den reaktionären Machthabern nachgibt. Jeder Arbeiter muß erkennen, daß nur durch verschärften revolutionären Kampf die Befreiung der Arbeiterklasse erreicht werden kann.

Deshalb ist es notwendig, daß Ihr eintretet in die rote Front und am 20. Mai allesamt dafür sorgt, daß die Liste 5 alle Stimmen der werktätigen Bevölkerung erhält.

Dommitzsch. Die Schäfchen reißen der Kirche aus. Vor kurzem wurde der Genosse Heinrich Walter, Mitglied der Freidenkerbewegung, als erster der Flamme übergeben. Noch nicht lange ist diese Organisation in Dommitzsch gegründet worden. An der Feier unseres Verstorbenen konnte man sehen, daß eine Bewegung gegen Kirche und Pfaffen vorhanden ist. Ein gewaltiger Zug bewegte sich durch die Stadt. Man ehrte seinen Toten. Die eindrucksvolle Rede eines Leipziger Genossen hat die, welche noch der Kirche angehören, dazu übertzeugt, daß die Kirche nur zur Verdummung der Menschen dient. Die Wahrheit bricht sich aber Bahn. Nicht weniger als 19 neue Aufnahmen wurden gemacht. Nur weiter so, Klassengenossen, dann dauert es nicht lange mehr und der Pfaffe steht allein in der Kirche. Jetzt gehen schon bloß noch Sonntags drei alte Weiblein in dieses finstere Gemach. Also, auf zur Agitation. Jetzt ist die beste Zeit. Die Wahlen stehen vor der Tür. Gebt am 20. Mai diesen Heuchlern die beste Antwort, indem Ihr die Kommunistische Partei wählt, Liste 5, damit nicht wieder Millionen für Kirche und Pfaffen durch die Parlamente bewilligt werden.

Merzdorf. Heidebrand. Am Sonnabend, dem 5. Mai, zeigten sich gewaltige Rauchsäulen in nicht allzu weiter Entfernung. Anfangs glaubte man, ein ganzes Dorf stehe in Flammen. Aber es brannte, wie das schon einmal der Fall war, in der unweit gelegenen Kurzscheide. Dieser Brand wütete stundenlang.

In der Stadtverordnetensitzung in Witte

wurde der Antrag der Kommunisten, den Wohlfahrts... um 60 000 Mark zu erhöhen, abgelehnt. Die So... kraten enthielten sich der Stimme. Beim Steuer- und F... schnitt wurde in namentlicher Abstimmung der Magistrats... Erhöhung zur Grundvermögenssteuer von 125 Prozent auf ... zent durch die Kommunisten, Sozialdemokraten, Mitte... Buhlmann und Kepler abgelehnt. Der Antrag ... auf Erhöhung auf 150 Prozent wurde mit den Stimmen ... munisten abgelehnt. Wegen allgemeiner Verwirrung ... aufhin ein Vertagungsantrag angenommen.

Die Kommunisten hatten 100 Prozent für bebaute ... Prozent für unbebauten Besitz beantragt. Daß hierüber ... wurde, dafür hätten die Sozialdemokraten sorgen müssen, ... schimpfen wie die Rohrspatzen und behaupten, die Kom... hätten für 200 Prozent gestimmt. Wie bekannt, wird der Sta... 100 Prozent abgewälzt auf die Mieter. Die Kommunisten ... überhaupt nichts abgewälzt wissen und verlangen ... über ihren Antrag in nächster Sitzung.

Die Sozialdemokraten quittieren das schändliche Verhalten ... anderen Parteien aber am 20. Mai mit dem Kommunisten-Stimmzettel.

Autoraserei durch Rauhn

Der Autobesitzer Thomas aus Holzweißig verlor aus ... geklärten Verhältnissen die Führung seines Wagens und ... als er eine Kurve nahm, das Kolonialwaren-Neustaßfurt in ... In diesem Hause wohnen kinderreiche Familien, wobei ... der Spielplatz der Kinder vor diesem Hause ist.

Die Einwohnerschaft von dieser Ecke, Herr Amtsvorst... fordert, nun endlich Maßnahmen zu treffen, um Unglücksfä... lässiger Art zu vermeiden.

Jungarbeiter von Glesien und Umgegend!

Heute abend um 8 Uhr findet im Lokal Raue eine

Jungwählerkundgebung

statt, verbunden mit Lichtbildervortrag:

„Die Deutsche Republik — ein Paradies der Jungarbeiter?

Kein jugendlicher Arbeiter darf fehlen!

Kommunistischer Jugendverband, Ortsgruppe Gl...

Bitterfeld. Schwerer Verkehrsunfall. Am Mi... vormittag wurde auf der Muldebrücke ein Radfahrer von ... Personenkraftwagen angefahren und zu Boden geworfen. De... unglückte zog sich beim Sturz innere Verletzungen zu. Mit ... sonenkraftwagen wurde er nach dem Krelekrankenhaus gebra...

Mühlbeck. Eine öffentliche Gemeindevertre... sitzung findet heute abend um 8 Uhr statt. Dazu ist die ... Arbeiterschaft eingeladen.

Wittenberg. Sonntagsrückfahrkarten nach Mü... kann man jetzt an den Fahrkartenschaltern in Wittenberg ... und zwar 3. Klasse zu 5,90 Mark und 4. Klasse zu 3,90 Mark.

Friedersdorf. Waldbrand. Hier entstand ein größerer ... brand, dem 6 Morgen Waldung und 2 Morgen Kahlschlag ... Nähe von Crina zum Opfer fielen.

Bericht aus dem Bitterfelder Stadtparlament auf Seite ...

Wie wird das Wetter?

Für das mittlere Norddeutschland: Bewölkt und einzel... Später Besserung, am Tage etwas milder als bisher.

Für das übrige Deutschland: Im Süden weiterhin ... Norden etwas Milderung, aber zunächst noch Niederschläge.

Verantwortlich: Max Lademann, Mdb. L. Halle a. S. für den redaktionellen Teil; ib. den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Krod, Halle a. S.

K·P·D

Bezirkssekretariat für Halle-Merseburg
Bureau und Kasse: Leipzigerstraße 14, Fernruf 214 73. Postscheckkonto Leipzig 167 061. Bureau täglich Beginn-Schluß (Geschäftsstunden): Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen

Achtung! Alle Stadtteile haben sofort Material abzuholen im Zimmer 5.

Halle. Stadtteil Zentrum. Alle Kassierer müssen bis 14. Mai an Bo und Gr. abrechnen.

Halle. Stadtteil Osten. Alle Genossen des Stadtteils Osten treffen sich am Sonntag, 13. Mai, 10½ Uhr, am Rathaus zur Maibarkeit. Dazu gehören auch die im Osten gelegenen Betriebsteilen. Genossen erkennt die Notwendigkeit der Maibarkeit und erscheint in Massen.

Halle. Stadtteil Süden. Am Sonnabend beginnt sich das Agitationsbureau im „Thüringer Schlößchen". Dort können sich in der Zeit von 6 bis 8 Uhr Parteigenossen und Kameraden zur Mitarbeit melden.

Halle. Stadtteil Süden. Sonntag, 13. Mai, vorm. 9 Uhr, treffen sich im „Thüringer Schlößchen" alle Parteigenossen und KJVD.-Kameraden. Einteilung 4. Werbemaus.

Unterbezirk halle-Saalkreis

Zörbig. Sonnabend, 12. Mai, 20.30 Uhr, im „Löwen" Mitgliederversammlung.
Petten. Die heute angesetzte Mitgliederversammlung fällt aus.
Schkeuditz. Heute Freitag, 20 Uhr, bei Mierdenhöft Mitgliederversammlung.
Wennendorf. Sonnabend, 12. Mai, im „Goldenen Adler" öffentliche Wahlversammlung. Referent anwesend.

Unterbezirk Merseburg

Köthichen-Beuna. Sonntag, 13. Mai, vorm. 9 Uhr, Abmarsch zum Landausmarsch. Referent Genosse Wollmann.
Wölkeln. Sonntag, 13. Mai, Landausmarsch.
Neumburg. Sonntag, 13. Mai, vorm. 7½ Uhr, im „Goldenen Hahn" Antreten zum Tagesfahrt. Radfahrer Fahrer mitbringen. Alle Parteigenossen, KJVD.-Kameraden und Jugendgenossen haben zu erscheinen.

Unterbezirk Mansfeld

Mansfeld. Sonntag, 13. Mai, vorm. 10 Uhr, Antreten zur Propagandafahrt. Referent Genosse Selling.
Friedeburg. Sonntag, 12. Mai, Propagandafahrt ins Arbeitsgebiet.
Eisleben. Sonntag, 13. Mai, vorm. 7 Uhr, erscheinen alle Genossen und KJVD.-Kameraden auf dem Platz zur Propagandafahrt in den Harz. Erscheinen pünktlich.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Bitterfeld. Sonntag, 13. Mai, Propagandafahrt. Parteigenossen und KJVD.-Kameraden haben zu erscheinen.
Holzweißig. Sonntag, 13. Mai, Propagandafahrt zusammen mit Bitterfeld. Treffen Propagandafahrt mit Bitterfeld.

Querfurt. Sonnabend, 12. Mai, im „Schützenhaus" Mitgliederversammlung. Kein Kamerad darf fehlen.

Unterzaus Naumburg

Naumburg. Sonnabend, 12. Mai, Vollversammlung im „Hahn". Erscheinen Pflicht.
Bebenhausen. Sonnabend, 12. Mai, 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Kameradin Bertram. Gebietsinspektor eines jeden Genossenhauses ist Pflicht.
Zeitz. Sonnabend, 12. Mai, 19 Uhr, Mitgliederversammlung bei Stelzer.
Osterfeld. Sonnabend, 12. Mai, 20 Uhr, Mitgliederversammlung Lokal Bolze. Parteigenossen haben ebenfalls zu erscheinen.

Unterzaus Bitterfeld

Brehna. Sonnabend, 12. Mai, 20 Uhr, wichtige Mitgliederversammlung im Gasthof „Zur Eisenbahn".
Zörbig. Sonnabend, 12. Mai, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im Gasthof „Zum Löwen". Erscheinen ist Pflicht. Die Wahlkandidaten sind anwesend abzustecken.

Unterzaus Wittenberg

Annaburg. Sonnabend, 12. Mai, 20 Uhr, im Lokal „Neue Welt" Versammlung. Es ist Pflicht einer jeden Kameraden, zu erscheinen.
Bahna. Sonnabend, 12. Mai, 20 Uhr, im „Thüringer Hof" (Wilhelm Mehlin) Mitgliederversammlung der KPD. Filmarie ist anwesend. Alle Kameraden haben daran teilzunehmen.

Unterzaus Mansfeld (Gebirgskreis)

Gerbstedt. Sonntag, 13. Mai, vorm. 9½ Uhr, Antreten am Konsum zur Landausmarsch. Alle Kameraden mit Fahrrädern, außer den zur Autofahrt bestimmten. 19 Uhr Beteiligung an der Mahlversammlung in der „Friedeburger Hütte".

Unterzaus Mansfeld (Seekreis)

Zangenbach. Freitag, 11. Mai, 20 Uhr, Mitgliederversammlung. Alles hat restlos zu erscheinen.
Wedderstedt 4. Sonntag, 13. Mai, in Hähnstedt Generalappell des Werbebezirks, anschließend Werbebezirksversammlung und Pflichtmarsch. Treffpunkt aller Ortsgruppen 13 Uhr in Hähnstedt.

Unterzaus Zeitzsch

Zscherlau. Sonnabend, 12. Mai, 20 Uhr, im Gasthof Lemiel Mitgliederversammlung anschließend an die Mahlversammlung.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Anschrift der Gauführung Hans Müller, Halle a. d. S., Plänerstraße 2, Hof 1 Tr. Telephonnummer 299 95. Postscheckkonto: Fritz Brückner Leipzig Nr. 14 971.

Mareneverteilstelle des RFB. Wilhelm Stöhr, Halle, Trödel 1.

Unterzaus Halle-Saalkreis

Halle. An alle Mitglieder! Das Reichstreffen findet Pfingsten bestimmt in Berlin statt. Die Kürze der Zeit zwingt zur schnellsten Vorbereitung. Alle Kameraden, die Ski beziehungsweise, werden sich unbedingt bis 12. Mai bei ihrem Kameradschaftsführer oder Abteilungsführer, Jugendgruppe bis 8 Uhr.
Halle. Abt. 1 (Süden). Heute, Freitag, 20 Uhr, bei Hübner, Kurze Gasse, Abteilungsversammlung.
Halle. Abt. 4 (Norden). Sonntag, 13. Mai, vorm. 9½ Uhr, im „Wolfspark" Abteilungsgeländeübung.
Halle. Geschlossener Spielmannszug (alle Abteilungen). Sonntag, 13. Mai, vorm. 7½ Uhr, auf dem Katharinenplatz Antreten zur Demonstration.
Halle. Abt. 5 (Zentrum). Sonntag vorm. 8 Uhr Antreten Paradeplatz. Alles hat zu erscheinen.
Halle. Abt. 8 (Westen). Sonntag, 13. Mai, vorm. ½9 Uhr, treffen sich alle Kameraden in der Produktivgenossenschaft.

Jungtrupp

Halle. Achtung, Radfahrer der Roten Jungfront! Sonntag, 13. Mai, ½9 Uhr, Paradeplatz zur Ausfahrt treffen. Kameraden, die kein Rad haben, treffen sich in den bekannten Lokalen der Altersmannschaft.
Halle. Montag, 14. Mai, 20 Uhr, Abteilungsführer in der „Goldenen Kette" Sitzung.
Lobejün. Sonnabend, 12. Mai, Mitgliederversammlung. Alles hat restlos zu erscheinen. Auch alle Berlin-Fahrer.

Unterzaus Merseburg

Mücheln. Sonntag, 13. Mai, vorm. 7 Uhr, hält die gesamte Ortsgruppe im „Gewerkschaftshaus". Alle Kameraden Radfahrer mitbringen. Ebenfalls die gesamte Kapelle.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirkssekretariat Halle-Merseburg
Halle a. d. S., Barfüßerstraße 11

Halle. Sonnabend 17 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft Fortbildungsvortrag. Alle fleißigen Pioniere können mit erscheinen.

Bund der Freunde der J...

L. S. Halle-Merseburg
Bureau Halle, Gr. Steinstr. 16 Telephon ...
Postscheckkonto Leipzig 163,79 Job. Sch...

Das Bureau ist geöffnet vormittags 11 bis 12 Uhr und nachmittags 2½ bis ...

Halle. Die Freitagsöffnung fällt Umstände halber aus.

Die „Klassenkampf"-Rechtsauskunftsstelle

ist an den Wochentagen von 3 bis 7 Uhr, Sonnabends ½9 bis 2 Uhr geöffnet. Schriftlichen Anfragen ist eine Gebühr von 15 Pf. sowie Rückporto von 15 Pf. beizufügen. Für Anfertigung von Anträgen, Klagen usw. ist eine Gebühr von 50 Pf. zu zahlen. Anfragen, die Gebühr und Rückporto nicht enthalten, werden nicht beantwortet.

„Klassenkampf"-Rechtsauskunftsstelle Halle, Lerchenfeldstraße ...

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Das Bureau der Genossin ist täglich von 18 bis 19 Uhr für Mitglieder aus den Ortsgruppen der Gauen geöffnet.

Das Bureau der Ortsleitung ist jeden Mittwoch von 18 bis 19 Uhr in der „Roten Kette" geöffnet.

Letzte Mahnung. Die Ortsgruppen Eilenburg, Eisleben und Lützen haben die letzten vier Nummern der „Frauenmacht" noch nicht abgerechnet. Wir ersuchen, die Zeitungen sofort mit Berlin abzurechnen, da sonst die Zusendung der Nr. 6 gefährdet wird. Ferner ersuchen wir alle übrigen Ortsgruppen, die den März noch nicht abgerechnet haben, dies sofort zu tun, andernfalls wir die säumigen Ortsgruppen in der Zeitung öffentlich mahnen.

Kommunist. Jugendverband Deutschlands

Bezirk Halle-Merseburg

Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14
Fernruf 214 73

Mitteilung der Bezirkssetzung. Die Ortsgruppen ging gestern und heute Material für Jungmädchen zu. Die Ortsgruppen müssen sofort die Broschüre verteilungsfertig machen, da noch einige Kreise darum zu erledigen sind. — Wo bleiben die Meldungen über Veranstaltungen mit den Lichtbildern? Wo bleiben die Monatsberichtsbogen?

An alle Unterbezirks- und Arbeitsgebiete. Wo bleibt die Beteiligung oder Absage der notgedrungenen Sommerkonkurrenzen. Die Sache muß schnellstens geregelt werden.

Unterzaus Halle-Saalkreis

Halle. Einheitskleidung sowie Erstbeutel kann jeder Genosse beim Genossen Stöhr, Trödel 1, fassen.
Halle. Sonntag Radfahrer, früh pünktlich 9 Uhr Weingartenplatz zur Tour. Jeder Genosse, welcher im Besitz eines Rades ist, ist verpflichtet, zu erscheinen.
Halle. Sonntag: Mitglieder, die nicht im Besitz eines Rades sind, treffen sich in den Stadtvierteln früh 9 Uhr, Treffpunkt 10 Uhr Straßenbahnschleife. Jeder Schriftführer kontrolliert, ob jedes Mitglied seine Arbeit verrichtet.
Halle. Sonntag: gesamte Stadtorganisation pünktlich 14 Uhr Hallmarkt. Musikinstrumente unbedingt mitbringen. Keiner darf fehlen.
Halle. Sonntag: Gemeinschaft. Treffen pünktlich 10½ Uhr Cafe Herrmann, Ecke Burgstraße—Mühlweg. Zur Deckung Unkosten.

Arbeitsgebiet Schkeuditz

Schkeuditz. Sonntag, 13. Mai, 19 Uhr, Unterhaltungsabend.

Unterbezirk Merseburg

Zeitz. Sonntag, 13. Mai, roter Landsonntag. Treffpunkt 7,50 Uhr am Schützenplatz.
Naumburg. Sonntag, 13. Mai, Jugendfest nach Leipzigen. Treffen 9 Uhr „Reichskrone".

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Bad Liebenwerda. Sonntag, 13. Mai Sammeln zur Landagitation.
Bad Liebenwerda. Sonntag, 13. Mai, Sammeln zur Landagitation.

Glauben Sie uns!

Eine große Auswahl zu auffallend billigen Preisen macht Ihnen den Einkauf bei uns leicht. Wir führen:

Herren- und Knaben-Konfektion, Berufskleidung, Kleider in allen Stoffen, Damenmäntel, Strickwaren, Wäsche, Schürzen, Kleiderstoffe, Baumwollstoffe, Gardinen, Hüte u. Mützen, Herrenartikel, Kurzwaren

Unsere Abteilung Strumpfwaren ist ganz besonders reichhaltig!

Kinder-Zugabe-Artikel gratis!

Kaufhaus Wolfen

Kalmann & Co.

Wolfen, Leipziger Straße Nr. ...

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280511-18/fragment/page=0012

Ueber 16 000 Selbstmorde aus Hunger

Die Erwerbslosen wählen Kommunisten

Am 20. Mai ist Neuwahl des Reichstages. An diesem Tage werden die Erwerbslosen und alle, die in den letzten Jahren die Bitterkeit der Arbeitslosigkeit spürten, ihr Urteil über die Taten dieser Parteien abgeben. Die Erwerbslosen müssen fragen, was haben die Deutschnationalen, was Volkspartei, Zentrum und Demokraten für sie getan. Welches waren die Taten der Sozialdemokraten und wie haben sie für die Lebensinteressen der Erwerbslosen gekämpft? Demgegenüber müssen sie betrachten, was die Kommunistische Partei für eine Stellung eingenommen hat und was die KPD. seit 1924 bis zum Tage der Auflösung des Reichstags getan hat, um die Not der Millionen der Erwerbslosen zu lindern.

Seit 1924 haben wir sogenannte „normale" Verhältnisse, obwohl ist das Problem der Massenarbeitslosigkeit geblieben und gewinnt an Bedeutung.

Durchschnittszahlen der Hauptunterstützungsempfänger.

1924:	727 990	1925: 464 789	1926: 1 692 840
1927:	1. Januar . . .	2 536 309	Arbeitsuchende
	1. Oktober . . .	880 193	„
	15. Dezember . .	1 391 032	„
1928:	15. März	1 796 000	„

nur 1 200 000 Hauptunterstützungsempfänger.

Diese Zahlen beweisen, daß trotz günstiger Konjunktur eine Zeitlang hohe Arbeitslosigkeit vorhanden ist. Schon sind deutliche Anzeichen eines Konjunkturumschwunges vorhanden.

Der etappenweise Abbau der Erwerbslosenversorgung.

Die Weimarer Verfassung sagt im Artikel 151:

„Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen."

Im Artikel 163 heißt es:

„Jeden Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit sein Unterhalt zu erwerben. Soweit ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt."

Die Sozialdemokratie behauptet ständig, unser ganzes politisches Leben sei vom Geiste dieser Verfassung erfüllt. Die Arbeiter im Betrieb und besonders die Erwerbslosen wissen aber diese Verbrämung der Verfassung, die nunmehr fast 10 Jahre auf dem Papier stehen, als Hohn empfinden. Daß der Staat für die notwendigen Gegenmaßnahmen gesorgt hat, daß er nicht durch die Einführung des 8-Stundentages und andere Maßnahmen sich bemüht hat das Heer der Erwerbslosen zu vermindern, geht aus den angeführten Zahlen hervor. Trotz der Versprechungen, für den angemessenen Lebensunterhalt zu sorgen, sind unerfüllt geblieben. Seit 1918 sind Jahren in der Gestaltung der Erwerbslosenfürsorge zurückgeworfen worden.

1923–1924 — die staatliche Erwerbslosenfürsorge. Die Mittel werden vom Staat gegeben.

Nachdem die Sozialdemokraten dem **Ermächtigungsgesetz** zugestimmt haben, wurde durch die Verordnung vom 16. Februar 1927 die Einführung der Beitragsleistung zu der Erwerbslosenfürsorge beschlossen.

Seit dem 1. Oktober 1927 ist das AVAVG. in Kraft. Dieses Gesetz wurde mit 356 Stimmen im Reichstage angenommen. Dafür stimmten Deutschnationale und Sozialdemokraten in gemeinsamer Front. Besonders die SPD. versuchte dieses Gesetz als einen großen politischen Erfolg der Sozialdemokratie hinzustellen. Daß dem nicht so der Fall ist, geht aus der Schlußrede des deutschnationalen Abgeordneten Lambach, die er am 5. Juli 1927 im Reichstag hielt, hervor. Er sagte:

„Insofern stellt das Gesetz für uns eine Erfüllung von Forderungen dar, die wir in unseren Anträgen formuliert haben."

Das AVAVG. bietet die Grundlage für die gesamte Versicherung aller Erwerbslosen und wird besonders in der kommenden Zeit seine Schattenseiten zeigen. Die Zustimmung zu dem Gesetz bedeutete nicht nur, daß die bis dahin geltenden Erwerbslosenfürsorgebestimmungen verschlechtert wurden, sondern auch die frühere Aufgabe der Stellung der Gewerkschaftsführer und der Sozialdemokratischen Partei, wie sie vor dem Kriege wiederholt und besonders auf dem Kopenhagener Kongreß 1910 vertreten worden war. Dort war beschlossen worden:

„Der Kongreß fordert von den öffentlichen Gewalten die Schaffung der Arbeitsorganisationen verwaltete, allgemeine obligatorische Arbeitslosenfürsorge, deren Kosten die Besitzer der Produktionsmittel zu tragen haben."

Die Sozialdemokratie hat also in dieser wichtigen Frage, wie in vielen anderen Fällen, ihren einstmaligen Standpunkt völlig aufgegeben und sich den Forderungen der Kapitalisten unterworfen. Die Auswirkungen zeigen sich sehr deutlich.

In der „Gewerkschaftszeitung" wurde behauptet, der Kreis der Versicherungspflichtigen decke sich mit dem Kreis der Vollarbeitslosen. Demgegenüber sei festgestellt, daß am 15. März von 1 796 000 Arbeitsuchenden nur 1 200 000 nach dem AVAVG. unterstützt wurden. Fast 600 000 waren auf Krisenunterstützung oder Wohlfahrtsunterstützung angewiesen. Von den Letzteren erhielten nur 212 300 Krisenunterstützung. Dabei ist zu beachten, daß diese Krisenunterstützung nicht nach den Sätzen des AVAVG., sondern unter Heranziehung der Bedürftigkeitsprüfung nur als obligatorische Wohlfahrtsunterstützung betrachtet wurde.

Die Dauer der Anwartschaft wurde auf 26 Wochen erhöht, anstatt 13 Wochen bei der Erwerbslosenfürsorge. Dadurch erhielten allein 147 000 Personen, die sonst Erwerbslosenunterstützung erhalten würden, Krisenunterstützung.

Die Unterstützungsdauer wurde auf 26 Wochen beschränkt. Tausende Arbeitslose wurden dadurch aus der Hauptunterstützung ausgeschaltet.

Die Karenzzeit wurde durch besondere Verordnung für Saisonarbeiter bis auf drei Wochen und neuerdings für alle anderen auf sieben Tage verlängert.

Für Saisonarbeiter wurde die Unterstützungshöhe herabgesetzt und die Unterstützungsdauer eingeengt.

Für diesen systematischen Abbau der Unterstützung trägt die Sozialdemokratie die volle Verantwortung. Bei der Beratung des Gesetzes hat sie alle kommunistischen Anträge, die sich gegen diese Paragraphen und Auslegungsmöglichkeiten wandten, gemeinsam mit den Deutschnationalen niedergestimmt. Im Verwaltungsrat der Reichsanstalt hat sie den ganzen Verschlechterungen ihre Zustimmung gegeben.

Die Deutschnationalen und die anderen bürgerlichen Parteien sind von dieser Hilfsstellung der SPD. ganz begeistert. So schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung" am 11. April 1928:

„. . . zwischen den führenden Vertretern des Unternehmertums und der Gewerkschaften eine grundsätzliche Einigung über die Behandlung der berufsüblichen Arbeitslosigkeit erzielt sei, nämlich in der Richtung, daß die Wartezeit über das normale Maß hinaus verlängert, die Unterstützungsdauer verkürzt und darüber hinaus in besonderen Bedürftigkeitsfällen eine Art Krisenfürsorge gewährt wird."

Hier wird bestätigt, daß die Sozialdemokratie fleißig an der weiteren Verelendung der Arbeiter mitarbeitet. Das deckt sich auch vollständig mit der Stellung der sozialdemokratischen Presse. Anläßlich der Verlängerung der Wartezeit schrieb die „Gewerkschaftszeitung" am 2. Dezember 1927:

„Die Verordnung bringt neben einer begrüßungswerten Lösung . . ."

Eine Erwerbslosenfamilie exmittiert

Also eine Hungerkur von drei Wochen ist für die SPD. eine begrüßungswerte Lösung.

Ferner sei noch daran erinnert, daß unmittelbar vor der Auflösung des Reichstags im Haupt- und Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages Anträge der Kommunistischen Partei zur Beratung standen, durch die eine Beseitigung solcher Bestimmungen gefordert wurde, durch die Erwerbslose von der Unterstützung ausgeschlossen werden.

Wieder war es die Sozialdemokratie, die mit den Deutschnationalen gegen diese Anträge stimmte.

Selbstmordrekorde in Deutschland.

Deutschland steht an dritter Stelle aller europäischen Staaten mit der Selbstmordziffer. Auf 1000 Einwohner entfallen jährlich 23 Selbstmorde. Die Haupttriebkraft ist die materielle Not.

1924 ..... 14 000
1925 ..... 15 000
1926 weit über 16 000 Selbstmorde.

Mit zwei, drei Zeilen gehen die Tageszeitungen über die sich häufenden Selbstmordfälle hinweg. Es sind nicht nur Arbeiter, die mit ihren Familien zum Selbstmord getrieben werden. Viele Angestellte, Intellektuelle und erwerbslose Schauspieler befinden sich unter ihnen. Zu diesen Selbstmordziffern kommt noch die ungeheure Zahl derer, die an typischen Proletarierkrankheiten, an Unterernährung zugrunde gehen, als Folge der jahrelangen Arbeitslosigkeit.

Die SPD. mit Gummiknüppel und Handgranaten gegen Erwerbslose.

Da die Millionen der Erwerbslosen nicht gewillt sind, widerstandslos zugrunde zu gehen, versuchten sie immer wieder durch Kundgebungen und Demonstrationen den Staat und die Kommunen zu zwingen, die Unterstützungen zu erhöhen oder sie den Ausgesteuerten wieder zu bewilligen. Bei der Niederschlagung solcher Kundgebungen zeichneten sich die **sozialdemokratischen Polizeipräsidenten** durch besondere Brutalität aus. In Berlin, Stettin, Kiel, Breslau usw. wurden Bannmeilen für die Erwerbslosen verhängt, die Demonstrationen durch Polizeiaufgebote auseinandergesprengt. In Breslau wurde bei einer solchen Demonstration ein Erwerbslosler e r s c h o s s e n. Hunderte von Erwerbslosen wurden, nur weil sie demonstrierten, ins Gefängnis geworfen. Niemals und nirgends trat die SPD. weder in den Landtagen noch im Reichstag diesen Brutalitäten entgegen. Im Gegenteil, sie schob der Kommunistischen Partei die Schuld für diese Demonstrationen zu, weil dadurch „Ruhe und Ordnung" im Staate gefährdet werden.

Als im Thüringer Landtag die kommunistische Fraktion mit allem Nachdruck verlangte, daß die Anträge der Erwerbslosen behandelt werden, wurden sechs kommunistische Abgeordnete vom sozialdemokratischen Landtagspräsidenten von der Sitzung ausgeschlossen. In fast allen Städten und Kommunen stimmte die SPD. stets gegen die von den Erwerbslosen eingebrachten Anträge, um im selben Augenblick gewaltige Summen für nationale Feierlichkeiten zu bewilligen oder den Unternehmern Steuerrückstände zu schenken.

Die Kommunisten — die einzigen Interessenvertreter der Erwerbslosen.

In der Erwerbslosenbewegung, in allen Parlamenten, war es nur die Kommunistische Partei, die sich für die Anträge der Erwerbslosen einsetzte und ständig bemüht war, Verbesserungen zu erzielen. Wir sagen den Erwerbslosen auch bei dieser Wahl: die soziale Frage der Arbeiterklasse und die Lage der Erwerbslosen kann nicht durch den kapitalistischen Staat eine befriedigende Lösung finden. Um das zu erreichen, ist es notwendig, daß die Arbeiter selbst die politische und wirtschaftliche Macht in ihren Händen halten und die kapitalistische Gesellschaftsordnung durch die sozialistische ersetzt wird.

Wenn die Erwerbslosen für die KPD. stimmen, so bekunden sie dadurch auch, daß sie mit ihrem im Betrieb stehenden Klassengenossen den politischen Kampf um ihre Befreiung zu führen bereit sind. Bis zur Erreichung dieses Endziels wird die KPD. mit aller Entschiedenheit weiter eintreten für die Schaffung einer Erwerbslosenversorgung gemäß den Kopenhagener Beschlüssen. Für die Beseitigung des AVAVG., für eine Erwerbslosenunterstützung, die in ausreichender Höhe für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit gezahlt wird. Für die Beseitigung der unteren vier Lohnklassen, für die Krisenfürsorge unter Fortfall der Bedürftigkeitsprüfung für die Dauer der Erwerbslosigkeit. Wir kämpfen für die Beseitigung der Wartezeit und gegen die schikanösen Methoden der Arbeitsämter und die Zwangsverschickung der Erwerbslosen.

Die Verbesserung der Unterstützung und die restlose Erfassung aller Erwerbslosen durch die Unterstützung ist nur eine Seite unseres Kampfes. Unser Hauptkampf besteht in dem Kampf für die Unterbringung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß, für strikte Durchführung des Achtstundentages, um neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, Fertigstellung von Arbeitsbeschaffungsprogrammen in den Gemeinden, Ländern und im Reich, Bereitstellung genügender Mittel für die produktive Erwerbslosenfürsorge. Das Vertrauen der Massen zur KPD. muß dadurch zum Ausdruck kommen, daß alle Erwerbslosen am 20. Mai nur

kommunistisch wählen,

Liste 5!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280511-18/fragment/page=0013

Der mitteldeutsche Genossenschaftstag in Blankenbu

Selbstzufriedenheit der Bureaukratie — Opposition fordert: Ausbau der GEG. und der Konsumvereine — Kampf gegen Steuern — Herabsetzung des Gefrierfleischkontingents — Unterstützung der Arbeiterkämpfe — Wahl von Kommunisten am

os. Vom 5. bis 7. Mai fand in Blankenburg am Harz der 26. Verbandstag des Verbandes mitteldeutscher Konsumvereine statt. Am 5. Mai tagte eine geschlossene Vorkonferenz, während am 6. und 7. Mai die öffentliche Tagung stattfand. Auf der Tagung kam es zu einer scharfen Abrechnung mit der proletarisch-klassenfeindlichen Politik der reformistischen Genossenschaftsbureaukratie und SPD. durch die Opposition. Die reformistischen Instanzen leierten ihre seit 26 Jahren üblichen Berichte herunter und fanden durch die fortwährende Wiederholung von Zahlen aus dem gedruckten Geschäftsbericht kaum Gehör, sondern ermüdeten die Teilnehmer. Die reformistischen Vertreter nahmen kaum zu den genossenschaftlichen und wirtschaftspolitischen Hauptaufgaben Stellung, sie befaßten sich nicht einmal mit der Agitations- und Propagandaarbeit. Erst durch das Auftreten der Opposition wurden einige Lichtblicke in die düstere Atmosphäre gebracht. Zu allen wichtigeren, jetzigen genossenschaftspolitischen Aufgaben zeigten die Vertreter der Opposition die Wege. Ihre Vorschläge wurden von dem Genossenschaftstag trotzdem nicht akzeptiert. Von den insgesamt 341 Anwesenden (198 stimmberechtigten Delegierten und 143 Gästen) hatte die Opposition 31 Delegierte. Auf der Tagung waren ausschließlich Verwaltungsmitglieder der Konsumvereine anwesend, die nicht von den Mitgliedern für den Verbandstag gewählt, sondern von den Instanzen der lokalen Konsumvereine zu einer Unterhaltungs- und Vergnügungsfahrt ernannt waren.

Für die Begrüßungsansprachen der Vertreter der Behörden und zentralen Organisationen und die Erledigung der anderen Formalitäten wurde nicht weniger als eine Dreiviertelstunde Zeit vergeudet. Bästlein, als Vertreter des Zentralverbandes, wies in seiner Begrüßungsansprache u. a. auf das Vorgehen der Bürgerblockregierung gegen die Konsumvereine in der Gewerbesteuerfrage hin. Lorenz, der den am Begrüßungsabend noch nicht „kampffähigen" Vertreter der GEG. vertreten mußte, wies auf die noch unbedeutende Rolle der Genossenschaften im Wirtschaftsleben hin, indem er mitteilte, daß die Konsumvereine erst 5 Prozent Anteil an dem Handel der Gesamtwirtschaft haben.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wurden

Berichte des Vorstandes, des Sekretariats und des Aufsichtsrates

erstattet. Dem mitteldeutschen Verband genützte seit Jahren nicht, wie den anderen Unterverbänden, ein Bericht der Verbandsleitung, sondern er läßt jedes Jahr drei Berichterstatter mit drei Stunden Redezeit aufmarschieren, damit recht viel wiedergekaut wird und die Zeit zur Diskussion mangelt. Den Bericht des Vorstandes erstattete Röder-Bernburg, der ein Mann „starker Worte" ist und radikale Phrasen liebt. Er feierte die Fortschritte der Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaft und die erfolgreichen Resultate der Konsumvereine. Aus dem Verband sind acht Konsumvereine ausgetreten, jedoch erfolgten sechs neue Beitritte, so daß die Zahl der Verbandsgenossenschaften 224 beträgt. Die übergroße Anzahl der Konsumvereine sind kleine Vereine. Die Mitgliederzahl sei trotz der Vereinigung der Mitgliederlisten „von Kriegs- und Inflationssoldaten" geringer geworden, aber trotzdem sind

1927 21 000 neue Mitglieder aufgenommen. Die Zahl der Mitglieder betrug zirka 260 000. Der Umsatz hat sich im Geschäftsjahr um 13 Millionen erhöht.

Der Jahresdurchschnittsumsatz pro Mitglied ist von 220 auf 280 Mark gestiegen. Nach einigen unwichtigeren organisatorischen Mitteilungen forderte Röder, neben der Kleinarbeit das „öffentliche Kampfgebiet" nicht ganz aus dem Auge zu lassen. Redner bespricht den Vorstoß im Anhalter Landtag, wo die Gegner durch ihren konsequenten Kampf ein Ausnahmegesetz von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten beschlossen haben, indem die Heranziehung der Genossenschaften zur Zahlung von Gewerbesteuer vorgesehen ist. R. „vergißt" natürlich die Rolle seines sozialdemokratischen Parteifreundes Peus zu behandeln, der selbst nach der Auffassung der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau" in Hamburg erst den Gegnern Material für die Begründung zu ihrem Vorgehen gegen die Konsumvereine geliefert hat. R. betont wiederum, wer die Macht habe, habe das Recht und fordert, daß überall die Macht ebenso rücksichtslos ausgenutzt werden müsse. Wie dieser „Radikalist" diese „Machtausnutzung" versteht, zeigt sich darin, daß er lediglich die Ausschaltung der kapitalistischen Einkaufsquellen durch die Geschäftsführer und die Warenabnahme durch die GEG. forderte. Diese zweifelsohne nicht nebensächliche Frage bringt Röder sogar so weit, an „Klassensolidarität" zu appellieren, wo er einige Minuten vorher die „Gemeinwirtschaft" feierte und zum Schluß den „Dienst am Volke", also nicht an der Arbeiterklasse, forderte.

Der Sekretär Mikowsky gab einen belanglosen Bericht des Sekretariats. Er erläutert die verliegenden Statistiken und die von Röder vorgetragenen Geschäftsergebnisse in längeren Ausführungen. M. betrachtet die Ansammlung der Spareinlagen in den Konsumvereinen als Zeichen wachsenden Vertrauens der Mitglieder zu den reformistischen Leitungen und fordert 50 Prozent der Spareinlagen liquid zu halten, was im allgemeinen auch heute der Fall ist.

In der Diskussion spricht zuerst ein Oppositioneller.

Der Genosse Hirsemann, Ammendorf, behandelt die Frage der Zölle und des Gefrierfleisches.

Er fordert von den Konsumvereinen Klassensolidarität und Unterstützung des Kampfes der Arbeiterklasse. Auch der Kampf gegen die Herabsetzung des Gefrierfleischkontingents muß durch größere Propaktationen in Verbindung mit den übrigen proletarischen Klassenorganisationen geführt werden. H. begründet eingehend folgende Entschließung:

„Der mitteldeutsche Verbandstag protestiert auf das entschiedenste gegen die von der Bürgerblockregierung im Rahmen des sogenannten „Notprogramms" beschlossene Herabsetzung des zollfreien Gefrierfleischkontingents von 120 000 auf 50 000 Tonnen jährlich. Dieser Vorstoß der Bürgerblockregierung bringt für viele Schichten der werktätigen Bevölkerung eine weitere Einschränkung des Fleischkonsums und damit eine erneute Verschlechterung ihrer Lebenshaltung.

Die Parlamentsfraktion der KPD. hat bei Beratung des Gefrierfleischkontingents den Antrag gestellt, das Gefrierfleisch vollständig zollfrei einzuführen und im Falle der Ablehnung des Antrages von dem bisherigen Kontingent den Konsumvereinen und Gemeinden die Kontingentscheine allein zur Verfügung zu stellen und die kapitalistischen Großhändler infolge des vom Enquete-Ausschuß festgestellten Wuchers mit dem Gefrierfleisch vollständig auszuschalten. Die Fraktion der SPD. hat diesen Antrag nicht unterstützt, sondern lediglich die Ausschaltung der kapitalistischen Großhändler bei der Verteilung der Kontingentscheine verlangt, die einen nachweisbaren Wucher mit dem Gefrierfleisch getrieben haben. Das hieße also nur Heranziehung einiger anderer Großhändler bei der Verteilung des Kontingents.

Obwohl die Instanzen des Zentralverbandes und der GEG. seit 1926 von dem Wucher gewußt haben, der mit dem Handel von Kontingentscheinen getrieben worden ist, haben sie diesen Wucher nicht sofort entlarvt und die Genossenschaftsmitglieder und Arbeiterschaft gemeinsam mit den Gewerkschaften zu Protestaktionen aufgerufen und auch außerparlamentarisch den Kampf geführt.

Der Genossenschaftstag fordert, daß der parlamentarische und außerparlamentarische Kampf für die zollfreie Einfuhr des Gefrierfleisches aufgenommen wird. Bis zur Erreichung der vollständigen zollfreien Einfuhr des Gefrierfleisches soll der GEG. der gesamte Bedarf für alle Konsumvereine aus dem Kontingent zur Verfügung gestellt werden."

Genosse Sachs, Halle, behandelt die genossenschaftliche Streikhilfe.

Er weist auf die zwei großen Streikbewegungen in Mitteldeutschland (Bergarbeiter und Metallarbeiter) hin und zeigt, daß der Kampfwille und die Kampfkraft der Arbeiterklasse wächst. Die materielle Unterstützung spielte eine immer größere Rolle. Die Losung des Zentralverbandes, daß keine Unterstützung von Arbeiterkämpfen erfolgen solle, müsse bekämpft werden und sei in letzter Zeit immer weniger beachtet worden. Er weist auf die Stellung des Chemnitzer Konsumvereins, der Halleschen und Weißenfels-Zeitzer Einkaufsvereinigung hin. S. zeigt die einzelnen Formen der Streikunterstützung, wie Lebensmittelunterstützung, Geld- und Warensammlungen, Auslieferung von anderen Unterstützungen, Errichtung von Speisehallen usw. auf und fordert die Errichtung von lokalen und eines zentralen Unterstützungsfonds. Sachs bringt folgende Entschließung ein:

„Der mitteldeutsche Unterverbandstag in Blankenburg erachtet es für notwendig, daß die Konsumvereine in den Arbeiterkämpfen Unterstützung gewähren. Diese Unterstützung ist im Rahmen der Leistungsfähigkeit je nach der Bedeutung und Dauer der Kämpfe zur Verfügung zu stellen. Mit der streikführenden Organisation sind jeweils gegenseitige Vereinbarungen über die Form der Unterstützung zu treffen."

Genosse Drygalla, Merseburg,

betont, daß es notwendig sei, „rücksichtslos", wie die Gegner, zu arbeiten. Deshalb müsse die große Masse der Verbraucher mobil gemacht werden gegen die Bürgerblockregierung. Er verlangt Kampf für die Beseitigung der Massensteuern, der Zölle und der genossenschaftlichen Steuerbelastung. Heute scheue man sich, die Macht rücksichtslos einzusetzen, weil die SPD. Koalitionspolitik treibt und in die neue Regierung einziehen will. D. behandelt einzelne Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes, die in der Zeit des Sozialistengesetzes im Kampfe gegen die damaligen Vertreter der Arbeiterkonsumvereine geschaffen wurden. Heute regieren die reformistischen Führer mit diesen Gesetzesparagraphen gegen die Kommunisten. Er fordert die Beseitigung des Verkaufsverbots an Nichtmitglieder und die Beseitigung von Paragraphen aus dem Genossenschaftsgesetz, die den Konsumvereinen die Behandlung anderer als geschäftlicher Fragen „verbieten".

Die KPD. ist die einzige Partei, die die Interessen der Genossenschaftsmitglieder vertritt. Deshalb müssen am 20. Mai die Mitglieder der Genossenschaft die Liste der KPD. wählen.

Der Sekretär des Konsumvereins Dessau kritisiert mit Recht die falsche Aufstellung der Tagesordnung. Er fordert Umgestellung derselben, um eine größere Zeit für die Diskussion zur Verfügung zu haben. Auch sollten die wirtschaftspolitischen Probleme stärker behandelt werden.

Bästlein als Vertreter des Zentralverbandes erklärt zu dem Auftreten der Opposition, daß die Reformisten nach deren Forderungen nicht handeln würden. Es müsse das Gesetz und die „Neutralität" beachtet werden. In den Forderungen von Sachs stecke „ein guter Kern". Den einzelnen Konsumvereinen bleibt es überlassen, ihren Mitgliedern in Streiks eine Hilfe zu gewähren. Das Gesetz würde eine allumfassende Unterstützung verbieten. Im Reichstag der Bürgerblockregierung sei kein Abgeordneter durch Protestaktionen zu einer anderen Abstimmung zu bringen. Wenn das Zusammengehen mit den Gewerkschaften gefordert werde, dann sei zu betonen, daß die Gewerkschaften nicht immer mit den Genossenschaftsreformisten zusammengehen werden. Wenn der ADGB. die Meinung vertrete, daß ohne ihn keine Regierung einen Tag existieren könne, dann stelle er die Frage, warum er die Bürgerblockregierung nicht beseitigt habe. (!) Zum Schluß unternimmt B. natürlich eine Unterstützungsaktion für die sozialdemokratische Parlamentsfraktion.

Genosse Otto, Ammendorf, behandelt die Ansammlung eigener Mittel der Konsumvereine

und fordert die Verwendung der Gelder für einen Ausbau der GEG. und der lokalen Konsumvereine. Die GEG. soll neue Produktionsbetriebe aufmachen für Margarine, Zucker usw. Die Errichtung von weiteren Spezialläden für Fleisch, Textilien usw. ist notwendig, ebenso die Errichtung von Wäschereien, Badeanstalten, Kinos, Erholungsheimen usw. In der Frage der Parlamentsarbeit müssen die Konsumvereine mit proletarischen Genossenschaftsvereinen, die Parteien wegen ihrer Stellungnahme heranziehen, die proletarische Mitgliedschaft zur Stimmenabgabe anhalten.

Der allseitig bekannte Phraseur Kalbaufe (Münster) hielt eine seiner nichtssagenden Reden. Die Erfüllung der Forderungen der Opposition lehne „Genossenschaftsbureau" ab, weil er wolle nur, daß die Genossenschaften ihr Massen in Bewegung bringe, weil sie an die Massen nicht herankämen. Die Unterstützung ist Sache der Gewerkschaften, die sich eine Bewegung der Genossenschaften verbitten würden. Die Gewerkschaften seien schon durch die Kommunisten zerstört.

Durch einen Antrag: Schluß der Debatte wurde die Diskussion abgewürgt.

Es folgen dann die Schlußworte von Röder und Mikowsky. R. erklärt, daß er absichtlich von den Wahlen nicht gesprochen habe. Entschließungen zu den wirtschaftspolitischen Fragen nur der zentrale Genossenschaftstag in Dresden annehmen. Mikowsky meint, daß dem Konsumverein nur eine Unterstützung am Streik beteiligter Mitglieder gestattet sei.

Der Vorsitzende weigert sich, über die zwei eingereichten Entschließungen der Opposition abstimmen zu lassen, da „für den Verbandstag vierzehn Tage vorher von der Vereinen eingereicht sein müßten.

Am 2. Verhandlungstag

sprach Bästlein über die Zusammenarbeit der genossenschaftlichen Fachberatungsstellen. Es sind folgende Fachberatungsstellen vorhanden: Bureaustelle des Zentralverbandes, Technisches Bureau für technische Fragen der Bauberatung, Fachberatungsstelle für Bäckereien und Mühlenbetriebe des Zentralverbandes, Fachberatungsstelle für Fleischereibetriebe des Zentralverbandes, Fachberatungsstelle für Textil- und Schuhwaren. B. unterließ es, bei der Hypothekenverteilung die politische Art der Hypothekenverteilung durch die Banken zu behandeln. Es sei darum an die Konsumvereine, Schwarzenberg, Merseburg usw. erinnert, die informisten aus politischen Gründen die Hypotheken entzogen.

Mikowsky hielt es für notwendig, noch einmal den Merseburger Verein anzugreifen und eine Sympathiekundgebung beiden sozialdemokratischen Geschäftsführer gegen die Kündigung der Betriebsanlagen des Merseburger Vereins abzugeben.

Dem Genossen Hübner, Merseburg, wurde das Wort zu einer Erklärung verweigert. Da der Vorsitzende diese Vorgehen nicht mit der Geschäftsordnung begründen konnte, daß man wegen der „Vorgänge" von gestern den Hübner Erklärung kennen müsse. In der daraufhin abgegebenen persönlichen Erklärung wird festgestellt, daß in den Vorstandssitzungen der Genosse Hübner wegen heraufbeschwörendem Streit verhindert war

Mikowsky wird eingeladen, vor der Mitgliedschaft in Merseburg seine Behauptungen zu wiederholen.

Der Voranschlag für 1929 wurde genehmigt. Bei der Wahl von zwei Vorstands-, zwei Aufsichtsratsmitgliedern zwei Mitgliedern zum Generalrat ging programmäßig alles nach den betreffenden Instanzen nonflatten. Zum nächsten Genossenschaftstag hatte der Konsumverein Lauterberg eine Einladung ergehen lassen. Der Delegierte begründete die Einladung mit den Naturschönheiten und den Kunstgeheimnissen für die Delegierten. Für die Merseburger Delegierten empfahl Genosse Hübner die Abhaltung des nächsten Verbandstages in Merseburg. Er legte dar, daß es ist ein wichtiges Industriebezirk handele und gerade im Kampfes gegen die Wertskonsumanstalten die Abhaltung der Tagung in Merseburg wichtig sei. Nach einem Schlußwort von Röder wurde der Genossenschaftstag geschieden sich die Delegierten für Lauterberg.

Nach einem Schlußwort von Röder ging der 28. Verbandstag des mitteldeutschen Verbandes zu Ende, ohne daß in irgendwelcher Beziehung positive Arbeit im Interesse der proletarischen Mitglieder geleistet worden war.

Die Mitglieder müssen jetzt dafür sorgen, daß die proletarischen Forderungen der Opposition in allen Konsumvereinen aufgestellt und die Mitgliedschaft für die Verwirklichung mobilisiert wird. Um so mehr das gelingt, um so mehr werden auch die allgemeinen Verbandstage ein anderes, nämliches proletarisches Gepräge und fruchtbringendere Arbeit leisten.

Steuerpolitik der Sowjetmacht

Auf dem gegenwärtig tagenden Plenum des Zentralen Vollzugsausschusses hielt Genossin Kalinin das Referat über die Steuerpolitik der Sowjetregierung. Die Gesamthöhe der landwirtschaftlichen Steuern betrug 1924/25 : 346 Millionen Rubel, 1925/26 : 250 Millionen Rubel, 1926/27 : 331 Millionen Rubel, 1927/28 : 320 Millionen Rubel. Für das Jahr 1928/29 ist eine Erhöhung derselben bis 400 Millionen Rubel in Aussicht genommen. Seit dem Jahre 1924/25 hat sich das Budget der USSR. verdreifacht, so daß eine gleichzeitige Zunahme der landwirtschaftlichen Steuer um 54 Millionen Rubel ganz unbedeutend ist, besonders im Vergleich mit der Zunahme des Ertrages der Landwirtschaft. Im Jahre 1924/25 betrug der (bedingte) Reinertrag der Bauernwirtschaft 9534 Millionen Rubel, 1925/26 — 12 118 Millionen Rubel, 1926/27 : 12 533 Millionen Rubel, 1927/28 : 13 412 Millionen Rubel und wird im nächsten Jahre 1928/29 : 13 798 Millionen Rubel erreichen, d. h. nahezu 14 Milliarden.

Noch merklicher ist der Geldertrag der Bauernwirtschaft gewachsen. Die Geldeinnahme der Bauernwirtschaft betrug 1924/25 : 2262 Millionen Rubel, 1925/26 : 4321 Millionen Rubel, 1926/27 : 4687 Millionen Rubel, 1927/28 : 5177 Millionen Rubel und wird 1928/29 : 5500 Millionen Rubel betragen. So mit haben sich die Geldeinnahmen des flachen Landes in der Zeit von 1924/25 bis 1928/29 nahezu verdoppelt und übersteigen fünf Milliarden.

Von Interesse ist das Verhältnis zwischen der Landwirtschaft und dem bedingten Reinertrage. Im Jahre 1924/25 wurden 3,6 Proz. dieses letzteren in der Form landwirtschaftlicher Steuern vom Staate beansprucht, 1925/26 2,1 Proz., 1926/27 2,6 Proz., 1927/28 2,3 Proz. für 1928/29 werden es 2,9 Proz. sein, d. h. selbst die Steuer des kommenden Jahres wird das Verhältnis von 1924/25 nicht erreichen.

Noch deutlicher wird dies Bild, wenn wir die landwirtschaftliche Steuer mit den Geldeinnahmen der Bauernschaft ins Verhältnis bringen. Die landwirtschaftliche Steuer des kommenden Jahres wird in noch höherem Maße als bisher eine progressive Einkommensteuer sein.

35 Prozent der Bauernwirtschaften sind von der landwirtschaftlichen Steuer vollständig befreit. Hieraus ist der Klassencharakter der Besteuerung vollkommen ersichtlich. In der ganzen USSR. ist die Zahl der von den landwirtschaftlichen Steuern befreiten Bauernwirtschaften folgendermaßen gewachsen: 1924/25 : 5,5 Millionen, 1925/26 : 5,5 Millionen, 1926/27 : 6,8 Millionen, 1927/28 : 8,5 Millionen.

Nach der Durchführung des Gesetzes über Befreiung von Steuern wird der Prozent der Bauernwirtschaften von den Steuern erheblich steigen.

Wie verteilt sich die Steuer unter den einzelnen Gruppen? Die Statistik der RSFSR. zeigt, daß die wohlhabenden Bauern mit einer Einnahme bis 150 Rubel pro Kopf 11,6 Prozent aller Bauernschaften bilden, 11,6 Proz. der Steuer aufweisen, nur 5,95 Prozent der Steuern entrichten. Nach dem neuen Gesetzentwurf über landwirtschaftliche Steuern sind 10 Prozent der Bauernwirtschaften von der landwirtschaftlichen Steuer befreit, d. h. die obige Gruppe sowie ein Teil der Bauernschaften mit einer Einnahme von mehr als 150 Rubel. Die Bauernschaften mit einer Einnahme von 150 bis 400 Rubel bilden 47 Prozent aller Wirtschaften mit 59 Proz. der Gesamtsteuer. Sie entrichten aber nur 47,1 Proz. der landwirtschaftlichen Steuer. Die wohlhabenden Bauern, d. h. die Kulaken und die obere Schicht der Mittelbauernschaft, die 12 bis 13 Proz. aller Bauernschaften bilden und auf die 30 Proz. der Gesamteinnahmen entfallen, zahlen 47 Proz. der gesamten Steuersumme. Unseriöse Statistiken bilden sich auch in der Ukraine. Auf die 25 Prozent der Bauernwirtschaften entfallen 10 Proz. Einnahmen und sie zahlen nach dem alten Gesetz 3,7 Proz. der Steuer. Die Mittelbauern bilden 60 Proz. der Bauernschaft, auf sie entfallen 50 Proz. der Einnahmen, sie zahlen aber nur 49 Proz. der Gesamtsumme. Die wohlhabenden Bauern bilden 14 Proz. der Bevölkerung und haben 30 Proz. der Einnahmen und zahlen 41 Proz. der Gesamtsteuersumme.

Profite steigen — auch in England

Bei den großen Eisenbahngesellschaften ist die ausgezahlte Lohnsumme von 89 251 000 Pfund auf 84 008 000 Pfund. Der Reingewinn betrug die entsprechende von 45 965 000 Pfund, d. h. mehr als 900 Millionen Mark.

Der Gewinn der Schiffahrtsgesellschaft Cunard stieg von 1 136 000 Pfund im Jahre 1927.

Die bekannte Waffenfabrik Vickers konnte ihren Gewinn von 430 000 Pfund auf 992 000 Pfund steigern.

Auch in anderen Metallbetrieben sowie in der Chemie zeigen sich dieselben Erscheinungen. Die englischen Unternehmer nützen die längere Arbeitszeit, niedrigere Löhne und höhere Leistungen der Arbeiter in klingendes Geld um.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280511-18/fragment/page=0014

Koalitionsgeschenke an Kapitalisten

Von Wilhelm Koenen

Die Deutschnationalen Ende 1925 wegen der Locarnopolitik von ihren Bürgerblockregierung herausgeholperten, ging bekanntlich die SPD mit den übrigen Bürgerblockparteien eine Koalition ein. Der Demokrat Dr. Reinhold half dabei das Reichsfinanzministerium mit der Erklärung, er werde aufhorchenden Kapitalisten, daß er bereit sei, ihnen in der Höhe von etwa einer halben Milliarde zu machen. Es sollte dies zum Zwecke der Preissenkung geschehen, in Wirklichkeit ist aber der Plan nur Besitzsteuermilderungen vor.

Besitzsteuergeschenke der heimlichen Koalition,

für die Gründer der Vereinigten Stahlwerke **Steuerersparnis von zehn Millionen Mark**

Unter solchen Geschenken an die Besitzenden galt als Glanzstück des ursprünglichen Steuermilderungsentwurfes die Herabsetzung der Umsatzsteuer von 1 Prozent auf ½ Prozent. Aber gerade diese wurde nichts. Eine solche Ermäßigung der Umsatzsteuer verwandelt zu einer allgemeinen Preismilderung führen können, es bot die Bourgeoisie aber kein Interesse. Sie bevorzugte Scheinheiligkeit Preisermäßigungen für Luxuswaren. Deshalb die völlige Aufhebung der Luxusumsatzsteuer. In Verbindung mit den Minzerunruhen, die völlige Aufhebung der Weinsteuer. Der wiederholt eingebrachte Antrag der Kommunisten, durch die Aufhebung der Steuern auf die billigen Weinsorten, also durch Förderung des Massenabsatzes zu helfen, wurde ausdrücklich abgelehnt. Die Bourgeoisie wollte gerade ihre teuren Weine steuerfrei saufen.

Weiter wurde dann bei der Umsatzsteuer statt der Herabsetzung um die Hälfte, nur eine Ermäßigung von 1 Prozent auf ¾ Prozent beschlossen. Das bedeutete wieder ein Geschenk für Fabrikanten und Kaufleute, denn eine so minimale Steuerabsetzung wirkt sich erfahrungsgemäß in der Preisgestaltung überhaupt nicht aus. Die ganze Ermäßigung der Umsatzsteuer von rund 200 Millionen Mark bleibt deshalb ohne Preisermäßigung in den Taschen der Fabrikanten und Kaufleute hängen. Diese ganze Reinholdsche Steuerdemagogie hat die SPD. restlos mitgemacht!

Versprechungen, die sie sich dabei zur Verwirrung der Arbeiterschaft machen ließ, wurden später selbstverständlich nicht gehalten. Auf Grund der sogenannten Lex Brüning wurde im Etatjahr 1927 beschlossen, daß sofort nie mehr als monatlich 100 Millionen Mk. Steuer von den Arbeitern und Angestellten erhoben werden sollen. Als 1927 diese 100-Millionen-Grenze dann überschritten wurde, gestatteten sich aber die Bürgerblockparteien, gar nicht, hohnlachend die Lex Brüning aufzuheben und trotz aller Versprechungen, die der SPD gegeben waren, die Lohnsteuersumme um 10 bis 20 Millionen monatlich heraufzusetzen. Das andere Versprechen bestand in einer Ankündigung, daß die Heraufsetzung der Umsatzsteuer und damit der Miete aufgeschoben werden sollen. Was machte die Bürgerblockregierung aber in Wirklichkeit? Daß sie 1926 eine Mietpreissteigerung aufgeschoben werden, sie 1927 gleich zweimal hintereinander Mietpreissteigerungen von je 10 Prozent vor. Dabei wurde angekündigt, daß 1928 nach den Wahlen eine neue Mietpreissteigerung als ganz selbstverständlich durchgeführt werden müsse!

Das politische Ergebnis der sogenannten Steuermilderungspolitik, die Reinhold mit Bürgerblock und SPD. durchführte, war

Ermäßigung der Kapitalverkehrssteuer,
Ermäßigung der Grunderwerbssteuer,
Erleichterung der Einkommen- und Körperschaftssteuerzahlung der Besitzenden,
Erlaß der Vermögensteuer für ein Quartal,
Beseitigung der Luxussteuer,
Beseitigung der Weinsteuer.

Die genannten Steuergeschenke sind — einschließlich der Umsatzsteuermäßigung — restlos in die Taschen der Besitzenden gegangen, ohne daß sie im geringsten durch Verbilligung der Waren den so oft und so feierlich verkündeten Preisabbau fördern hätten. Im Gegenteil, die Preise sind dauernd im Steigen begriffen. Und der Vorwärts mußte ein Jahr ums Jahr jammernd eingestehen, daß die Steuermilderung den Reichen rund 1000 Millionen Mark eingebracht habe. — Herrlich Koalitionspolitik!

Sozialistische Steuergeschenke an Banken und Großindustrie

Die Bremer Koalition genügt es nicht, daß der Junker von Oldenburg Besitzsteuern abschaffte und daß der Demokrat Reinhold dem Großkapital Steuergeschenke machte. Auch sie fühlte sich verpflichtet, den Banken und Großindustriellen Steuergeschenke zu machen. Die preußische Gewerbe-Steuerverordnung vom Jahre 1925 enthielt einen § 4, der besagte, daß Steuerrückstände über 20 000 Mk. nicht mehr zu zahlen sind. Alle über den Betrag von 20 000 Mk. hinausgehenden Steuerschulden wurden ausdrücklich von der Nachzahlung freigelassen und niedergeschlagen.

Die großen Städte hatten durch diese Begünstigung der Großkapitalisten schwer zu leiden. In Frankfurt am Main wurde für 1926 bis 1927 ein Betrag von 10 Millionen auf Grund dieses § 4 der Stadtkasse entzogen. Eine Frankfurter Bank erhielt als Steuerschuld glatt geschenkt rund 35 000 Mark, eine andere 50 000 Mark, eine dritte bereits 850 000 Mk. und eine Großbank sogar rund 400 000 Mark!

Im Breslau mußten einer ganzen Reihe von Betrieben — und naturgemäß den größten — je 25 000 Mk. Gewerbesteuerschulden gestrichen werden. Für Kiel bezifferte das dortige Geschenk an Gewerbesteuerlast sich auf insgesamt 3 Millionen Mark für einige Banken und Riesenbetriebe. Statt den dort vorhandenen 3000 Arbeitslosen mit diesen 3 Millionen Mark zeitweilig zu helfen, erfährt man lieber den Besitzenden Steuermillionen, die schon längst fällig waren. — Weimarer Koalitionspolitik!

Und dann noch Staatskredite und Subventionen

Trotz der Kriegsgewinne und der riesigen Inflationsgewinne und trotz der Feststellung, daß während des Ruhrkampfes der rheinisch-westfälischen Großindustrie rund 2 Milliarden Goldmark aus Reichs- und Staatsmitteln zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe zugeflossen sind, erfolgten nach der Stabilisierung sofort neue Zuwendungen.

865 Millionen Agrarkredite wurden 1924 an die Großagrarier ausgezahlt.

715 Millionen wurden den Großindustriellen als Ruhrkampfentschädigung aus Reichsmitteln geschenkt.

30 Millionen wurden den Agrariern als Landabgabe wieder zurückbezahlt.

50 Millionen zahlte die Reichsregierung als Beihilfe an die Werftindustriellen.

75 Millionen wurden im Juli 1925 aus der Reichskasse als Zinsen an die Reichsbank für die Agrarkredite der Großagrarier gezahlt, also dem Agrarkapital geschenkt!

310 Millionen wurden dann 1926 „vom Reich für einige wenige Syndikate als Kredite bereitgestellt", was Handwerkskammersyndikus Hasse seinen Ministern vorwurfsvoll verrechnete.

Das sind die im Laufe der Jahre offiziell bekannt gewordenen großen Beträge. Dabei sind die durch Skandalaffären ruchbar gewordenen, mehrere hundert Millionen betragenden Kredite der Preußischen Staatsbank an Kutisker, Barmat, Hugenberg, Michael und ähnliche Konzerne noch gar nicht eingerechnet. In dieser Aufstellung fehlen ebenfalls noch die Geheimfonds der Reichsministerien mit denen, wie der Junkers-Skandal und die Phoebus-Affäre beweisen, in der schamlosesten Art gewüstet worden ist. Es fehlen weiter noch die Millionenbeträge, die durch die Rentenbank-Kreditanstalt, die Reichskreditgesellschaft, die Reichsbank und die Preußische Staatsbank den Großagrariern in den Jahren 1926 bis 1928 als billige Kredite überlassen wurden.

Im Jahre 1926 hatte die Subventionswirtschaft eine solches Ausmaß angenommen, daß im Reichstag ein besonderer Subventionsausschuß eingesetzt werden mußte. Der Haushaltausschuß hat schon seit Jahren einen ständigen Ausschuß, der als Sparausschuß fungierte. Daneben wurde 1926 durch denselben Haushaltausschuß ein zweiter Unterausschuß eingesetzt, der tatsächlich Subventionsausschuß hieß.

Ein herrliches Bild: Das Sparen auf Kosten der kleinen Leute, insbesondere der Arbeiter, Angestellten und Beamten, der Arbeitslosen, der Kriegsopfer und Rentner, das besorgt seit Jahr und Tag der Sparausschuß mit rücksichtsloser Brutalität. Das Verschwenden der Steuergelder der werktätigen Massen, das Verschenken von Liebesgaben an das Groß- und Agrarkapital, das besorgt mit nie versagender Großzügigkeit der Subventionsausschuß — und gerade das entspricht dem Wesen der kapitalistischen demokratischen Republik.

Neues von Dr. Spiecker, der Zierde des Reichsbanners

Der Höhepunkt des Stettiner Prozesses war bekanntlich das Auftreten des sachverständigen Zeugen für die Spezialpolizei, des Staatskommissars a. D. Dr. Spiecker. Seine Rolle als einer der Hauptverantwortlichen für die Mordpolizei ist aufgedeckt. Noch nicht aufgedeckt bis jetzt war seine Rolle als Abstimmungskommissar, was dessen Finanzgebaren in Oberschlesien betrifft. Der „Fridericus" widmet dieser für die Reaktion verdienstlichen Rolle einen Leitartikel. Herr Holz, Leiter der Vaterländischen Gefangenenfürsorge, eingeweiht bis in die zartesten Intimitäten des oberschlesischen Verbrechens, schreibt in diesem Leitartikel:

„Ich decke meine Leute" (die 200 Fememorde begangen haben) sagt Dr. Spiecker und die rote Presse (die republikanische ist gemeint) findet das mit uns sehr richtig. Warum hier die Zustimmung?, warum hier nicht die Empörung über etwas, was Dr. Spiecker „kumpfsinnigen Mord" nennt. Weil sozialdemokratische und dem Zentrum angehörige hohe Beamte im Abstimmungssekretariat, im Breslauer Polizeipräsidium, im schlesischen Oberpräsidium Mitwissende und Mitbeteiligte . . . Man hat in Stettin die restlose Klarstellung der oberschlesischen Fememorde verhindert, um, wie der Staatsanwalt in einer dem öffentlichen Ankläger sowohl ansehenden Autorität sagte, die Veranlasser und Begünstiger dieser „Morde" und die Täter selbst nicht in Ungelegenheiten zu bringen. Ganz unsere Meinung! . . . Das Wohl des Vaterlandes und seiner Verteidigung ist höchstes Gesetz. Wendet man dieses höchste Gesetz auf alle an, die danach handelten, so muß allen „Fememördern", auch denen, die nicht mit sozialdemokratischen Beamten gemeinsam handelten und die nicht durch einen Zentrumsmann gedeckt wurden, die Freiheit werden . . . Ein paar Worte noch zu Dr. Spiecker persönlich. Es widerstrebt mir, hier in diesem Zusammenhange neue Anklagen persönlicher Art gegen ihn zu erheben, obwohl ich dazu sehr wohl in der Lage wäre. Und obwohl die Art und Weise, die Dr. Spiecker in Oberschlesien im Kreise von sehr zweifelhaften Persönlichkeiten männlichen und weiblichen Geschlechts das Deutschtum vertrat und das Geld mit vollen Händen herumwarf, auch heute noch den Unwillen der heimattreuen Oberschlesier erregt . . . (Aber) . . . Herr Dr. Spiecker hat . . . in dem Reichsbannerblatt eine Geschichte von Friedrich dem Großen und seinem Krücklock erzählt. Es gibt viel schönere Geschichten von Friedrich dem Großen, z. B. die Geschichte von dem betrügerischen Intendanten des großen Königs, der sich während des Feldzuges in Schlesien die Taschen vollgesteckt hatte und den Friedrich der Große aufhängen ließ. Auf Wiedersehen oder auf Wiederhören! Ganz wie Sie wollen, Herr Ministerialdirektor! F. C. Holz.

Wir sind gespannt, was der Ministerialdirektor Severings dem F. C. Holz auf seine vollständig eindeutigen Anklagen antworten wird?!

Wir werden dafür sorgen, in diesem wie in jenem weiteren Falle, daß er nicht in Vergessenheit gerät.

Keine Gnade den Fememördern! Und heraus mit den proletarischen Gefangenen. Dafür demonstrieren die Arbeiter am 20. Mai auch bei der Wahl.

Osterblüten aus der SPD.-Presse

„Und wieder geschah der Wunder größtes und herrlichstes. Der Himmel öffnete sich und die Sonne bestrahlte Menschen, Tiere und Pflanzen. Und Jesus erstand vom Tode des Kreuzes. Und er sprach zu den Menschen: Fürchtet Euch nicht, denn ich bin auferstanden, zu trösten die Armen und zu strafen die Reichen . . .

Viele Arbeiter, die reinen Herzens waren, verstanden Jesus und glaubten an ihn. Und Jesus sprach zu ihnen: Bin ich nicht eines Zimmermanns Sohn? Ich bin bei Euch alle Tage, aber ein Prophet gilt nirgends weniger, denn in seinem Vaterlande und daheim bei den Seinen.

Sie aber baten ihn und sprachen: Herr, gib uns ein Zeichen, daß wir Dich immer erkennen, wo Du unter uns bist und daß wir Dir folgen.

Er aber sprach zu ihnen: Fürchtet Euch nicht und glaubet . . . Sehet Euch um unter den Brüdern und erkennet die, so der Sauerteig sind unter Menschen und Völkern, so sich nennen Sozialisten und sind die rechten Christen, und folget ihnen nach. Denn sie gehen meine Wege und sie erkennen meine Worte."

„Freie Presse" in Krefeld. Samstag, 7. April 28.

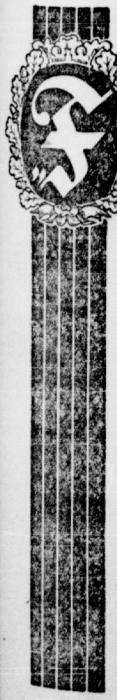
*

Das Kreuz statt der roten Fahne!

„Unser Wissen um Gott ist ein anderes geworden. Wir suchen ihn nicht außer uns in den blauen Fernen. Wir suchen ihn in uns selber, in den Tiefen unseres Bewußtseins. Aber das ist das herbe Gesetz des Lebens, daß alles Göttliche in der Menschheit nur durch Leid und Opfer aufbricht, daß nur um diesen Preis Nachtsinn und Irrwahn von der Stirn der Menschheit weichen. Erst müssen die Menschen ihre Götter gekreuzigt haben, ehe sie sich zu ihnen bekennen und an sie glauben. So ist das Kreuz das düsterheilige Zeichen für die Tragik menschlicher Entwicklung: daß aller Fortschritt auf der Erde sich nur durch Opfer und Hingabe vollzieht.

Gibt es unter diesem Blickpunkt ein besseres Symbol für die Idee des Sozialismus als das Zeichen des Kreuzes?"

Pfarrer Paul Piechowski in der „Rhein. Ztg." am 6. April.



Flüchtlinge waren es..."

hier Türken, dort Griechen. Ihr einziges Gut der Tabaksamen aus der alten Heimat. Doch der neue Boden gab andere Ernte. „Basturdtabake" nennt sie der Fachmann, und dem Unkundigen, der sie im Vertrauen auf den alten Namen verarbeitet, erwächst oft schmerzliche Enttäuschung.

OBERST 5M

„neue Arbeit"

Auf mehrmonatiger Orientreise hat der Chef unseres Hauses – seit 30 Jahren als führender Tabakfachmann tätig – die für Waldorf-Astoria Zigaretten besonders geeigneten Tabake persönlich eingekauft.

Waldorf-Astoria

verarbeitet nur Tabake echter und edelster Provenienz!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280511-18/fragment/page=0015

Werbe-Verkau

in

Damen-Mäntel

Drei Serien **Preise** die für viele **sprechen!**

Serie I
Herrenstoff-Mäntel
flotte neue Formen, mit Gürtel und Faltengarnierung
19.00

Serie II
Covertin-Mäntel
jugendliche, eleg. Formen, mit flotter Biesen- und Blendengarnierung
29.00

Serie III
Herrenstoff-Mäntel
mit Passe, vollwelt gesch
39.00

M. SCHNEIDER

INH. JOHANNES HAGENOW

HALLE · LEIPZIGERSTR

An Alle!

wende ich mich, die sich zu Pfingsten
für wenig Geld elegant und modern kleiden wollen

Auf Teilzahlung

liefere ich Herren-, Damen- und Burschen-Garderobe

Ferner

Möbel aller Art

ohne Anzahlung

Komplette Küchen und komplette Schlafzimmer
mit geringer Anzahlung 1462

Hermann Liebau

Halle a. d. S. Merseburger Str. 22

Eisenbetten

aus eigener Fabrikation u. Großeinkauf

Ia. Stahlrohrbett, 27 mm Rohr, mit gut. Jugfed. Matratze . **23.50** netto
Das gleiche Bett in 35 mm Rohr m. gut Jugfeder-Matratze . **24.50** netto
Dasselbe Bett mit reich. Mell.-Verzierung, gut. Jugfed. Matratze . **29.50** netto
Bett wie Abbildung, aber Holzfüllung, gut. Jugfeder-Matratze . **30.50** netto

außerdem nur aus eigener Fabrikation Betten in Holz, alles was zum Schlafzimmer gehört, auch kompl. Küchen Sofas, Chaiselongues, Federbetten u.a.m. zu festen günstigen Preisen u. Zahlungsbedingungen (1277

Beachten Sie die Qualität!
10% Rabatt bei Barzahlung
Gustav Gau, Möbelfabrik, Gera
Fabrikniederlage in Halle a. d. S.: Alter Markt 18

Achtung! Achtung!

Sommerkleider

von **Mk. 3,90** an
Mäntel u. Kostüme
Tanztundenkleider

*1454 empfiehlt billigst

B. Seiler, Weißenfels
Hermannsgarten 8, I

...und rechtzeitig kaufe ich zu Pfingsten.

Braune Schnürschuhe **12.50** HERREN
Original Goodyear Welt besond. billig

Spangenschuhe in beige rose, rosenhoix, rot, blau u. a. Modefarben, mit hohen u. flachen Absätzen . 18.50 16.50 14.50 **12.50** DAMEN

Spangenschuhe in beige rosa, mit Lochverzierung 31/35 8.90 27/30 7.90 25/26 6.90 23/24 **6.25** KINDER

ROMEO
HALLE A. S. Gr. Ulrichstr. 52 Ecke Schulstr.

Eisenbetten
in großer Auswahl
kaufen Sie zu billigen Preisen im Möbelhaus
S. Oßwald
Weißenfels, nur Gr. Kalandstr.

Max Werner
Wittenberg, Heubnerstraße Nr. 3
Empfehle den geehrten Hausfrauen meine
Fleisch- und Wurstwaren

J. Preminger
Zübenstr. 7 **Wittenberg** Zübenstr. 7
Täglich neue Eingänge von
Frühjahrs-Bekleidung
für Damen und Herren
Herren-Anzüge in großer Auswahl
Damen- und Herren-Wäsche
— Berufskleidung —
Möbel stets auf Lager

Spezial-Damen-Moden
O. Thalacker
Wittenberg, Bez. Halle
Collegienstraße 51

Karl Bräse, Wittenberg
Fleischerei und Wurstfabrik
Fernruf Nr. 855 Collegienstr. 45
Alle Sorten Fleisch- u. Wurstwaren in bester Qualität

Schlafzimmer u. Küchen
kaufen Sie preiswert bei
Gebr. Rimmich, Wittenberg
Töpferstraße 3a *1312

Leder-Ausschnitte
Schuhmacher-Bedarfsartikel
Gummiabsätze billigst
Reinhold Hannibal
Halleische Straße **Bitterfeld** Halleische Straße

Richard Hirschfeldt
Wittenberg
Collegienstraße 22 Mittelstraße 51
Das führende Haus für elegante Herren-, Jünglings- und Knaben-Bekleidung, Kompl. Berufskleidung

---

Wir empfehlen diese Woche:
Posten prima Schweinefleisch
prima frisches Schweinefleisch
Prima frisches Rindfleisch
Ia. argent Reiter-Schinkenfleisch
zu bekannt billigsten Preisen
ff. Rot-, Leber- und Mettwurst 0,80
Feinste Leberwurst . . . . Pfd. 0,80
Feinste Kochkäsewürstchen, Pfd. 1,10
Karl Wahl & Sohn, Zeitz
*1453 Wasserstraße 12
Zum Bezuge bei Dietzgartenhof unsere hochfeinen Kaffeebrennereien

---

Briketts
kaufen Sie in Kisten nur bei
Hermann Krienitz & Söhne
Wittenberg *215
Wagen fahren täglich

J. Israel, Wittenberg
Collegienstr. 6
Herren- und Knaben-Garderoben
sowie **Arbeitskleidung**
zu billigsten Preisen
Auskunftskarten empf. die Fahrkartenausgaben

Unsere
Wahlbroschüre
dürfen in keiner Wahlversammlung bei keinem Landausmarsch fehlen

Zur Landpropaganda besonders geeignet:
Landarbeiter, heraus aus Eurem Elend
Lohn- und Arbeitszeitbewegung der Landarbeiter
Bauer, wen wählst Du?
RZ.-Landsondernummer

Zur allgemeinen Propaganda überall geeignet:
Walcher: **Arbeitsgemeinschaft oder Klassenkampf**
Asiaticus: **Abrüstung und die internationale Arbeiterklasse**
Schneller: **Phoebus-Skandal, Korruption und Geheimrüstung**
Schneller: **Verraten durch die SPD.**
Lang: **Wohnungsnot und Mieterschutz**
Ginsburg: **Löhne und Arbeitsbedingungen in der Sowjetunion**
„Die Kämpferin", Wahlnummer unserer Frauenzeitung
„Der Kampf", Betriebswahlzeitung der KPD.

Ortsgruppen erhalten höchsten Rabatt

Zu beziehen durch die
Bezirks-Zentralbuchhandlung Halle, Barfordstr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019280511-18/fragment/page=0016